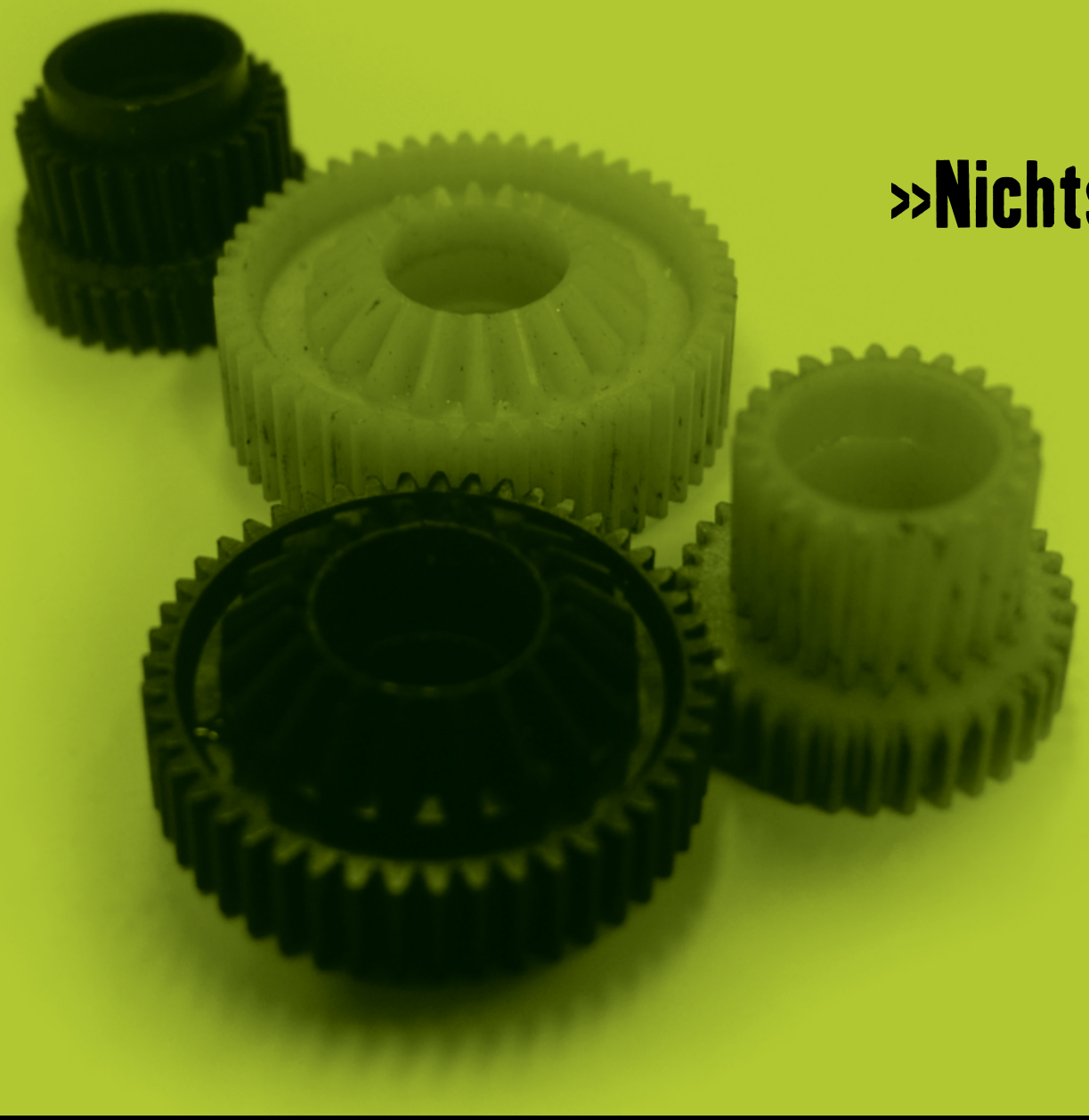


Dokumentation

»Nichts über uns ohne uns«

Partizipation, Selbstorganisation und regionale Armutsbekämpfung

2. Regionale Salzburger Armutskonferenz
29. und 30. November 2004

Salzburg braucht ~~AR~~MUT

www.salzburger-armutskonferenz.at

Impressum
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Salzburger Armutskonferenz – Förderverein. Plainstraße 83, 5020 Salzburg
office@salzburger-armutskonferenz.at
www.salzburger-armutskonferenz.at

Für den Inhalt verantwortlich: Robert Buggler
Gestaltung und Satz: Eric Pratter, Barbara Neureiter (media&design)
Druck:
Erschienen: September 2005.

Vorwort

Sich mit den Themen Partizipation und Selbstorganisation zu beschäftigen, ist per se nichts Neues, bilden doch Diskussionen rund um die Frage, wie betroffene Personen und/oder zivilgesellschaftliche Institutionen in politische Entscheidungen eingebunden werden können, seit jeher zu den fundamentalsten Fragen jeglicher demokratietheoretischen Diskussion und politischen Auseinandersetzung. Auch als Salzburger Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung haben wir immer wieder versucht, partizipative Elemente in unsere Arbeit zu integrieren: Bei der 1. Regionalen Armutskonferenz, als wir mit der Ausstellung »Den Betroffenen eine Stimme geben« versucht haben, Armut aus subjektiver Sicht darzustellen; bei der Erstellung des Salzburger Armutsberichtes, als Betroffene zu ihrer Situation interviewt wurden; oder auch bei der Erarbeitung der Vorschläge für eine Soziale Mindestsicherung für Salzburg, als zahlreiche regionale Institutionen und Einrichtungen in einem partizipativen Prozess ihren Beitrag leisteten. Neu ist dieses Thema demnach auch für uns selbst keinesfalls.

Und trotzdem – oder gerade deswegen – sind und waren wir der Überzeugung, mit der thematischen Ausrichtung der 2. Regionalen Salzburger Armutskonferenz Fragen aufgegriffen zu haben, die im zeitlich-regionalen Kontext hohe Relevanz besitzen:

- Seit vielen Jahren fordern soziale Einrichtungen und Initiativen umfassende partizipative Strukturen in der regionalen Sozial- und Armutspolitik, Partizipation in der gegenwärtig praktizierten Form muss in Salzburg demnach als unbefriedigend bezeichnet werden;
- gerade einer Partizipation von Armutsbetroffenen ist vermehrt Augenmerk zu schenken, sind doch die Artikulations-, Organisations- und Teilhabechancen gegenüber anderen gesellschaftlichen Interessen und Gruppen stark benachteiligt;
- der Bedarf an vermehrter Mitsprache und Mitwirkung scheint – gerade auch bei den AkteurInnen des Sozialbereichs – überaus groß zu sein, die methodischen Werkzeuge dazu scheinen diesem Bedarf jedoch nicht wirklich Rechnung zu tragen. Zu gering scheinen die praktischen Erfahrungen im regionalen Kontext.

Und so sehr nun auch die Überzeugung vorherrscht, dass Partizipation und Selbstorganisation – nicht zuletzt aus eben erwähnten Gründen – ein wesentlicher Bestandteil künftiger regionaler Sozial- und Armutspolitik sein muss, so sehr ist und bleibt die praktische Umsetzung eine Herausforderung, wie auch Vorbereitung und Ablauf der Konferenz deutlich zeigten.

Eine zweitätige Konferenz konnte in diesem Sinne nicht mehr erreichen, als Anstöße zu geben, sich intensiver mit dem Thema zu beschäftigen, Bewusstsein zu schaffen, konkrete Good-Practice-Beispiele als Anregung zu präsentieren, im Rahmen eines Open-Space einzelne Projekte anzudenken und zu entwickeln.

Einen Anspruch, den auch diese Dokumentation verfolgt: Sie soll weniger einer detaillierten Beschreibung der einzelnen Konferenzteile dienen, sondern aus unterschiedlichen theoretischen und praktischen Blickwinkeln Partizipation und Selbstorganisation beleuchten. Themen, die zum Teil auch in einzelnen Workshops präsentiert und diskutiert wurden und hier nochmals in einer teilweise verdichteten und detaillierteren Form beschrieben werden.

Und so wie auf der Konferenz kann auch die entsprechende Dokumentation nur Teilausschnitte des komplexen Phänomens Partizipation und Selbstorganisation abbilden. In diesem Sinne soll vorliegende Textsammlung ein weiterer Schritt sein, tatsächlicher Teilhabe- und Teilnahmechancen von Sozialeinrichtungen, vor allem aber auch von Menschen mit Armutserfahrung durch eine inhaltliche Auseinandersetzung näher zu kommen. Schlussendlich also einen weiteren essentiellen Beitrag zur Armutsbekämpfung zu leisten, jenes Ziel, das stets im Mittelpunkt des Engagements des Salzburger Netzwerkes gegen Armut und soziale Ausgrenzung steht.

Vorbereitungsteam

Renate Böhm
Arbeiterkammer Salzburg

Robert Buggler
Salzburger Armutskonferenz

Gerhard Feichtner
Caritas Salzburg

Inge Honisch
Schuldnerberatung Salzburg

Josef Mautner
Katholische Aktion Salzburg

Elisabeth Riedl
Women's Federation for
World Peace International

Leo Schilcher
Neustart Salzburg

Josef Sinkovits
St. Virgil Salzburg

Inhalt

Partizipation – theoretische Zugänge

Partizipation und Selbstorganisation: Zwischen Gegenmacht und Sozialtechnologie
Ulrich Bröckling 07

Beteiligung im Lauf der Dinge betrachtet
Martin Schaurhofer 12

Partizipation in der Nachhaltigkeitsforschung
Ilse Marschalek & Dieter Wagner 12

Partizipation – praktische Zugänge

Gelebte Partizipation – Europa weit
Ein Erfahrungs- und Praxisbericht
Remke van Marle/Maria Mitterhuber-Pfeiffer 20

Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrung
Vorwort der Europäischen Kommission zum 2. Treffen
u. Bericht eines Teilnehmers (Dietmar Köhler) 25

Der Nationale Aktionsplan zur Sozialen Eingliederung (NAP)
Europas Intentionen,
deren Umsetzung in Österreich und die Einbeziehung der Betroffenen
Iris Woltran 27

Verein ArbeitslosensprecherIn
Entstehungsgeschichte – Leitbild – Mitglieder 30

Verein Aus:Zeit. Eine Salzburger Arbeitsloseninitiative.
Fragebogenaktion der Alf-Aktiv-Gruppe: »Arbeitslose befragen Arbeitslose«
Elisabeth Fereberger & Franz Borstner 32

Arbeitslosenanwaltschaft
Überlegungen zur Errichtung aus Oberösterreich
Christian Winkler 34

»Und wer fragt uns?«
Eine Plakataktion als Versuch, Partizipation Betroffener in einem ländlichen Bezirk zu ermöglichen. Ein Kurzbericht.
Robert Buggler 38

Partizipation und Teilhabe von MigrantInnen in der Stadt Dornbirn
Elisabeth Planinger 40

Politische Partizipation und Teilhabe von MigrantInnen in der Stadt Salzburg
Josef P. Mautner 43

5 Jahre Salzburger Netzwerk Frauenarmut:
Gemeinsam Nachdruck verleihen
Elisabeth Berthold & Alexandra Schmidt 47

Bewohnerservicestellen der Stadt Salzburg:
Möglichkeiten der Partizipation Armutsgefährdeter in Stadtteilen
Günther Witzany 49

Alleinerziehende
Situation, **Möglichkeiten der Partizipation** und Perspektiven
Ein Workshopbericht.
Eva Forster, Gabi Jell & Astrid Lüttich 53

Open Space

Die »Open Space Technology« von Harrison Owen«
Erich Kolenaty 55

Der Open Space auf der Armutskonferenz
ein Themenüberblick 56

Partizipation und Selbstorganisation: Zwischen Gegenmacht und Sozialtechnologie

(Eröffnungsreferat)

Ulrich Bröckling
Soziologe. Wissenschaftlicher Koordinator des Graduiertenkollegs »Die Figur des Dritten« an der Universität Konstanz/BRD

Lassen Sie mich beginnen mit einer Vorbemerkung zum Titel dieser Konferenz, die zugleich mitten in das Thema meines Vortrags führt: Die Forderung »Nichts über uns ohne uns« klingt kämpferisch, aber auch eigenartig unbestimmt. Unklar bleibt zunächst, wer das »Wir« ist, das hier seine Stimme erhebt: Sind es die, wie es in der Einladung heißt, »Menschen mit Armutserfahrungen« selbst, oder sind es ihre professionellen und ehrenamtlichen Unterstützer, in der Formulierung der Einladung: die »AkteurInnen in der sozialen Szene«? Letztere nehmen für sich in Anspruch, ich zitiere weiter aus der Einladung, »zu wissen wie Armutsbekämpfung geht, Betroffenen näher zu stehen, ihre VertreterInnen und manchmal auch ihre Stimme zu sein« – eine selbstbewusste Aussage, die allerdings eher an Expertentum und paternalistische Fürsorge denken lässt als an Partizipation und Selbstorganisation. Diejenigen, die wissen, wie etwas geht, die andere zu vertreten oder gar für sie zu sprechen beanspruchen, wären schließlich überflüssig, wenn eben diese anderen begännen, für sich selbst zu sprechen und ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen, mit anderen Worten: Wenn sie begännen zu partizipieren und sich selbst zu organisieren.

Offen ist aber auch, und das ist das zweite Fragezeichen, das ich hinter den Konferenztitel setzen möchte, gegen wen die Forderung »Nichts ohne uns über uns« durchgekämpft werden soll. Sind nicht ohnehin alle dafür? Wer wollte widersprechen, wer zöge demokratische Mitbestimmung nicht autoritärer Bevormundung vor? Partizipation und Selbstorganisation sind heute Ziele, auf die sich alle verständigen können. Dass diejenigen, die von einer Entscheidung betroffen sind, auch an ihrem Zustandekommen beteiligt sein sollten, dass Selbsthilfe und Eigeninitiative besser sind als verordnete Hilfeleistungen, darüber ist man sich über politische Fraktionen und soziale Milieus, Disziplingrenzen und fachliche Zuständigkeiten hinweg einig. Grundsätzlich jedenfalls. Denn was genau unter Partizipation und Selbstorganisation zu verstehen ist, darüber gehen die Auffassungen auseinander.

In meinem Vortrag werde ich diesen widersprüchlichen Auffassungen und insbesondere den politischen Ambivalenzen nachgehen, die sich daraus ergeben. Sprechen werde ich im Folgenden vor allem über Partizipation. Dabei ist vieles mit angesprochen, was sich zum Thema Selbstorganisation ausführen ließe, auch wenn der Begriff nicht explizit auftaucht.

Was meint Partizipation?

Partizipation kann vieles meinen: Sie schließt die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den gegebenen Formen repräsentativer Demokratie (Wahlbeteiligung, Mitgliedschaft in Parteien u.ä.) ein, bezieht sich aber darüber hinaus auf eine umfassende Mitgestaltung in allen Bereichen des sozialen Lebens. Administrative Maßnahmen zur Aktivierung der Bürgerinnen und Bürger fallen ebenso darunter wie Ansätze basisdemokratischer Organisation, sozialer Selbsthilfe und Gegenmacht, die außerhalb und teilweise in direkter Opposition zu staatlichen Instanzen angesiedelt sind. Partizipation ist ein Grundprinzip demokratischen Regierens und zugleich eine Triebkraft der Einsprüche gegen die Zumutungen des Regiertwerdens. Sie bewegt sich zwischen *policy und protest*. Diese Zweideutigkeit kennzeichnet auch die Strategien, mit denen öffentliche Verwaltungen ein höheres Maß an zivilgesellschaftlicher Teilhabe anzuregen bzw. umgekehrt Bürgerinnen und Bürger mehr Selbstbestimmung und politische Einflussnahme durchzusetzen versuchen. Konfrontation ist hierbei ebenso häufig wie Kooperation und wechselseitige Durchdringung: So sperren sich staatliche Instanzen der einen Seite gegen Partizipationsansprüche, die sich nicht in den geordneten Bahnen parlamentarischer Vertretung bewegen, auf der anderen Seite machen sie sich verstärkt die Mobilisierungs-, Organisations- und Kommunikationspotentiale sozialer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen zu Nutze. Diese wiederum positionieren sich einerseits als unabhängige Kraft »von unten«,

bemühen sich andererseits aber auch um rechtliche wie institutionelle Verankerung ihrer Anliegen und finanzielle Unterstützung durch öffentliche Stellen.

Partizipationsforderungen und Partizipationsprogramme finden sich indes nicht nur auf dem Terrain des Politischen, sondern auch in der schulischen wie außerschulischen Erziehung, in den unterschiedlichen Feldern Sozialer Arbeit, in der internationalen Entwicklungskooperation, und auch zeitgenössische Managementkonzepte setzen auf flache Hierarchien, Projektteams und Mitarbeiter-Empowerment, kurzum: Auf partizipatorische Modelle der Betriebsorganisation und Personalführung. In all diesen Bereichen kehrt die angesprochene Ambivalenz wieder zwischen einerseits Partizipation als einer Strategie des Regierens und andererseits Partizipation als dem Willen, nicht bzw. nicht in einer bestimmten Weise regiert zu werden.

Zwischen »Partizipieren-Wollen« und »Partizipieren-Sollen«

Schematisch gesprochen gibt es in Sachen Partizipation zwei Grundimpulse, die einander verstärken, die sich aber auch neutralisieren oder für heftige Konflikte sorgen können: Der erste Impuls: Menschen wollen partizipieren; der zweite: Menschen sollen partizipieren. Es mag vorkommen, dass Wollen und Sollen zur Deckung kommen, die Regel ist allerdings, dass die Menschen anders wollen, als sie sollen, und anders sollen, als sie wollen. So kommt es, um eine Formulierung des Politikwissenschaftlers Wolfgang Fach zu variieren, ein ums andere Mal zu Situationen, in denen Menschen partizipieren wollen, obwohl sie nicht oder nur in einem vorgegebenen Rahmen partizipieren sollen, und zu Situationen, in denen sie partizipieren sollen, obwohl sie nicht oder jedenfalls nicht in der angebotenen Form partizipieren wollen[1].

Ein Beispiel: Als vor einigen Wochen der Vorstand von *General Motors* die Schließung des Opel-Werks in Bochum androhte, verließen sich die Beschäftigten zunächst nicht auf die gesetzlich vorgesehenen Mitbestimmungsorgane, sondern brachten die Sorge um ihre Arbeitsplätze spontan in einem zur »Informationsveranstaltung während der Arbeitszeit« umgetauften wilden Streik zum Ausdruck. Sie nahmen sich das Recht, auch gegen den Willen ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertreter ihre Interessen selbst zu artikulieren. – Kurz: Sie partizipierten anders, als sie sollten. Ein prominentes Beispiel für das Partizipieren-Sollen, aber nicht Wollen sind die seit Jahren beobachtbaren abnehmenden Wahlbeteiligungen. Immer mehr Bürgerinnen und Bürger verzichten aus welchen Gründen auch immer auf diesen Akt politischer Teilhabe. Mit der anarchistisch-basisdemokratischen Parole »Begrabt Eure Stimmen nicht in den Urnen!« hat ihre Wahlabstinenz freilich wenig zu tun – die Verweigerung des Urnengangs geht, jedenfalls für die meisten, gerade nicht einher mit selbstorganisierten Formen politischer Einmischung. Ein ganzes Heer von Politikwissenschaftlerinnen forscht mittlerweile über die Ursachen dieser vermeintlichen »Politikverdrossenheit« und bemüht sich mit allerhand Aktivierungskampagnen, das müde Wahlvolk wieder zur Stimmabgabe zu motivieren.

Die wechselnden Konstellationen zwischen Mitbestimmen-Wollen und -Sollen zeigen an, dass es sich bei Partizipationsbeziehungen stets um Machtbeziehungen handelt: Immer wenn es um Partizipation geht, gibt es eine Instanz, die Macht ausübt, und eine andere, die an dieser Macht teilhaben will oder über die Macht in der Weise ausgeübt wird, dass sie selbst wiederum Macht über andere oder über sich selbst ausüben soll. Die »Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen«, so Max Webers klassische Definition von Macht, soll nicht monopolisiert, sondern zwischen den Beteiligten aufgeteilt werden – auf wessen Veranlassung hin und in welchem Verhältnis auch immer. Wer partizipiert, nimmt sich oder erhält die Möglichkeit, Einfluss zu nehmen, aber eben niemals allein. Das Bild der geteilten Macht ist allerdings insofern irreführend, als hier keineswegs ein Nullsummenspiel gespielt wird, bei welchen die eine Seite verliert, was die andere hinzugewinnt. Die Protagonisten des Partizipieren-Sollens verheißen vielmehr eine Win-win-Situation: An die Stelle eines Gegensatzes von Mächtigen und Ohnmächtigen soll ein Synergiemodell treten, bei dem alle Beteiligten gewinnen. Nicht Verteilung der *Macht über*, sondern Erweiterung der *Macht zu* lautet das Versprechen.

Es fällt auf, dass sich in dieser Ausrichtung gegensätzliche Kräfte treffen, wenn auch ihre Ziele durchaus voneinander abweichen. Vereinfacht könnte man sagen: Die Linke setzt auf Partizipation, um politischen Widerstand gleichermaßen mündiger wie solidarischer Bürgerinnen zu mobilisieren; Konservative erhoffen sich die Stärkung von Nachbarschaft, Familie und anderer Gemeinschaften, um so die Kluft zwischen Individuum und staatlichen »Megastrukturen« zu überbrücken; Liberale schließlich sehen Partizipation als eine Strategie, um von staatlicher Unterstützung unabhängige, ökonomisch rationale Akteure hervorzubringen, die ihr Leben als Unternehmer in eigener Sache führen.

Partizipation, und das ist es, was die widerstrebenden Positionen miteinander verbindet, hat nicht nur etwas mit Macht, sondern auch mit Freiheit zu tun, und die Ambivalenzen der Partizipation sind die der Freiheit selbst.[2] Der französische Historiker und Philosoph Michel Foucault hat in seinen jüngst veröffentlichten Vorlesungen zur Geschichte der Regierungskunst den Begriff der Freiheit wiederum in Zusammenhang mit den Praktiken des Regierens und Regiertwerdens gestellt. »Die Freiheit«, schreibt er, »ist niemals etwas anderes – aber das ist schon viel – als ein aktuelles Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten, ein Verhältnis, bei dem das Maß des ‚zu wenig' an bestehender Freiheit durch das ‚noch mehr' an geforderter Freiheit bestimmt wird.«[3] In dieser Spannung von zu wenig an bestehender und noch mehr an geforderter Freiheit ist Partizipation – genauer: sind die unterschiedlichen Spielarten des Teilhabens und Mitbestimmens zu verorten. Betrachtet man das Verhältnis der beiden Begriffe genauer, so lassen sich drei unterschiedliche Varianten sowohl von Freiheit wie von Partizipation identifizieren:

Drei unterschiedliche Varianten von Freiheit und Partizipation und deren politische Zuordnung

Freiheit kann erstens Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung, Kampf gegen Fremdbestimmung bedeuten. Partizipieren in diesem Sinne heißt, dass diejenigen, deren Stimme bis dahin nicht zählte, sich Gehör verschaffen, dass sie nicht länger nur Befehle entgegennehmen, sondern selbst über ihr Leben entscheiden, mit anderen Worten: dass sie sich selbst regieren. Hier geht es um Auflehnung und Emanzipation. – Partizipation als Selbstermächtigung. Freiheit kann zweitens so etwas wie freiwillige Zugehörigkeit bedeuten, die Bereitschaft, sich in ein größeres Ganzes einzufügen und einzubringen. Partizipieren heißt in diesem Zusammenhang teilhaben, sich für die Gemeinschaft zu engagieren, als deren Teil man sich begreift. »Frag nicht was Dein Land für Dich tun kann, frag, was du für Dein Land tun kannst«, lautet die zeitgemäße Parole. – Partizipation als Selbstbindung. Drittens meint Freiheit Wahlfreiheit, die Möglichkeit und die Notwendigkeit, sich zwischen unterschiedlichen Optionen zu entscheiden. Wer wählen kann und muss, kann seine Erfolge und Misserfolge auf niemanden abwälzen. Partizipieren in diesem Sinn ist deshalb gleichbedeutend mit eigenverantwortlichem und am individuellen Interesse ausgerichtetem Handeln. Hier geht es weniger um Teilhabe als um Teilnahme, und zwar um aktive Teilnahme an den allgegenwärtigen Arbeits-, Beziehungs- und Aufmerksamkeitsmärkten. Auf diesen Märkten kann sich nur behaupten, wer unternehmerische Qualitäten zeigt, also innovativ ist, Kosten und Nutzen nüchtern kalkuliert und zugleich Mut zum Risiko beweist. – Partizipation als Selbrationalisierung.

Die drei Varianten lassen sich unschwer den genannten linken, konservativen und liberalen Positionen zuordnen, auch wenn sie sich nur selten trennscharf voneinander abgrenzen lassen, sondern in wechselnden Verbindungen amalgamieren. Dass der Ruf nach mehr Partizipation fraglose Plausibilität beanspruchen kann, ist nicht zuletzt dieser Vieldeutigkeit geschuldet. Die Antwort auf die Frage »Warum sollen Menschen teilhaben?« wird ganz unterschiedlich ausfallen, je nach dem, ob man darunter ein Projekt der Selbstermächtigung, der Selbstbindung oder der Selbstrationalisierung versteht. Die einen erhoffen sich größere individuelle Autonomie, die anderen einen Zuwachs an sozialer Integration, die dritten mehr Effizienz und Entscheidungsrationalität. Auch auf die umgekehrte Frage, welchen Übeln denn mittels Partizipation begegnet werden soll, wird es mehr als eine Antwort geben: Einmal geht es gegen Unmündigkeit und Fremdbestimmung, das andere Mal soll dem Zerreißen des sozialen Bandes entgegengewirkt werden, im dritten Fall schließlich gilt der Kampf der Trägheit, Unflexibilität und Ineffizienz hierarchischer Führungsmodelle. In allen drei Fällen steht das geforderte partizipative Regieren und Sich-selbst-Regieren nicht in Opposition zur Freiheit, vielmehr handelt es sich um ein Regieren durch Freiheit – *governing by freedom*. Freiheit ist hier nicht das, was durch Regierungspraktiken begrenzt, beschnitten oder kanalisiert wird, sondern eine Ressource, die nutzbar gemacht und deshalb gestärkt werden soll.

Den gewährten Partizipationsmöglichkeiten steht deshalb ein Partizipationsdruck gegenüber. Wer sich weigert mitzumachen, sieht sich leicht als autoritätshörig, als verantwortungslos oder als entscheidungsschwach gebrandmarkt. Man kann Teilhabe und Mitbestimmung nicht erzwingen, aber man kann für ein Klima sorgen, dass darauf hinwirkt. Das Gebot »Partizipiere!« wäre so paradox wie das legendäre »Sei spontan!«, aber man kann der unabdingbaren Freiwilligkeit nachhelfen. Niemand muss den Partizipationsforderungen nachkommen, der Preis für Verweigerer ist jedoch hoch: der Ausschluss aus der Gemeinschaft der Menschen guten Willens. Ist das Ideal des Mitbestimmens erst einmal als moralisches Telos verankert, wird das Nicht-Mitmachen-Wollen zum Sündenfall schlechthin.

Vom Partizipieren-Wollen

Bisher war vor allem vom Partizipieren-Sollen die Rede. Das könnte nahe legen, als handle es sich ausschließlich um eine Norm und als ginge es mir lediglich darum, die Mehrdeutigkeiten und Ambivalenzen dieser Norm aufzuzeigen. Partizipation ist jedoch mehr als das. Ethische Maximen aufzustellen, ist eine Sache, praktische Handreichungen zu geben, wie diese einzulösen sind, eine andere. Es reicht nicht, den Menschen zu sagen, warum es gut und nützlich ist, ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen, man muss ihnen auch zeigen, wie sie das tun können. Ebenso wichtig wie zu fragen, was Partizipation ist oder idealerweise sein sollte, ist es zu untersuchen, welches Wissen zur Beantwortung dieser Frage mobilisiert und welche Verfahren in Anschlag gebracht werden, um demokratische Teilhabe sicherzustellen. Zu einem prominenten Baustein zeitgenössischer Menschenführung wird Partizipation erst dadurch, dass Norm, die Theorien und die Technologien des Teilhaben-Sollens miteinander verschmelzen. Neben der Maxime, bei allen Entscheidungen alle Beteiligten möglichst weitreichend einzubeziehen, umfasst Partizipation ein Repertoire von Strategien und Taktiken, um den Beteiligungs-Imperativ umzusetzen. Diese bürgerschaftlichen Technologien *(»technologies of citizenship«)* bauen auf informellen Formen der Meinungs- und Entscheidungsbildung auf und überführen sie in wissenschaftlich angeleitete, häufig professionell betriebene und institutionell abgestützte Methoden. Konzepte wie Empowerment, bürgerschaftliches Engagement oder Aktionsforschung, Verfahren wie Runde Tische, Open Space, Zukunftswerkstätten oder Mediation haben höchst disparate Wurzeln und finden in den unterschiedlichsten sozialen Feldern Anwendung. Nicht zuletzt bei der Konferenz, zu der wir hier versammelt sind.

Weil der Wille zur Teilhabe und Mitbestimmung nicht als gegeben vorausgesetzt werden kann, treten Experten auf den Plan, die ihn durch entsprechende Anreize zu wecken und in die gewünschten Bahnen zu lenken versuchen. Die partizipative Demokratie muss – als sozialer Raum wie als sozialer Handlungsmodus – erst »erfunden« d.h. definiert, sichtbar gemacht und so modelliert werden, dass auf sie gezielt eingewirkt werden

kann. So sammeln Forschungsinstitute Daten über Umfang und Breite des bürgerschaftlichen Engagements, entwerfen *Think tanks* Leitbilder, während Sozialarbeiter zu *Community organizers* promoviert werden und Anstellung in Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftszentren oder Selbsthilfenetzwerken finden, die wiederum durch Scharen von Evaluatoren und Supervisoren beraten und beforscht werden. Die Anstrengungen all dieser Experten unterliegen dem Paradox einer jeden Erziehung zur Mündigkeit: Die Partizipationsspezialisten leiten dazu an, sich nicht länger anleiten zu lassen, sondern eigenständig zu entscheiden. Sie unternehmen es, von außen in Gang zu setzen, was nur aus innerem Antrieb erwachsen kann. Ihr Selbstverständnis unterscheidet sich folglich von traditionellen Helferrollen: Sie wirken nicht unmittelbar auf die Menschen und ihr Verhalten selbst ein, sondern auf die Situationen und Kontexte, in denen Menschen handeln. Sie erlassen keine Vorschriften, sondern schaffen Gelegenheiten; sie lösen keine Probleme, sondern stärken die Problemlösungskompetenz; sie degradieren niemanden zum passiven Hilfeempfänger, aber sie bestimmen, wer aktiviert werden soll.

Um Technologien des Partizipieren-Sollens, der Stimulation von Partizipationsprozessen also, handelt es sich auch bei jenen Programmen, die im Rahmen »aktivierender Sozialpolitik« zum Einsatz kommen. Die Empfänger sozialer Hilfeleistungen werden in einer Koppelung von disziplinierender Kontrolle und Empowerment – Stichwort »Fördern und Fordern« – dazu angehalten, sich fit für den Arbeitsmarkt zu machen oder, wo das aussichtslos erscheint, sich wenigstens um ein möglichst hohes Maß an Selbständigkeit und sozialer Integration zu bemühen. Über das alte sozialarbeiterische Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe gehen die Aktivierungsstrategien weit hinaus. Neu ist insbesondere die Rahmung sozialer Probleme: Was auch immer Menschen in ihrer Lebensführung beeinträchtigt, so die elementare Annahme, stets lässt es sich auf einen Mangel an Aktivität und Selbstverantwortung zurückführen. Anders ausgedrückt: Die Betroffenen partizipieren zu wenig. Auf diese Weise wird aus einer Vielzahl von Individuen mit einer nicht minder großen Zahl von Erfahrungen und Selbstdeutungen eine homogene Gruppe, die durch das charakterisiert ist, was ihr fehlt. Aus der einheitlichen Diagnose folgt zweitens eine ebenso universelle Therapie. Alle Interventionen sind danach auszurichten, so die Botschaft, dass sie die Selbststeuerungspotentiale wie die Eigeninitiative steigern. Kurz gesagt: Die Betroffenen sollen mehr partizipieren. Die zugrunde liegende Rechnung ist simpel: Je selbständiger und aktiver die Adressaten der Programme werden, desto weniger Probleme werden sie haben – und machen.

Freilich gilt das nicht für alle und nicht für alle im gleichen Maße. Zwar machen die Partizipationsparolen auch vor jenen nicht Halt, in deren Ohren die Teilhabeversprechen wie blanker Hohn klingen müssen, weil ihnen ihre Überflüssigkeit tagtäglich vor Augen geführt wird. Das Set von Werten, Handlungsregeln und Selbstpraktiken, wie es etwa in Trainingskursen für Langzeitarbeitslose oder sozialpädagogischen Maßnahmen für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz vermittelt, in den Curricula von Sonderschulen, den Pflegekonzepten für behinderte oder alte Menschen oder den Förderrichtlinien internationaler Hilfsorganisationen für Entwicklungsprojekte festgeschrieben und auch von Selbsthilfegruppen, Nichtregierungsorganisationen oder einer politisch engagierten Gemeinwesenarbeit propagiert wird, dieses Set unterscheidet sich in seiner grundsätzlichen Ausrichtung kaum von dem, was so genannten Führungskräften auf exklusiven Management-Workshops beigebracht wird oder in politikwissenschaftlichen Abhandlungen über Zivilgesellschaft und Bürgerengagement zu lesen ist: Hier wie dort die gleiche Beschwörung von Selbstverantwortung, Flexibilität und Eigeninitiative, die gleiche Aktivierungsrhetorik und der gleiche nahezu unbeschränkte Glaube an die Macht des Glaubens an sich selbst. Ob auf den oberen Sprossen der Erfolgsleiter oder ganz unten, wo der soziale Absturz droht oder längst erfolgt ist, überall werden die Menschen angehalten, sich einzubringen, ihre Interessen zu artikulieren, ihre Beziehungen selbständig zu regeln und ihre Konflikte in Eigenregie zu lösen.

Allerdings wird in den sozialpolitischen Aktivierungsprogrammen die Logik der Partizipation vielfach durchkreuzt von Strategien des Paternalismus, der sozialen Kontrolle und Repression. Den demokratischen Technologien der Teilhabe und Mitbestimmung korrespondiert hier ein Regime der Härte. Nicht nur »Fördern«, sondern eben auch »Fordern«, und wo das nicht fruchtet, auch »Überwachen und Strafen«. Aktivierender Staat und *Zero-Tolerance*-Politiken sind durchaus kein Widerspruch. Zwar sollen grundsätzlich alle dem Partizipationsimperativ folgen, aber nicht alle sind dazu auch gewillt oder in der Lage. Der Freiheit mitzubestimmen und teilzuhaben, muss man sich gewachsen erweisen. Wie aber lassen sich die widerstrebigen Logiken von Partizipation und Kontrolle miteinander verbinden? Indem man die Individuen in Gruppen einteilt je nach dem Grad ihrer Fähigkeit bzw. Unfähigkeit zur Freiheit und die Programme entsprechend abstuft. Fünf Kategorien und entsprechend fünf unterschiedliche Strategien sozialer Intervention lassen sich dabei, vereinfacht gesagt, unterscheiden. Ich folge hier einer Studie des australischen Soziologen Mitchell Dean.[4]

Fünf Kategorien und Strategien sozialer Intervention

Da gibt es erstens jene, welche die volle Fähigkeit zu Freiheit und Selbstbestimmung erlangt haben, einschließlich der Fähigkeit, sich selbst, wo nötig, strikter Selbstdisziplin zu unterwerfen. Sie sind die ersten Adressaten der Partizipationsprogramme, sofern sie dieser überhaupt bedürfen, weil sie auch ohne Unterstützung von außen ihre Selbstermächtigung, Selbstbindung und Selbstrationalisierung betreiben.

Die zweite Gruppe besteht aus jenen, die diese Fähigkeit besitzen, aber Unterstützung benötigen, um sie zu erhalten. Hierunter fallen etwa die erst vor kurzer Zeit arbeitslos Gewordenen oder Menschen, die aufgrund unerwarteter Zwischenfälle in Armutslagen geraten sind.

In die dritte Gruppe gehören diejenigen, die zwar grundsätzlich in der Lage wären, ihr Leben eigenverantwortlich zu gestalten, die aber trainiert und angeleitet werden müssen, um dieses Potential auch tatsächlich zu realisieren. Zu denken ist hier etwa an Langzeitarbeitslose, überschuldete Menschen oder jene Bezieher staatlicher Wohlfahrtsleistungen, die weder krank noch behindert sind. Diese Gruppe wird nach der Maxime »Fördern und Fordern« aktiviert, wobei der Schwerpunkt mal mehr zur einen, mal mehr zur anderen Seite tendiert.

Gruppe vier bilden jene, die noch nicht oder nicht mehr in der Lage sind, sich zu ihrem Besten selbst zu steuern, also insbesondere Kinder, Alte, Behinderte oder dauerhafte Bezieher von Wohlfahrtsleistungen. Hier tragen die Interventionen eher paternalistische oder sozial-technokratische als partizipative Züge. Während die Noch-nicht-zur-Freiheit-Fähigen jedoch der fürsorglichen Belagerung immerhin mit der Zeit entwachsen können, wird das Elend jener, von denen man ein solches Mündigwerden nicht oder nicht mehr erwartet, oft genug nur verwaltet und/oder unsichtbar gemacht.

In der letzten und fünften Gruppe finden sich jene wieder, die sich weigern, zur gesellschaftlichen Ordnung beizutragen oder diese stören: Junkies, Serienstraftäter, Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis. Sie traktiert man nicht mit Partizipationsbegehren, sondern versucht, ihnen mit der ganzen Härte des Gesetzes das Leben möglichst schwer zu machen.

Diese Einteilung ist zweifellos recht holzschnittartig und bedürfte der empirischen Überprüfung. Welcher Personenkreis im einzelnen welcher Gruppen zuzurechnen wäre, ob statt der fünf sich nicht genauso gut vier oder sieben Gruppen unterscheiden ließen, darüber ließe sich gewiss trefflich streiten. So ist vor allem festzuhalten, dass partizipative mit repressiven und disziplinierenden Strategien nicht allein konkurrieren, sondern auch in verschiedenen Zusammensetzungen kombiniert werden, dass Partizipation nicht nur Freiheit schaffen soll, sondern Freiheit immer schon voraussetzt und folglich jene ausschließt, denen man die Fähigkeit abspricht, ihre Freiheit sinnvoll auszuüben.

Ich komme zum Schluss und noch einmal auf den Titel dieser Konferenz zurück: »Nichts über uns ohne uns.« Das Motto ist entlehnt dem Europäischen Jahr der Menschen mit Behinderungen, das die Europäische Kommission im vergangenen Jahr unter eben diesem Motto ausgerufen hatte. Bei der offiziellen Eröffnungsveranstaltung, die im Februar in Magdeburg stattfand, kam es während der Rede des gastgebenden Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, zu einem Eklat: Nachdem Böhmer zunächst einen Paradigmewechsel von der »ausgrenzenden Fürsorge« zur »uneingeschränkten Teilhabe«, »vom Behinderten als Objekt der Fürsorge und Nächstenliebe zum mitgestaltenden Subjekt« ausgemacht und ausführlich die entsprechenden Anstrengungen seines Landes gewürdigt hatte, konnte er es sich nicht verkneifen, »in aller Offenheit« klarzustellen, wo die partizipative Behindertenpolitik ihre Grenzen haben müsse:
»Der Satz und die Forderung, das nichts über uns ohne uns entschieden werden soll«, erklärte er, »der gilt für viele Bereiche, aber er gilt nicht und kann nicht gelten insbesondere für geistig und intellektuell Behinderte.« Einem Bericht des Mitteldeutschen Rundfunks zu Folge reagierten die Teilnehmer »auf diese Äußerung zunächst mit Fassungslosigkeit, dann mit lautstarken Protesten«.

In dieser Szene verdichtet sich exemplarisch die ganze Doppelbödigkeit der gouvernementalen Partizipationsprogramme: Bei allem Lobpreis der Mitbestimmung – wer mitbestimmen soll und wie und vor allem wer nicht, das bestimmen immer noch die zuständigen Behörden. Ein Trost immerhin, und zugleich ein Akt partizipativer Selbstermächtigung, dass die Ausschlussverfügung des Landesvaters nicht unwidersprochen blieb.
Ob es Parallelen zwischen diesem Vorfall und den hier und heute zu diskutierenden Initiativen gibt, das zu entscheiden überlasse ich Ihnen.

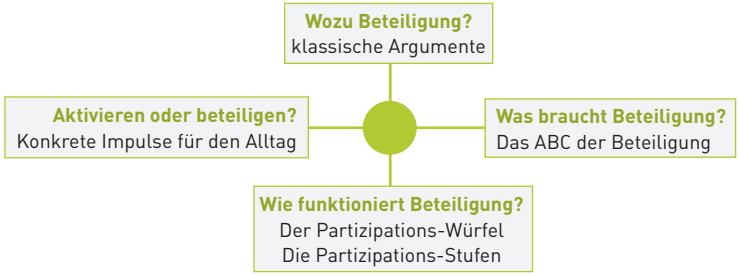
1) Wolfgang Fach: Partizipation, in: Ulrich/Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke: Glossar der Gegenwart, Frankfurt/M. 2004,S.198.
2) Die folgenden Abschnitte verdanken vielfältige Anregungen dem Aufsatz von Kerlijn Quaghebeur: Participation for free, in: Educational Philosophy and Theory, Special Iccue on »The Learning Society from the Perspective of Governmentality«, erscheint 2005.
3) Michel Foucault: Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt/M. 2004,S.97.
4) Mitchell Dean: Liberal government and authoritarianism, in: Economy and Society 31 (2002), S.37-61, hier v.a. S. 48.

Beteiligung im Lauf der Dinge betrachtet

Martin Schaurhofer
Partizipationsberater und -forscher, Empowerment-experte, Wien.

Wir werden in Ketten geboren als Sklaven der Abhängigkeit und des Mangels und erwerben Selbstbestimmung erst, indem wir die schwierige Kunst der Selbstregierung erlernen.
Benjamin Barber (1994, 15)

Beteiligung von Menschen ist ein derzeit moderner Begriff. Moderne Begriffe haben es im allgemeinen so an sich, dass sie oft gebraucht und auch immer schneller Einzug in die veschiedensten Diskurse nehmen. Irgendwann und/oder immer wieder taucht dann die Frage auf: Aber was ist das eigentlich für ein Begriff? Rund um die Klärung des Beteiligungsbegriffes werden nun vier Fragen gestellt:



1 Klassische Argumente zur Beteiligung – Wozu Beteiligung?

Partizipation, Zivilgesellschaft, Politik von unten dies sind nur einige Schlagwörter, die man vermehrt im öffentlichen Raum als Diskussionsgegenstand beobachten kann. Die Einbindung der BürgerInnen rückt alltäglich in das Licht breiteren Interesses. Beispielsweise widmen sich gerade in den letzten Jahren staatliche, halbstaatliche und nichtstaatliche Organisationen der Idee von Partizipation in unterschiedlicher Weise. Die Frage, wozu Beteiligung von anderen stellt sich in diesem Zusammenhang.

Argumente, die für teilnehmende Demokratie sprechen (vgl. Schmidt 1997, 175), lassen sich größtenteils aus Demokratiepostulaten von Volkssouveränität und Selbstbestimmung ableiten: Es handelt sich dabei um das Souveränitätsargument, das Selbstbestimmungs/Verantwortungsargument, das Interessenargument und das diskurstheoretische Prozessargument.

1.1 Das Souveränitätsargument

Der Souveränitätsgedanke hat zum Inhalt, dass ein Monopol für alle verbindlichen Entscheidungen existiert. Gemäß einer radikaldemokratischen Auffassung soll das Volk die Macht der politischen Entscheidung haben. Das bedeutet, dass Rechtsnormen auf dem unmittelbaren Willen des Volkes aufbauen müssen. Um dies zu gewährleisten, muss das Volk mit möglichst großen Teilnahmerechten ausgestattet sein. Somit leitet sich Teilnahme aus der Notwendigkeit der Herrschaft des Volkes ab.

Partizipation als wesentliches Charakteristikum demokratischer Herrschaftsordnung dient der Legitimation und Kontrolle von Herrschaft. Dieses Argument finden wir sowohl bei Elitentheoretikern wie Schumpeter (1993; im Original 1942) und umgekehrt auch bei Emanzipationstheoretikern wie Rousseau (1996; im Original 1752). Beiden Ansätzen ist gemein, dass Partizipation als ein wesentliches Charakteristikum einer demokratischen Herrschaftsordnung verstanden wird. Die Differenzierung passiert grundsätzlich in der Frage der Umsetzung des Volkswillens. Bei Elitentheorien ist Demokratie eine politische Methode zur Legitimation von Eliten, die allein Garant von Freiheit und Demokratie sind. Hingegen wird in der partizipativen Vorstellung der Demokratiebegriff selbst mit der unumgänglichen Forderung nach Teilnahme des Volkes begründet. Bei beiden demokratietheoretischen Ansätzen steht außer Streit, dass die grundlegenden Prinzipien der Teilung und Kontrolle von Herrschaftsgewalt sowie die Garantie der persönlichen Autonomie demokratische Mitbestimmung erfordern.

1.2 Das Selbstbestimmungs- / Verantwortungsargument

In diesem Argument liegt die Begründung von Demokratie darin, dass sie die Gesellschaftsordnung ist, die zu einer Maximierung der Selbstbestimmung führen soll. Teilnehmende Demokratie soll jene Gesellschaftsform sein, die am ehesten ein Leben in

Gemeinschaft und zugleich Selbstbestimmung ermöglicht. Durch Partizipation kann der Mensch lernen, Verantwortung zu übernehmen. Daher wird Partizipation nicht nur durch einen instrumentellen Teil, sondern auch durch einen Wert schaffenden Teil begründet (Schaurhofer 1998, 184). Die Demokratie wird als gesellschaftliche Lebensform zur Selbstentfaltung des Individuums angesehen, und nicht bloß als Mittel der Systemerhaltung betrachtet, wie es etwa Elitentheoretiker in ihrer Outputorientierung des politischen Systems (z.B. Sicherheit, Stabilität, materielle Versorgungsleistungen) darlegen.

1.3 Das Interessenargument

Politische Apathie kann als ein Ausdruck der Entfremdung des Menschen von seinem Interesse, das Zusammenleben in der Gemeinschaft zu gestalten, betrachtet werden. Dieses Argument soll der immer wieder formulierten Aussage entgegentreten, dass Menschen grundsätzlich politisch desinteressiert seien und politische Verantwortung lieber anderen überlassen. Die erwähnte Entfremdung gilt vielmehr als ein Produkt der geringen Partizipationsmöglichkeiten in verschiedenen Lebenskontexten. Vielen Menschen erscheinen politische Fragen und Themenstellungen entweder bedeutungslos oder außerhalb ihres Einfluss und Interessensbereiches liegend. Daher sollte politische Erziehung dort ansetzen, wo der Mensch unmittelbar und konkret betroffen ist. Durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten kann sich die Apathie in Interesse verwandeln. Dieser durchaus optimistische Ansatz mag als utopisch kritisiert werden, dennoch zeigt sich immer wieder, dass sich politische Apathie verändern kann. Vor allem dann, wenn Menschen unmittelbar von Entscheidungen betroffen sind und auch die Möglichkeit haben, mitzuentscheiden.

1.4 Das diskurstheoretische Prozessargument

Dieses Argument besagt, dass vermehrte diskursive Teilnahme auch die Chancen verständigungsorientierter Konfliktaustragung vergrößert. Dadurch wird Handeln im Sinne eines gemeinsam bestimmten Gemeinwohls möglich. Im partizipatorischen Modell wird davon ausgegangen, dass der Mensch tatsächlich oder potentiell die Fähigkeit besitzt, für das Gemeinwohl verantwortlich zu denken und zu handeln. Er ist nicht nur an der Maximierung der eigenen Vorteile interessiert. *Das Gemeinwohl ist kein vorgegebenes Gut, sondern muss immer wieder gesucht und gefunden werden.*

Dieser Prozess ist zwar mit sehr hohem Ressourcenaufwand verbunden, dennoch scheint er sich meines Erachtens zu lohnen. Schließlich sind die Präferenzen der Individuen nicht ausschließlich präpolitisch, sondern werden durch einen politischen Prozess hervorgebracht bzw. verändert. Daher ist deliberative Politik stets auf Prozesse der Veränderung und des Wandels von Eigeninteressen in gemeinschaftliche Interessen bezogen. Es sind derartige Transformationsprozesse, die die BürgerInnen letztlich zum Erkennen des Gemeinwohls und entsprechenden Handeln führen.

2 Das ABC der Beteiligung Was braucht Beteiligung?

Das »ABC der Beteiligung« sind generelle Leitlinien, die in ihrer Allgemeinheit einen ersten Orientierungsrahmen für AuftragnehmerInnen und AuftraggeberInnen von Beteiligungsverfahren bieten können:

A. Partizipation kann nur soviel leisten, wie Entscheidungsraum vorhanden ist.

Der Erfolg der Beteiligung der lokalen Bevölkerung an Angeboten hängt immer davon, ob ein Entscheidungsspielraum vorhanden ist. Hier ist vor allem die lokale Politik und Verwaltung aufgerufen, Entscheidungskompetenz wohl überlegt und vertrauensvoll an die lokale Bevölkerung abzugeben. Dabei gilt, Entscheidungsspielräume im Vorfeld zu definieren und transparent zu machen.

B. Partizipation ermöglicht Wissens- und Interessensaustausch.
Was Partizipation immer leisten kann, ist der Austausch zwischen verschiedenen Interessensgruppen. Vor allem demokratiepolitisch betrachtet steht dabei das Einbinden von weniger lautstarken Personengruppen im Vordergrund. Unterstützung von Partizipation kann so zu einem demokratiestärkenden Instrument in einer Region werden. Die Wissensbestände von EntscheidungsträgerInnen werden durch die Einbindung der lokalen Bevölkerung verändert.

C. Partizipation braucht Räume und Zeit für Austausch.
Partizipation bedeutet, dass Räume für Austausch offen sind und diese von Menschen auch genutzt werden. Partizipation benötigt immer Zeit, um die Erfahrungen bisheriger (Nicht) Beteiligungen sei es in der Familie, in der Schule, am Arbeitsplatz zu überwinden. Partizipation wirkt vor allem dort, wo Menschen hohe »politische Selbstwirksamkeitserwartungen« besitzen. Dabei sind relevante Faktoren für Partizipation: Wissen, persönliche Zeit, Motivation, gemeinsame Visionen, Geduld und Möglichkeiten.

D. Partizipation braucht nachgehende, niederschwellige Kommunikationsarbeit.
Vor allem die Büros der Regionalentwicklung sind zentrale Kommunikationsdrehscheiben in Netzwerken der Gemeinde oder der Stadt. Wenn hier ein leichter und einfacher Zugang für alle Personen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Soziales und den BürgerInnen möglich ist, so sind dies sehr erfolgsversprechende Rahmenbedingungen.

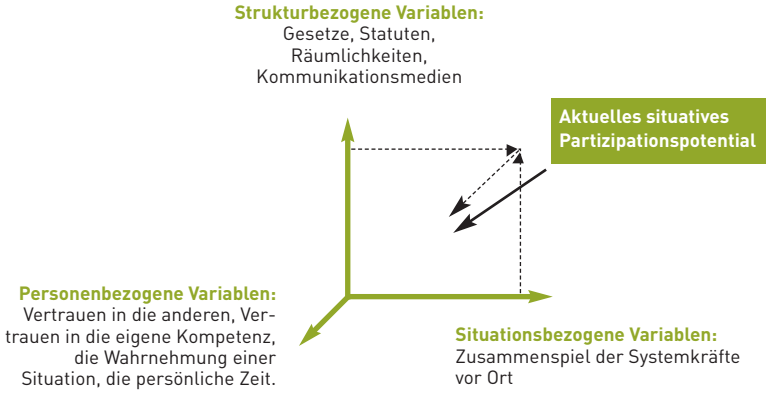
E. Ziel von Partizipation ist, auf bestimmte Fragen lebensnahe Antworten zu finden.
BürgerInnen können rechtzeitig eingebunden werden; dies ist bereits bei der Festsetzung der zu klärenden Sachverhalte möglich. Es mag ungewohnt sein, die BürgerInnen schon in sehr frühzeitigen Stadien der Entscheidungsfindung nach deren relevanten Fragestellungen zu befragen, allerdings zeigt sich immer wieder, dass Prozesse mit frühzeitiger Einbindung von BürgerInnen befriedigendere Antworten liefern.

Ziel jeder Partizipation ist es, auf festgelegte Fragen Antworten zu erhalten, die im gemeinsamen Wissensaustausch entwickelt werden. Idealerweise passiert dies mit der Motivation, gemeinsam Interessen anderer zu hören und zu berücksichtigen. Bei gelungenen Beteiligungsprozessen finden sich alle Interessensgruppen im Endergebnis wieder, auch wenn deren Interessen anfänglich konträr und unüberwindlich schienen.

F. Aus den Beantwortungsstrategien leiten sich Beteiligungsstrategien ab.
Beteiligungsstrategien zur Einbindung von BürgerInnen gibt es viele: vom Runden Tisch bis hin zur Zukunftswerkstatt. Die Methoden sollten den Kommunikationskulturen der BürgerInnen angepasst sein. Um effiziente Beteiligungsstrategien zu finden, ist es möglich, im Vorfeld die 3 *elementaren Fragen zur Partizipation abzuklären:*
- Was will wer wissen?
- Wer soll die Fragen beantworten?
- Was passiert mit den Antworten?

3 Der Partizipations-Würfel & die Partizipations-Stufen – Wie funktioniert Beteiligung?

3.1 Das Modell des Situativen Partizipationspotentials
Partizipation passiert im Zusammenspiel von Möglichkeiten innerhalb eines Systems (strukturbezogene Variablen), in der jeweiligen Situation (situationsbezogene Variablen) von einer Person (personenbezogene Variablen). Strukturbezogene Variablen sind Gesetze, Statuten, Räumlichkeiten, Kommunikationsmedien; als situationsbezogene Variablen wird das aktuelle Zusammenspiel der Systemkräfte vor Ort bezeichnet. Personenbezogene Variablen sind das Vertrauen in die anderen, Vertrauen in die eigene Kompetenz, die Wahrnehmung einer Situation und die persönliche Zeit.



Das situative Partizipationspotential ergibt sich aus dem Zusammenwirken verschiedener struktureller, personeller und situativer Faktoren. Das situative Partizipationspotential besagt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass sich Menschen in einer Situation beteiligen.

Beteiligung kann verschiedene Ausformungen annehmen. Eine für den Alltag in der Beteiligungspraxis der intermediären Einrichtungen praktikable Unterscheidung von Partizipationsstufen muss vor allem durch Übersichtlichkeit und leichte Zuordnungsmöglichkeit der Alltagssituationen gekennzeichnet sein. Die folgenden Partizipations-Stufen wollen einen solchen Überblick ermöglichen:

4. Selbstverwalten: Die letzte Stufe ist die Selbstverwaltung. BürgerInnen können hier über Ziele und Wege der Gestaltung bestimmter sozialer Räumen selbst entscheiden und diese auch laufend verwalten. Verbindliche Strukturen, Anhörungs- und Mitwirkungsrechte und -pflichten müssen zuvor ausgehandelt sein. Dazu bedarf es verstärkt Personen und Einrichtungen, die als Schnittstellen zwischen der Selbstverwaltung und Fremdverwaltung fungieren.

3. Mitentscheiden: In dieser Stufe wird Entscheidungskompetenz und Verantwortung abgegeben. In Beteiligungsverfahren ist Klarheit über die Verteilung von Entscheidungsmacht der wesentliche Drehpunkt. Möglichkeiten der Mitentscheidung gilt es im Sinne der Transparenz aller beteiligten Parteien rechtzeitig öffentlich kundzutun.

2. Mitwirken: Die Mitwirkung an politischen und gesellschaftlichen Fragen braucht Dialoggestaltung. Intermediäre Einrichtungen wie etwa Regionalentwicklungsbüros schaffen wesentliche Voraussetzungen für BürgerInnenbeteiligung, in dem sie z.B. Partizipatons-Know-How anbieten. Grundsätzlich gilt es, Austauschräume für Personen mit verschiedenen Interessenslagen zu gewährleisten. Vor allem ist das Ziel des Beteiligungsverfahrens im Vorfeld zu klären und transparent darzulegen.

1. Information erwerben: Die erste Stufe der vier Partizipations-stufen ist das Erwerben von Information. Information ist ein aktiver Prozess der Umweltwahrnehmung und persönlichen Wissensentwicklung. Dieser Prozess läuft in jedem Menschen autonom ab und von anderen weit weniger beeinflussbar als generell angenommen. Daher sind in Zusammenhang mit Beteiligungsverfahren relevant: die Wissensaufbereitung, lokale Verbreitung von Wissen und wahrnehmende BürgerInnen.

4 Konkrete Impulse für den Alltag – Aktivieren oder beteiligen?

Der Mensch entwickelt aufgrund seiner eigenen Lebens- und Erfahrungsgeschichte sein Wissen autonom. Wissen erweist sich in erster Linie für ihn als situationsadäquates und damit als »passendes« Wissen. *Das bedeutet aber keineswegs, dass der Mensch autark von seiner wahrgenommenen Umwelt Wissen entwickelt, sondern dass die Veränderung seines Denkens und Handelns primär aus ihm selbst entspringt und nicht von außen steuerbar ist.*

Dieser Umstand wird auch als Strukturdeterminiertheit der Kognition bezeichnet.

Menschen sind autonom hinsichtlich der Veränderung ihrer Betrachtungsweisen. Daher ist die gezielte Aktivierung von Menschen zu einem bestimmten Verhalten nicht möglich. Möglich ist es, Angebote zu setzen, in der Hoffnung, dass Menschen aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen diese Angebote so wahrnehmen, wie man es sich wünscht. Einzuladen, zu hoffen, zu wünschen sind Ausdruck einer konstruktivistischen Grundhaltung gegenüber anderen. Sie können Begrifflichkeiten des Aktivierens und Manipulierens ersetzen. Das heißt, Menschen verfügen dank ihrer kognitiven Autonomie über die Möglichkeit, eigenständig unterschiedliche Denk- und Handlungsspielräume zu entwickeln und zu nutzen. Dies ist auch die Quelle, aus der Empowermentprozesse immer und überall entspringen können.

LITERATUR:

Barber, Benjamin (1994). *Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen.* Hamburg: Rotbuch Verlag.

Rousseau, Jean Jacques (1996) *Vom Gesellschaftsvertrag oder Grundlagen des politischen Rechts*. Frankfurt am Main: Insel-Verlag. (im Original 1752)

Schaurhofer, Martin (1998) P*artizipation – mehr als der Gang zur Wahlurne?!* SWS Rundschau 38 (2), 177 189.

Schmidt, Manfred (1997) *Demokratietheorien. Eine Einführung. 2.Aufl.. Opladen:* Leske und Budrich.

Schumpeter, Joseph A. (1993) *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 7. Aufl. Tübingen*: Francke. (im Original 1942).

Partizipation in der Nachhaltigkeitsforschung

Ilse Marschalek
und Dieter Wagner
sind MitarbeiterInnen von »OIKODROM«– Forum Nachhaltige Stadt. The Vienna Institute for Urban Sustainability. www.oikodrom.org

Warum partizipative Forschung?

Wenn wir in diesem Artikel von Partizipation sprechen beruht das auf der Tatsache, dass die Wissenschaft die Menschen braucht und die Menschen die Wissenschaft. Dies gilt im Besonderen für eine Nachhaltigkeitsforschung, der es um das Erkennen und Aufdecken von Machtverhältnissen geht, sowie darum neue Fragen zu stellen, die gewohnte Muster zu durchbrechen helfen. In einer solchen kritischen Wissenschaft hat ein distanziertes Verhältnis zu den Beforschten keinen Platz, denn sie lebt von der Teilnahme der BürgerInnen.

Im tieferen Sinne und so wie wir von Oikodrom den Begriff der Partizipation verstehen geht es dabei um einen Ermächtigungsprozess (Empowerment). Durch die Forschungstätigkeit werden die latenten Wünsche und Potentiale von Betroffenen entdeckt und gleichzeitig wird ein Prozess ausgelöst.Die Menschen selbst entwickeln in diesem Prozess ihre Zukunftsvorstellungen. Dem Forschungsteam kommt dabei die Rolle zu, das Entdecken dieser Potentiale zu erleichtern und die Formulierung von Vorschlägen zu unterstützen. Diese Vorschläge oder Ideen sind oft noch unausgereift und würden daher in einem öffentlichen Diskurs bald verdrängt werden. Ziel des Ermächtigungsprozesses ist, Erfahrungen sowie ein Klima zu schaffen, in dem auch ungewöhnliche, neue Gedanken ausgesprochen werden können. Die WissenschafterInnen sind dabei ebenso gefragt ihre Erkenntnisse den Menschen zu kommunizieren und deren Vorstellungen bezüglich ihrer Handlungsalternativen zu erweitern.

Partizipative Forschung führt zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Fragen der Nachhaltigkeit, die eng mit der Frage nach Zukunftsvorstellungen einhergeht. Nachhaltigkeit per Definition verlangt die aktive Anteilnahme der Menschen an Entscheidungsprozessen sowie die Teilhabe an den Veränderungen ihrer Umwelt. In diesem Sinne kann ein partizipativer Forschungsansatz auch ein erster Schritt sein, Erfahrungen für politisches Verhalten der Akteure zu ermöglichen.

Laut unserer Definition[1] ist Nachhaltigkeit ein lokaler Prozess mit örtlich spezifischen Ausformungen und unterschiedlichen Beteiligungsformen, die abhängig sind von den jeweiligen Gegebenheiten und der Struktur des Umfeldes. Die Bühne oder der Ort, wo Partizipation passiert, ist der öffentliche Raum als alltägliches Lebensumfeld, seine Orte der Begegnung, des Austausches und der Auseinandersetzung. Deshalb gehört die Belebung und die Stärkung des öffentlichen Raumes ebenfalls zu den wichtigen Aspekten einer partizipativen Forschung. Oikodrom hat in zahlreichen Projekten und Veranstaltungen innovative partizipative Methoden erprobt und weiterentwickelt[2].

Design für einen partizipativen Forschungsprozess

Phase 1: Vorbereitung

Schriftliche Interessensbekundung
Schon vor dem eigentlichen Projektbeginn gehen wir ein Arbeitsbündnis als Basis für die Zusammenarbeit ein. VertreterInnen der Partnergemeinden, Dörfer oder Stadtteile geben nach Kontakt und Informationsgesprächen eine schriftliche Interessensbekundung ab, die die Bereitschaft, sich am Prozess zu beteiligen und seine Ergebnisse aufzugreifen beinhaltet.

Auftaktveranstaltung
Um über das Vorhaben zu informieren, zum gegenseitigen Kennenlernen und um eine erste Gemeinsamkeit zu schaffen, eignet sich eine öffentliche Veranstaltung z.B. in Form eines Festes. Das deutlich wahrnehmbare Ereignis markiert den Beginn der Forschung und signalisiert: Hier wird geforscht, und zwar unter den Augen der Öffentlichkeit. Die Auftaktveranstaltung stellt oft die erste selbstorganisierte Tätigkeit der Menschen im Forschungsfeld dar, indem sie die geeignete Infrastruktur (Festplätze und Räume, Unterbringung, kulinarische Versorgung, Programm usw.) schaffen müssen.

Phase 2: Datenerhebung als Prozess

Die Datenerhebung ist Teil des partizipativen Prozesses. Einflüsse und Potentiale sollen hier sichtbar gemacht werden. Eine Sensibilisierung der Betroffenen, sich mit ihrem Lebensumfeld auseinander zu setzen findet statt. Für die Forschenden sind die Ergebnisse aus erster Hand und führen zu einer präziseren Wahrnehmung und Darstellung der aktuellen Situation. Die so erhobene

Daten geben den empirischen Hintergrund für wissenschaftliche Interpretationen und die Möglichkeit der Gegenkontrolle für andere Daten und Ergebnisse. Alleine die Präsenz der Forscherinnen und Forscher erhöht erfahrungsgemäß das Prestige und die Aufmerksamkeit gegenüber dem beforschten Gebiet und stärkt die Identifikation seiner BewohnerInnen.
Methoden: *die Auswahl der Methoden oder des Methodenmixes (Triangulation) wird durch die Forschungsfrage bestimmt.*

Empirischer Spaziergang – nosing around
Informeller Erstkontakt, erste Eindrücke und Kontakte entstehen auf beiden Seiten. Die Spaziergänge, die die Forschenden auch einzeln machen können, Wirtshausgespräche u.ä. garantieren eine wahrnehmbare Präsenz der Forschenden.(China 2004)

PRA – Participatory Rural Apraisal Methods
Bei einem »transect walk« wird das Forschungsteam von BewohnerInnen selbst durch das Forschungsfeld geführt und erhält so einen sehr persönlichen Einblick in das Umfeld, das später vervollständigt, überprüft und ergänzt werden kann. Weitere PRA-Methoden sind: Mobility map, Historic transect – timeline, Venn-Diagramme, verschiedene Matrix-, Ranking- und Scoringsysteme[3].

Foto-Interview[4]
BewohnerInnen fotografieren ihre eigene Umwelt und zeigen so ihre Sicht auf ihr Umfeld. Im anschließenden Interview erklären sie anhand der Fotos die dargestellten Themen. Die Methode hilft so latentes Wissen sichtbar zu machen. Das Fotomaterial eröffnet subjektive Blickpunkte der Teilnehmenden und gibt als ungefilterte Erzählung ein Abbild ihrer Lebenswirklichkeit wieder. (Wien 15, 2005)

Partizipativer Videofilm (eine Methode des PAR – Participatory Action Research)
Im Unterschied zum Foto-Interview zeigen die Beteiligten mithilfe der Filmkamera nicht nur ihre eigene Sichtweise, sondern initiieren während sie ihr Umfeld filmen auch Diskussionsprozesse über die gezeigten Themen und stellen so unterschiedliche Sichtweisen dar. Ein breiteres Bewusstsein der diskutierten Themen entsteht bei den BewohnerInnen, und auch die ForscherInnen erfahren die unterschiedlichen Standpunkte.

Offenes Wohnzimmer
Diese Installation im öffentlichen Raum macht sowohl den Forschungsprozess als auch die Forschenden sichtbar: Forschen unter den Augen der Öffentlichkeit. Die kontinuierliche Präsenz im öffentlichen Raum erzeugt einerseits eine hohe Transparenz der Arbeit, andererseits kann auch das Geschehen am Rande wahrgenommen werden. Ein öffentliches Nachdenken, seitens des Forschungsteams als auch seitens der Bevölkerung findet statt.

Erstellung von visuellen Materialien
Die Verwendung von Plänen, Grafiken und Bildern kommt in einem partizipativen Prozess besondere Bedeutung zu. Sie verringert Barrieren und Hemmungen zwischen den Menschen. Speziell bei interkulturellen Diskussionen kann eine nicht auf Sprache basierende Kommunikation das Verständnis zwischen sehr unterschiedlichen TeilnehmerInnen unterstützen.

Phase 3: Der Partizipationsprozess im engeren Sinn

Im Sinne des Empowerments geht es darum, dass die BewohnerInnen ihre eigene Interessen und Bedürfnisse artikulieren und sie im Austausch mit den ForscherInnen mit einem Nachhaltigkeitskonzept in Einklang bringen. Die Durchsetzung der entstandenen Vorstellungen muss auf demokratische Weise mit anderen ausgehandelt werden, die Menschen können so ihre eigene Ressourcen (Ideen, Fähigkeiten, Zeit, Arbeitsleistungen..) einbringen und weiterentwickeln.

Methoden: *Wie bei der Datenerhebung gilt, dass die Forschungsfrage die Auswahl der Methoden oder des Methodenmixes (Triangulation) bestimmt.*

Projektgruppen
Im Zuge der Auftaktervanstaltung(en) oder auch im Arbeitsbündnis vereinbart[5], entstehen Arbeitsgruppen oder Dorfteams, die sich regelmäßig treffen, um über ihre gemeinsame Zukunft nachzudenken und konkrete Projekte, die die Gemeinschaft als Ganzes betreffen, zu diskutieren.

Zukunftsbilder für eine entferntere Zukunft
Dabei geht es darum, einen utopischen Blick in die nicht unmittelbare Zukunft zu ermöglichen, um der Zensur des Alltages zu entgehen und in längerfristigen Strategien denken zu können. Dazu wird in Workshops mit visuellen Materialien, Farben und Bildmaterialen aus Zeitschriften und Magazinen die Kreativität der Beteiligten angeregt.

Future Labs
Die Dorfteams treffen sich regelmäßig und entwickeln Zukunftsideen. Dabei sollten sich verschiedene Zeitebenen verschränken nämlich die Zeitebene des Zukunftsbildes, das eine Art nachhaltiges Leitbild für das Dorf entwickelt, und die Zeitebene des Kleinprojekts, an dem bereits Elemente von Nachhaltigkeit sichtbar werden können und das innerhalb einer Zeitspanne von wenigen Monaten oder Jahren realisierbar ist.

Das Kleinprojekt im Rahmen des Forschungsprozesses
Dies ist ein Kernbereich des Partizipationsprozesses. Durch die Arbeit am Konzept und an der Durchführung eines Kleinprojektes[6] können die TeilnehmerInnen ganz konkret Möglichkeiten und Grenzen ihres Engagements ausloten. Die Diskussion um das Kleinprojekt ist Gelegenheit für ForscherInnen sich aktiv mit den reellen Gegebenheiten vor Ort auseinander zusetzen und die Menschen als die Besitzenden der aufgeworfenen Frage ernst zu nehmen. Es zwingt auch dazu, anhand von kleinen Dingen weiterreichende Verzweigungen und komplexe System durchzudenken.

Workshops, Präsentationen und Gruppendiskussionen
Themenspezifische Workshops (Fokusgruppen), Zielgruppenworkshops (Frauen, Jugendliche usw.), Zwischenpräsentationen des Forschungsteams, Kommunikative Validierung: Die Forschenden präsentieren erste Ergebnisse vor Ort. Alle Beteiligten BewohnerInnen und offizielle VertreterInnen sowie die ForscherInnen haben bei diesen Zwischenpräsentationen die Möglichkeit zu überprüfen, ob sie richtig verstanden worden sind und erleben eine neue Darstellung der von ihnen eingebrachten Themen. Die Methode des Reframing stellt die artikulierten Bedürfnisse in einen weiteren Kontext[7].

Phase 4: Von Partizipation zu Selbstorganisation

In dieser Phase geht es darum, dass die BewohnerInnen den Prozess, der während der Zusammenarbeit zwischen dem Forscherteam und den Menschen im Dorf entstanden ist, eigenständig weiterzuführen. Die BewohnerInnen vertreten selbst ihre Themen (Advocacy).

Die Gewichtung zwischen Forschenden und den BewohnerInnen verschiebt sich: Sind zunächst viele Anregungen vom Forschungsteam ausgegangen, so übernehmen ab jetzt das Dorfteam oder die BewohnerInnen die Initiative. Die Menschen haben neue Handlungsfelder kenngelernt, Möglichkeiten und Grenzen des eigenen Handelns erprobt und können die Räume für Partizipation und für individuelle und kollektive Entwicklungsprozesse besser einschätzen.

Die Energie, die diesen Prozess der Selbstorganisation antreibt und lebendig macht, kommt aus der Erfahrung mit den Zukunftslaboratorien und aus den gemeinsamen Erfolgserlebnissen – wenn beispielsweise für ein Kleinprojekt finanzielle Unterstützung gefunden wird und im Dorf oder Stadtteil umgesetzt werden kann. Die Motivation zur Beteiligung kommt aus dem Bewusstsein der Beteiligten, dass auch sie Macht und Handlungsmöglichkeiten haben. Die Menschen haben Aufgaben und Ziele selbst definiert und sind so besser befähigt, sie auch zu bewältigen. Ein Kern einer funktionierenden Zivilgesellschaft ist somit geschaffen und kann einem Akupunkturpunkt gleich auf seine Umwelt einwirken, womit ein Ziel der teilnehmenden Forschung erreicht wäre.
In Zukunft wird die Partizipation in der Forschung hoffentlich Alltag sein, damit sie nicht ausschließend wirkt sondern einschließend.

1) «Nachhaltigkeit ist ein lokaler, informierter, emanzipatorischer Gleichgewichtsprozess, der innerhalb eines Nachhaltigen Flächenbudgets vor sich geht und keine negativen Ungleichgewichte nach außen oder in die Zukunft exportiert, wodurch er Möglichkeitsräume öffnet«
© Center for Sustainable Cities, Lexington, KY, Oikodrom.
2) Details unter: www.oikodrom.org, siehe auch: Partizipation 1: oikodrom stadtplaene, Heft 14, (1/98), edition dumreicher Partizipation 2: oikodrom stadtplaene, Heft 18, (1/99), edition dumreicher.
3) PRA: A compilation of PRA methods, by Carolyn Jones, Institute of Developement Studies, University of SUSSEX, September 1996
4) Wuggenig, Ulf (1990). Die Photobefragung als projektives Verfahren, in: Angewandte Sozialforschung, Jg. 16, Heft 1/2, 1990/91.
5) Die Gruppen werden ausgeglichen nach Alter, Geschlecht und sozialer Herkunft zusammengesetzt.
6) Im Sinne der Nachhaltigkeit wird ein Kriterienkatalog vorgestellt, dem das Projekt entsprechen muss
7) Keil Roger; Wekerle, Gerda R.; Bell, David V.J. (Hrsg.): Local Places: in the age of the global city. Montreal: Black Rose Books 1996 darin: Wekerle, Gerda R.: Reframing urban susstainability: Women's Movement Organizing and the Local State, S. 137-145.

Gelebte Partizipation – Europa weit

Ein Erfahrungs und Praxisbericht

(Vortrag)

Remke van Marle
Co-Direktorin im »SteunpuntMinderheden Overijssel«. Zentrum für multikulturelle Entwicklung. EU-Aktionsprogramm »Partizipationsmodelle zur sozialen Integration«, Almelo, Niederlande.

Maria Mitterhuber-Pfeiffer
Caritas Oberösterreich – EU-Projekte & Gleichstellungsbeauftragte. EU-Aktionsprogramm »Partizipationsmodelle zur sozialen Integration« Österreich.

Maria Mitterhuber-Pfeiffer:
Wir eröffnen das Thema Partizipation – Europa weit, indem wir neben den österreichischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern jetzt ganz besonders unsere ENSI-Kolleginnen und Kollegen begrüßen:

Aus Deutschland – Herzlich willkommen
Aus Frankreich – Bienvenue en Autriche!
Aus Griechenland – Kalos orisate -
Aus Großbritannien – You're wellcome
Aus den Niederlanden – Hartelijk welkom -
Aus Österreich – Servus und herzlich willkommen
Aus Polen – Scherbätschinjo Vitame!

Wir möchten Ihnen das Thema Partizipation aus unserer Sicht vorstellen und beginnen mit einem kleinen theoretischen Vorspann zum EU-Programm. Die Beschreibung einiger »Good oder Best Practice-Beispiele« und die Reflexion unserer Erfahrungen und spannenden Lernprozesse werden wir dabei einfließen lassen.

Angesichts von 34 Millionen – 68 Millionen sind es mit den neuen Mitgliedstaaten! Arbeitslosen und 130 Millionen Einkommensarmen in Europa muss die Integration von Menschen, die am Rand der Gesellschaft stehen, eine zentrale Aufgabe europäischer Sozialpolitik sein. Beim Gipfel des Europäischen Rates in Lissabon im Jahr 2000 einigten sich Staats- und Regierungschefs darauf, die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung in den Mittelpunkt der Modernisierung des europäischen Sozialmodells zu stellen. Denn nur so könne die Europäische Union zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt werden.

Wenn nun in Europa darüber nachgedacht wird, wie europäische Sozialmodelle aussehen sollen und wesentliche Weichen für die Zukunft gestellt werden, die die Struktur jedes EU-Mitgliedstaates beeinflussen, müssen sich alle »Akteure der Zivilgesellschaft« beteiligen, diese Perspektive zu gestalten. Nur wer sich nach den neu entstehenden transnationalen Regeln zivilgesellschaftlicher Partizipation einmischt, wird politische Rahmenbedingungen in Europa und im eigenen Land mitgestalten können!

Die Zielsetzung des Europäischen Rates lässt sich auf 4 Kernpunkte zusammenfassen:

- Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben sowie Förderung des Zuganges aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen,
- Vermeidung der Risiken der Ausgrenzung,
- Maßnahmen zugunsten der sozial am stärksten gefährdeten Personen,
- Mobilisierung aller relevanten Akteure.

Zur Erreichung dieser Ziele wurde u. a. vereinbart, dass die Mitgliedstaaten alle zwei Jahre (beginnend mit dem Jahr 2001) Berichte vorlegen, in denen sie ihre Strategien zur sozialen Eingliederung beschreiben – die sogenannten Nationalen Aktionspläne gegen Armut und Ausgrenzung (NAPincl). Mittels dieser Berichte und eines daraus resultierenden gemeinsamen Berichts und mit Unterstützung durch ein Fünfjahresprogramm der EU zur Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung sollten die Maßnahmen und Strategien zur sozialen Integration in Europa koordiniert werden. Im Rahmen des Fünfjahresprogramms wird die Arbeit von ENSI als transnationales Netz / Projekt gefördert.

Dass der Europäische Rat sich entschieden hat, diesen Weg zu gehen, hat meiner – vielleicht naiven, aber von Hoffnung geprägten – Meinung nach damit zu tun, dass wir alle, die wir heute hier sitzen, uns immer wieder eingebracht haben, nicht stumm geworden sind, unsere Analysen, unsere Ängste und oft auch existenziellen Nöte in Worte und Bilder gefasst haben. Wir haben schon ein Stück Partizipation gelebt, uns am gesellschaftspolitischen Leben beteiligt. Und wir können dabei durchaus noch deutlicher und kreativer im Ausdruck werden!

Remke van Marle:
Ja, und was heißt nun ENSI eigentlich? ENSI steht für »European Network: Consultants for Social Inclusion« – zu deutsch: »Euro-

päisches Netzwerk von BeraterInnen zur sozialen Eingliederung«. »Social inclusion«- der Begriff führte in der Steuerungsgruppe des Gesamtprojektes zu vielen Diskussion, denn beispielsweise wir in den Niederlanden kennen das Wort »insluiting« oder »Einschließung« gar nicht. Bei uns wird es übersetzt mit: Der Kampf gegen Armut und Ausgrenzung (exclusion). Aber nicht nur die Worte sind anders, sondern auch die Gefühlswerte (gevoelswaarde) und die Haltung dahinter. Der Ausdruck »inclusion« bringt einen sehr positiven Aspekt zum Ausdruck, bei »Kampf gegen Armut« (»bestrijding van«) spricht man von Menschen, die in den Kampf ziehen und auf die Barrikaden steigen. Dies ist ein Beispiel, das für den Lernprozess steht, den die Kollegen und Kolleginnen der Steuerungsgruppe »durchmachen«.

Maria Mitterhuber-Pfeiffer
Die ENSI-PartnerInnen sind eine bunte Mischung aus ehrenamtlich tätigen Damen aus Frankreich bis zu einer »Selbsthilfeinitiative« aus Polen, und zwar:

- Diözesan Caritasverband des Erzbistums Köln
- Federation des Equipes Saint Vincent, Paris
- Steunpunt Minderheden Overijssel, Almelo
- Deutsch-Griechische Industrie- und Handelskammer,Thessaloniki
- Clinks, Dachorganisation zur Betreuung und Begleitung Haftentlassener und deren Familien, York
- Women over 40, Selbsthilfeinitiative in Katowice
- Caritas Oberösterreich mit dem Bereich »Beratung und Hilfe«

Ziele des EU-Projektes ENSI:

- Aufbau eines europäischen Netzwerkes, um partizipative Modelle auszutauschen
- Best Practice sammeln und diskutieren
- Analyse der Nationalen Aktionspläne gegen Armut
- »Beteiligung von benachteiligten Menschen an politischen Prozessen« als Prinzip und ganz praktisch auf entsprechende Ebenen tragen,
- Fortbildungsmodule für »BeraterInnen« entwickeln, die Inhalte, aber auch die eigene Haltung immer wieder kritisch hinterfragen, Methoden, Ansätze, Modelle als Impuls verbreiten.

An dieser Stelle möchte ich aufmerksam machen, dass dieser ganze Prozess, in dem wir uns als Projekt befinden, auch ein Stück Partizipation ist. Von findigen Köpfen der Europäischen Kommission wurde er als Förderprogramm kreiert: Nur 30 Projekte in ganz Europa arbeiten an verschiedenen Aspekten der Thematik »Social inclusion« und bringen ihre Einsichten, Erfahrungen, Frustrationen in Form der Projektberichte an die EU, aber auch in Gesprächen mit politisch Verantwortlichen zum Ausdruck. Wir von ENSI haben die Chance, die NAP's der beteiligten Partnerländer zu vergleichen und Kommentare, aber auch »Best practice«-Modelle kennen zu lernen und mittels unserer Berichte an die Europäische Kommission weiter zu geben.

Was uns in diesem Projekt verbindet ist die Haltung, die Philosophie, das Verständnis von Partizipation:

- Wir verstehen uns – an dieser Stelle des Prozesses – als »TüröffnerInnen«: Es sollen Modelle der Partizipation von Armut und Ausgrenzung Betroffener so dargestellt und vermittelt werden, dass sie nicht nur neugierig machen, sondern zum Standard sozialpolitischer Prozesse werden;
- Partizipation von Benachteiligten an Entscheidungsprozessen, die ihr Leben beeinflussen, ist ein schwieriges, großes Vorhaben, das viel Geduld, Ausdauer, Zähigkeit, Lernbereitschaft auf beiden Seiten erfordert!
- Partizipation hat stets 2 Perspektiven: die der Betroffenen, die gesellschaftlich teilhaben wollen, und die der politischen Institutionen, die über die Entscheidungs macht verfügen und Partizipation fördern oder behindern! Dies zu analysieren und damit zu arbeiten ist notwendig!
- Unterschiedliche AkteurInnen mit unterschiedlichen Systemen treffen sich und müssen zu einer gemeinsamen Sprache finden!
- Niedrigschwellige Formen der Beteiligung sind erforderlich! Hier sind kreative Methoden und neue Wege gefragt!

Was haben wir bisher gelernt?
Vor allem: Dass es keine Patentrezepte gibt und dass Partizipation nur in einem Prozess stattfinden kann, in einem gemeinsamen Lernprozess, in dem es um Loslassen, um Wertschätzen, um gemeinsames Ringen um Lösungsversuche geht! Und dass es dazu gut vorbereiteter Rahmenbedingungen bedarf, demokratischer Prozesse, die strukturiert und moderiert werden. Kennen gelernt haben wir viele spannende Modelle, von denen wir Ihnen kurze Auszüge vorstellen wollen:

Zum Beispiel: Das künstlerische Stadtteilprojekt »Deventer BLIK«:
Eine aufgelassene Blechdosenfabrik, Menschen in einem tristen Stadtteil, viele Migranten und Migrantinnen, engagierte BewohnerInnen, ein kreativer und mit Methoden der Partizipation vertrauter Kulturmanager der Stadt Deventer, zwei bewegte Frauen einer Fachhochschule, die mit einem alten Bus unterwegs sind und die Geschichten und damit die Bedürfnisse der Menschen erfragen, »Montags-Geschichten« sammeln. Die Projektgruppe erreicht es, dass ein Gemeinschaftsraum für alle und eine Moschee errichtet werden!

Zum Beispiel: »Manchester East Regeneration Project«:
Im Ostteil von Manchester: Eine hohe Konzentration von Industrie und Schwerindustrie, Textilfabriken; die Textilindustrie brach in den 70er Jahren weg, die Folge war hohe Arbeitslosigkeit, verlassene, verödete Plätze, Armenviertel, hohe Kriminalität, schlechte Gesundheit, niedrige Bildungsstandards.

Eine Stadtteilerneuerung wird gestartet: Basierend auf Prinzipien der Partizipation. Mit europäischen und anderen Geldern (Commonwealth Games 1995) werden attraktive Sportanlagen (»Sport City und Velodrome!«) zur Belebung des Stadtteils errichtet, Schulen, Kindergärten, ethnische Vereine, Streetworker, Beratungsstellen etc. einbezogen; ein riesiges Gemeinwesen-Projekt, das für 10 Jahre geplant und umgesetzt wird.

Kleine einfache Beispiele, die wir innerhalb dieses Projektes gesehen haben: 16 Nachbarschaften wurden gegründet, dabei u. a. gemeinsame Spielplatzgestaltungen und -verwaltungen, gemeinsame Gartenplanungen (Parks oder Höfe) mit Freizeitaktivitäten für die Nachbarschaft; das alles pulsiert in kleinen, überschaubaren Einheiten.

Remke van Marle
Als ENSI-Gruppe waren wir alle in Almelo und Deventer – und was haben wir gesehen? Natürlich alle dasselbe, aber jede schaut mit seinem eigenen »Hintergrund« und eigenen Landkarte. Als Profis der sozialen Arbeit und Bildungsarbeit, aber auch als Mensch.

Eine dunkelhäutige, englische Kollegin sagt: *»Wie eigenartig, dass ihr in den Niederlanden Menschen nach 40 Jahren in eurem Land noch immer MigrantInnenen nennt. Auf diese Weise bleiben diese Menschen Ausgegrenzte«. Aber sie fand es auch verwunderlich, dass sie in den Niederlanden keinen öffentlichen Rassismus fühlte.*

Die Kunstliebenden unter uns waren in Deventer überaus positiv überrascht über die Arbeitsmethode, Kunstäußerungen im Kampf gegen Armut und Ausgrenzung zu gebrauchen. Um ihre eigenen Quellen nutzbar zu machen – sowie die Quelle ihrer Kreativität und um ihnen eine Stimme zu geben: Indem sie ihre eigene Geschichte erzählen, werden sie zu Menschen und bleiben nicht mehr nur »das Problem«. Wir nennen diesen Prozess »Empowerment«. Ich selbst achte mehr auf die älteren Frauen, weil ich selbst zu dieser Gruppe gehöre und weil ich mich mit ihrem Emanzipationsprozess identifizieren kann. Die griechischen Teilnehmer bemerkten, dass Familienverbände in Westeuropa viel loser, unverbindlicher sind als bei ihnen daheim und dass dadurch ganz andere Spielregeln gefragt sind. Die jungen polnischen Kolleginnen haben vor allem ein Auge gehabt für all den Reichtum, den Überfluss der Mahlzeiten, der Kleidung und das saubere Straßenbild in den Niederlanden. Alles schien ihnen so viel einfacher und bequemer in den organisierten Niederlanden. Die französische Dame ist neidisch auf die Rückendeckung der deutschen, österreichischen und holländischen teilnehmenden Organisationen, denn in ihrem eigenen Land und in ihrer eigenen Freiwilligenorganisation ist sie wie eine Ruferin in der Wüste.

In Manchester sahen wir einen Spielplatz und einen kleinen Park und sprachen über das Gefängniswesen und die Arbeit mit Haftentlassenen. Auch hier haben wir sehr unterschiedliche Erfahrungen gemacht. Die polnischen Damen würden in ihrem Land niemals Geld in ein Gartenprojekt stecken – dort ist anderes zu tun, was dringender nötig scheint. Die Österreicherinnen verstanden nicht, dass die Siedlungshäuser nicht renoviert und verschönert wurden.

In Griechenland ist Armut kein individuelles Problem, denn es wird durch die Familie mitgetragen und gelöst. Und Beherbergungsprobleme werden völlig anders eingeschätzt, denn die Sonne scheint dort häufig, man ist mehr auf der Straße und mit ein bisschen Wasser wächst das Gemüse viel schneller und besser als im englischen Klima.

Ich war in Manchester sehr begeistert von den stolzen Müttern in den Vierteln des East Manchester Project. Die eine bewachte den

Spielplatz, so als sei es ihr eigenes Erbe und die andere hatte nun einen eigenen Park in ihrer Nachbarschaft. »So gesehen sind schöne und saubere Dinge auch für uns da!« ist die Botschaft der Menschen hier. Mein Kollege schaute mit kritischen Augen auf den Beteiligungsprozess, denn er war nicht überzeugt, dass jeder sein Recht in Anspruch nehmen konnte, mitzureden und dass die Behörde vielleicht nur die gute Seite des Projektes nach außen trug. Wir lernen sehr viel voneinander, wenn wir erst einmal die verschiedenen Sprachen verstehen. Und in diesem Licht betrachtet meine ich, dass wir Partizipation von Zielgruppen nur fördern können, wenn wir den zuvor benannten eigenen Lernprozess auch einbeziehen.

»Revolving Doors Project«: Das »Drehtür-Projekt«
Ein Projekt mit einem engagierten Team junger Menschen, dass Leute, die durch das Netz der Unterstützungsorganisationen (mainstream services) fallen, anspricht. Zielgruppe sind psychisch Kranke, Haftentlassene und deren Familien. Ziel ist es, den Kreislauf zu durchbrechen – bei der einen Tür hinaus, bei der nächsten wieder herein. Daher gibt es intensive Arbeit am Bedarf, Forschung, Lernen mit den Menschen, politische Arbeit auf lokaler und nationaler Ebene, Unterstützung von Projektentwicklung anderer Organisationen. Partizipation ist hier Grundprinzip in allen Ebenen der Organisation!

Bemerkungen zu Best Practice in den Niederlanden
Als wir den NAP der Niederlande zum Thema Partizipation durchsuchten, waren wir gezwungen, uns einmal mit dem Begriff Mitsprache und Partizipation auseinander zu setzen. In den Niederlanden sind wir berühmt geworden mit dem »Poldermodell«: Alle Parteien setzen sich miteinander an einen Tisch, so auch die sozialen Dienste mit ihren Verhandlern. Jede Stadt hat eine Plattform, in der Betroffene mit den politisch Verantwortlichen sprechen.

Daneben haben wir – und das ist laut Gesetz verpflichtend – in jeder Einrichtung eine Beschwerdestelle. Dort kann sich jeder per Formular einbringen! So ist das prächtig geregelt, meint man. Aber die Wirklichkeit ist, dass dieser Einspruch nicht wirklich genutzt wird und dass große Gruppen von Menschen über Jahre am Rand des Abgrunds leben. Am 19. Januar 2004 hat das Ministerium für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung den »Denktank« zur Armutsbekämpfung installiert und diesem den Auftrag erteilt, darüber nachzudenken, wie Armut von Jugendlichen und Kindern bekämpft werden kann und Entwürfe für eine bewusstseinsbildende Bildungsoffensive zu erarbeiten. Armut begrenzt nämlich in ernstzunehmenden Maß die Chancen von Kindern und Jugendlichen auf eine gute Zukunft. Es ist notwendig, das Thema aus der Tabusphäre zu holen und Maßnahmen zu treffen, die das Mittun im Zusammenleben möglich machen.

Worüber spreche ich, wenn ich von Armut und Ausgrenzung in den Niederlanden rede?
- Einer von zehn Erwachsenen in den Niederlanden lebt in Armut. Und das gilt auch für eines von acht Kindern.
- Eines der Probleme ist, dass wir von relativer Armut sprechen, relativ im Vergleich zu allen Weltländern, Polen und Rumänien. Dadurch kommt es zu Glaubwürdigkeitsproblemen für die Zielgruppen.
- Daneben besteht noch die Diskussion über das eigene Verschulden. Das Vorurteil lebt, dass Armut die Folge von Unwillen oder Faulheit der Betroffenen ist, dass sie nicht arbeiten wollen, um ihr Geld zu verdienen.
- Zu erkennen geben, dich selbst als arm zu bezeichnen, ist eine gewaltige Hürde, über die Menschen nur schwer hinwegsteigen können.
- Finanzielle Unterernährung: das passiert, wenn die Armut lange anhält und jeder Puffer verschwunden ist.

Leicht verletzbare Menschen / Familien
- Der harte Kern: Armut wird von Generation zu Generation übertragen
- Am seidenen Faden; langandauernde Auszahlungsabhängigkeit
- Die Ausgebäudeten: Immer schwer arbeiten für sehr wenig Geld
- Die neuen Armen: Plötzlich benachteiligt durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit
- Psychologische Armut: Das Gefühl haben, nicht mehr mittun zu können

Einige Maßnahmen, die wir in den Niederlanden in letzter Zeit umgesetzt haben:
- Um Zugang zu den unterstützenden Fördermitteln für alle zu bekommen (40 % davon werden gar nicht in Anspruch genommen!): Aktive Möglichkeiten durch den Einsatz der »Formulierbrigaden« anzubieten, die zu den Menschen nach

Hause kommen oder sie an Treffpunkten wie den Nachbarschaftszentren treffen
- Information und Aufklärung
- Mit – Tun möglich machen

Die Medien widmen Erfolgen große Aufmerksamkeit. Auch in den »Soaps« (Vorabendserien) werden viele Dramen gezeigt, aber niemals das Elend jeden Tages, niemals der Alltag.

- Ein realistisches Bild der Wirklichkeit – gezielt im Jugendprogramm gezeigt – sollte Eltern in der Begleitung und Erziehung unterstützen. Es trägt nicht jedes Kind teure Markenkleidung und hat die neuesten Handymodelle. Jugendprogramme sollten auf diesen Realitätsbezug mehr eingehen.
- Kochsendungen im TV mit bezahlbaren Rezepten
- Armut muss im Schulunterricht zur Sprache gebracht werden
- Bei vielen Problemfamilien ist Armut ein sehr großer Faktor,wird aber nie thematisiert. Und es werden keine bezahlbaren Lösungen gesucht.
- Jüngere ab 12 Jahren müssen selbst angesprochen werden durch Jugend-Informations-Zentren

Mittun möglich machen durch:
- Präventive / vorausschauende vorschulische Aktivitäten sind teuer, daher mehr alternative Betreuungsangebote sowie Gratis-Kinderbetreuung
- Armut in Basis-/Volksschulen durch direkte Maßnahmen der Schule auffangen, so dass alle Kinder bei allen Aktivitäten mittun können
- Organisation eines Schulfrühstückes, wenn notwendig
- Koordination für alle Schulmaßnahmen und Schulprojekte sollen von vornherein Alternativen anbieten, so dass »arme« Eltern nicht jedes Mal nach einem besonderen Nachlass, nach Ausnahmen fragen müssen
- Dafür Sorge tragen, dass in jeder Familie 1 Computer vorhanden ist.

Maria Mitterhuber-Pfeiffer
Zusammenfassung
Wir sehen unsere Chance in ENSI darin, Good und Best Practice zu sammeln, die Praxis im internationalen Kontext zu analysieren, Stärken und Schwächen der praktizierten Partizipationsmodelle zu reflektieren. Durch die internationalen Beispiele und den eigenen Lernprozess ist die Projektgruppe ermutigt, sich für Partizipation in Richtung »social inclusion« zu engagieren.

Ausblick:
Das Handbuch und die Homepage www.eu-participation.net werden laufend ergänzt. Inhalte: von der Analyse der jeweiligen Länder NAP's 2001 und 2003 über Praxisbeispiele in den einzelnen Ländern zu Grundsätzlichem und Methoden.

Europäisches Treffen von Menschen mit Armutserfahrung

Aus dem Vorwort der Dokumentation des 2. Treffens- EU – Kommission

Das 2. Europäische Treffen von Menschen mit Armutserfahrungen wurde am 10. und 11. Mai 2003 in Brüssel unter der griechischen EU-Präsidentschaft und mit Unterstützung der Europäischen Kommission und des belgischen Ministeriums für soziale Eingliederung veranstaltet. Ziel der Begegnung war es, den Beitrag der in Armut und Ausgrenzung lebenden Menschen zur Gesellschaft hervorzuheben und zu untermauern und die Wirkung ihrer »Stimme« auf Gesetzgebung, politische Maßnahmen und Verwaltungsregelungen, die direkte Auswirkung auf ihren Alltag haben, zu verstärken.

Ziele des Treffens:

- Das Schaffen von Entwicklungsmöglichkeiten für kreatives Lernen sowie von Raum für Reflexion, wobei es zum Austausch der TeilnehmerInnen über ihre Erfahrungen bezüglich Partizipation und Engagement in der Gesellschaft kommen soll
- Die Entwicklung von Beiträgen auf Grundlage der Erfahrungen der TeilnehmerInnen bezüglich der mit ihrem eigenen Engagement verbundenen »guten Praxis« der Partizipation.
- Die Stärkung der Partizipation von Betroffenen. Hier war das Treffen selbst bereits ein Mittel und Ziel für die von sozialer Ausgrenzung betroffenen TeilnehmerInnen, zugleich wurde mit diesem partizipativen Prozess ein wegweisendes Mittel der sozialen Eingliederung aufgezeigt.
- Die Weiterentwicklung jener Fähigkeiten der TeilnehmerInnen, die deren Beitrag zur Arbeit von Anti-Armutsorganisationen und Netzwerken, sowie der öffentlichen Behörden, verstärken.
- Die Förderung des Interesses der zuständigen europäischen Institutionen, Menschen mit Armutserfahrungen und deren Verbände in politische Entscheidungen einzubeziehen und sie in die Umsetzung von Maßnahmen und Gesetzen, die alle Aspekte der Lebenssituation der Betroffenen umfassend einzubinden.

Am Treffen haben 120 TeilnehmerInnen aus den Mitgliedstaaten der EU sowie Delegationen aus Polen, Ungarn, Bulgarien und Lettland teilgenommen, darunter in erster Linie Menschen, die in Armut leben oder gelebt haben, sowie einige Sozial- und GemeinwesenarbeiterInnen mit unmittelbarem Praxisbezug.

Die größte Herausforderung des Treffens bestand darin, über die Ebene der persönlichen Berichte und des Erfahrungsaustausches hinauszugehen und jene Partizipationsmodelle auszuwerten, die derzeit als Beispiele »guter Praxis« bekannt sind und die wirksame Partizipation von in Armut lebenden Menschen auf allen Ebenen zu sichern und umzusetzen.

Dietmar Köhler
Verein »Zum alten Eisen«? – Wien.

Dietmar Köhler

Bericht eines Teilnehmers

Ende Mai 2004 fand in Brüssel die dritte Konferenz von Menschen mit Armutserfahrung statt. Hintergrund war die Überlegung, dass die Erfahrungen von Betroffenen durch Partizipation an allen Maßnahmen, die Armut und Ausgrenzung bekämpfen sollen, Berücksichtigung finden müsste. Motto: »Wir sind aufgrund unserer persönlichen Erfahrungen Experten im Bereich Armut und Ausgrenzung«. Es ging also darum, Paternalismus durch Selbstvertretung und Teilhabe zu ersetzen. Ein hervorragendes Team von Organisatoren (EAPN – European Anti Poverty Network) schuf alle Voraussetzungen für einen reibungslosen Ablauf, was angesichts von etwa 180 TeilnehmerInnen und einer beträchtlichen Sprachenvielfalt keine einfache Aufgabe war. Dank ausgezeichneter Übersetzer war es möglich, Armutserfahrungen auszutauschen und die Situation Betroffener in anderen Ländern kennen zu lernen.

Es bestand weitgehend Übereinstimmung, dass sich die Lebensverhältnisse von Ausgegrenzten zwar quantitativ, kaum aber qualitativ unterscheiden. Vor allem ist in kaum einem Land die Partizipation Betroffener gewährleistet, auch wenn sich in Einzelfällen der Zugang von NGO's zu Entscheidungsträgern leichter gestaltet. In Summe: Der hochgelobte NAPincl (Nationaler Aktionsplan unter Einbeziehung der Betroffenen) ist eher ein Werbegag. Nahezu alle Regierungen stützen sich auf die Meinungen von Experten, die keinerlei persönliche Erfahrungen mit Armut und Ausgrenzung haben. Beispielhaft sei hier auf »Hartz IV« verwiesen.

Als Ausgleich für fehlendes Interesse bzw. (gewollte?) Untätigkeit nationaler Regierungen bei der Armutsbekämpfung hofften viele Teilnehmer auf eine Rahmengesetzgebung durch die EU. Vergessen wurde, dass im Sozialbereich nahezu alle Maßnahmen in die Zuständigkeit der Nationalstaaten fallen. Der EU-Verfassungsvertrag bestätigt das in frustrierender Weise.

Unterstrichen wurde das Desinteresse an Partizipation der Betroffenen von einem Vertreter der EU-Kommission. Auf meine Frage nach der Unzulänglichkeit des Grundrechtsteiles im EU-Verfassungsvertrag sagte er im Abschlussplenum: »Das haben wir jetzt eben so gemacht; das ist gut so; eine Änderung kommt nicht in Frage.« Besser hätte man paternalistisches Gehabe kaum ausdrücken können.

Insgesamt ist also festzustellen, dass die »vertikale Vernetzung« (Betroffene und Entscheidungsträger) nicht funktioniert, wobei generalisierend von mangelndem Interesse und Ablehnung seitens der Entscheidungsträger gesprochen werden kann.

Aber auch die »horizontale Vernetzung« (Betroffene und deren Organisationen länderübergreifend) ist angesichts mangelnder Ressourcen (Geldmittel, Zeit, Sprachkenntnisse etc.) schwierig. Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle (»Drehscheibe«) wäre ein erster wichtiger Schritt. Es bleibt zu hoffen, dass anlässlich der Folgekonferenz im Juni 2005 Ansätze zu einer Lösung diskutiert, vielleicht beschlossen werden können.

Der Nationale Aktionsplan für soziale Eingliederung

Europas intentionen, deren Umsetzung in Österreich und die Einbeziehung der Betroffenen[1]

Iris Woltran
ist Mitglied im Koordinationsteam der Armutskonferenz und Fachmitarbeiterin der Volkshilfe Österreich.

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon im März 2000 waren sich die Staats- und Regierungschefs Europas einig, dass das Ausmaß von Armut und sozialer Ausgrenzung nicht mehr hingenommen werden kann. Die Förderung der sozialen Integration sollte in den Mittelpunkt der globalen Strategien der Union gestellt werden, um ihr strategisches Ziel, nämlich der wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt zu werden, zu erreichen. Einen Wirtschaftsraum der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu garantieren. Weiters wurde festgelegt, dass die Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung auf einer sogenannten Methode der offenen Koordinierung beruhen sollten, bei der nationale Aktionspläne und ein von der Kommission zur Förderung der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet vorgelegtes Aktionsprogramm kombiniert werden.[2]

Die Nationalen Aktionspläne (NAP) gegen Armut und soziale Ausgrenzung, NAP Eingliederung oder auch NAP Inclusion genannt, umfassen eine Zeitspanne von zwei Jahren. Die ersten NAPs wurden von den Mitgliedsstaaten 2001 verabschiedet und die zweite Serie von Plänen wurde 2003 vorgelegt. Die neuen Beitrittsländer erstellten bereits für 2004 – 2006 gemeinsame Memoranda für die soziale Integration (JIM). Weiters erarbeitet die Kommission sogenannte »Gemeinsame Berichte zur sozialen Eingliederung«, in denen die nationalen Aktionspläne bewertet, bewährte Verfahren und innovative Ansätze herausgearbeitet werden.

Ziele bei der Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung

Auch wurden vom Europäischen Rat folgende Ziele definiert, die im Rahmen der Nationalen Aktionspläne in den einzelnen Mitgliedsstaaten umzusetzen sind:

1. Förderung der Teilnahme am Erwerbsleben und des Zugangs aller zu Ressourcen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen
2. Den Risiken der Ausgrenzung vorbeugen
3. Für die sozial Schwachen handeln
4. Mobilisierung aller relevanten AkteurInnen

Generell sind die europäischen Intentionen im Hinblick auf den NAP-Eingliederung sehr zu begrüßen, da dadurch der großen Problematik von Armut und Ausgrenzung auf europäischer Ebene Rechnung getragen wird und eine Stärkung der sozialpolitischen Komponente erfolgt. Es ist jedoch evident, dass die Sozialpolitik trotz der erzielten großen Fortschritte nie mit der Wirtschaftspolitik Schritt halten konnte und daher eine gleichberechtigte Behandlung der Wirtschafts- und Sozialpolitik einschließlich der sozialen Eingliederung in Zukunft notwendig ist. Weiters zeigte sich, dass der NAP-Prozess in den Nationalstaaten nicht gerade den europäischen Intentionen entsprach und nur teilweise umgesetzt wurde.

Österreich und der NAP-Eingliederung

Die österreichische Regierung legte der Kommission sowohl 2001 als auch 2003 einen Nationalen Aktionsplan für soziale Eingliederung vor. In beiden Aktionsplänen erfolgte eine bloße Auflistung von bereits bestehenden Maßnahmen. Man verwies wiederholt auf Reformen und Aktivitäten, die bereits vor einigen Legislaturperioden verabschiedet bzw. umgesetzt wurden. In den Plänen fehlten quantifizierbare Ziele, ein verbindlicher Zeit und ein klarer Budgetplan als unabdingbare Voraussetzung, um Armut zu verringern und im Vorfeld zu vermeiden. Klare Zielvorgaben und Maßnahmenprogramme für eine entscheidende Verringerung der Anzahl der durch Armut und soziale Ausgrenzung betroffenen Personen lagen nicht vor. Generell hatte es den Anschein, als ob der politische Wille fehlte, gegen Armut und soziale Ausgrenzung entschlossen vorzugehen.[3]

Alle AkteurInnen mobilisieren

Vor allem das Ziel der »Mobilisierung aller relevanten AkteurInnen« wurde sowohl im ersten als auch im zweiten österreichischen NAP völlig vernachlässigt. Die EU versteht unter

Mobilisierung aller AkteurInnen sowohl die Förderung der Beteiligung der ausgegrenzten Personen an den zu ihren Gunsten erarbeiteten Politiken und Maßnahmen als auch die Förderung ihres Mitspracherechts. Weiters soll die Bekämpfung der Ausgrenzung in allen politischen Maßnahmen z.B. regionaler und lokaler Behörden gewährleistet werden. Auch ist der Dialog zwischen allen beteiligten öffentlichen und privaten Stellen wie beispielsweise Sozialpartnerorganisationen, NPO's, StaatsbürgerInnen und Unternehmen zu fördern.[4] DieEU legt daher einen sehr großen Wert auf Partizipation und auf die Sensibilisierung der AkteurInnen.

Im österreichischen NAP wurde dieses Ziel nicht sehr eingehend behandelt und es erfolgte keine Mobilisierung der AkteurInnen sowohl bei der Erstellung als auch bei der Umsetzung des NAP-Eingliederung 1 und 2. Der Entwurf des NAP-Inclusion wurde nur zur Begutachtung an Sozialpartnerorganisationen, NPO's usw. und auch an die Armutskonferenz versandt. Die Beiträge der NPO's wurden zwar eingefordert – ihre Argumente blieben jedoch ungehört. Die Betroffenen selbst kamen nicht zu Wort. Folglich gab es keine wirkliche Partizipation, weder bei der Erarbeitung noch bei der Umsetzung wie von der EU gefordert. Im gemeinsamen Bericht der Europäischen Kommission heißt es daher für Österreich zum wiederholten Male unter Challenges ahead: »*The mobilisation of all relevant bodies needs to be strengthened significantly in view of the reactions of the main stakeholders.*«[5]

Dabei ist es sehr wichtig, dass an der Entwicklung einer Politik zur Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung auch jene Menschen beteiligt werden, die aus eigener Erfahrung wissen, was Ausgrenzung bedeutet. Dadurch gelangt man zu Maßnahmen, die gezielter eingesetzt werden können und mehr Erfolg versprechen. Weiters ist es notwendig, auch VertreterInnen der Sozialpartnerorganisationen, der NPO's, das heißt jener Institutionen, die sich für die Belange der Betroffenen einsetzen und/oder soziale Dienstleistungen in diesem Bereich anbieten, einzubeziehen. Nur durch eine koordinierte und strategische Vorgehensweise kann Armut und Ausgrenzung nachhaltig vermieden und beseitigt werden.

Best-Practice-Modelle

Speziell im Bereich der Mobilisierung aller relevanten AkteurInnen liegen auf EU Ebene einige Best-Practice-Modelle vor, wie beispielsweise das sogenannte »Flämische Armutsdekret« in Belgien. Dieses dient der Förderung des Dialogs und der Partnerschaft zwischen allen AkteurInnen, staatlichen Behörden, sozialenDiensten, den Ausgegrenzten und allen BürgerInnen. Gemeinsam mit allen AkteurInnen erfolgt die Umsetzung von Maßnahmen, die sie betreffen. Ein weiteres Best-Practice-Modell ist das Netzwerk Bürgerwohlfahrt (HYVE) in Finnland. HYVE ist ein regionales Modell zur Förderung der Wohlfahrt, bei dem mindestens eine lokale Behörde mit dem Finnischen Verband für soziale Wohlfahrt und Gesundheit, seinen regionalen Vereinigungen und anderen AkteurInnen auf lokaler Ebene zusammenarbeitet. Die Arbeit orientiert sich an der sozialen Lage, den Erfordernissen, den Problemen und Herausforderungen im jeweiligen Gebiet. Das Ziel besteht darin, im Rahmen der Kooperation soziale Leistungen und Hilfe anzubieten. Dabei wird die Arbeit von Fachleuten aus dem öffentlichen Sektor mit den Aktivitäten des dritten Sektors und der NRO vernetzt. Zu diesem Zweck werden Netzwerkmodelle entwickelt, mit denen nicht nur auf Bedrohungen und Risiken reagiert wird, sondern auch Leistungskonzepte und Strukturen im Bereich der Wohlfahrt aktiv reformiert werden.[6] Das Europäische Armutsnetzwerk konstatiert im Rahmen ihrer Publikation »Where is the Political Energy? – National Action Plans on Inclusion 2003 – 2005« für Finnland: *»Finnish NGO's have been in the preparatory group of the second NAP and had two persons involved during the whole process (EAPN-Finland and the Finnish Federation for Social Welfare and Health). They organised for their member's opportunities for commenting and reacting to different drafts during the spring. Many of these comments were taken into account.«*

Im Hinblick auf die Partizipation von Betroffenen vermerkt EAPN generell: *»There have been some positive developments but there is much further to go. Change is inhibited by the absence of resources to provide specific infrastructure to support paticipation of people experiencing poverty. This infrastructure exists to some extent in some countries including: Netherlands, Belgium and Ireland.«*

Dadurch wird ersichtlich, dass bereits Best-Practice-Modelle in einigen EU-Staaten vorliegen, jedoch noch genügend zu tun ist, um dem Ziel der »Mobilisierung aller AkteurInnen« gerecht zu werden. Es wäre daher wünschenswert, wenn sich die EU und vor allem auch Österreich in Zukunft vermehrt mit dieser Zielvorgabe auseinandersetzen und diesem Bereich mehr Aufmerksamkeit widmen würden.

Die Zukunft des NAP-Eingliederung
Trotz einiger Schwierigkeiten hat sich der NAP-Eingliederung in den europäischen Nationalstaaten bewährt und stellt ein gutes Instrument dar, um Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden und zu bekämpfen. Auf europäischer Ebene ist derzeit angedacht, den Bereich der sozialen Eingliederung ab 2006 in ein gestrafftes Verfahren gemeinsam mit den Bereichen Pensionen, Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege überzuführen. Es soll für diesen Sozialschutz ein Zielekatalog erarbeitet werden und dieser soll für einen Zeitraum von drei Jahren, also bis 2009, unverändert gültig bleiben. Durch dieses gestraffte Verfahren soll eine Stärkung und Vereinfachung der Koordinierungsprozesse auf europäischer Ebene ermöglicht werden.[7]

Speziell für den Bereich der sozialen Eingliederung ist es jedoch wichtig, dass mit unverminderter Intensität weitergearbeitet wird und dies sollte auch im Rahmen eines gestrafften Verfahrens gewährleistet werden. Vor allem im Bereich der Mobilisierung der relevanten AkteurInnen ist es noch nicht gelungen, eine umfassende Partizipation zu ermöglichen und auch in anderen Bereichen, wie beispielsweise der strategischen Ausrichtung der nationalen Armutsbekämpfung, der Indikatorenentwicklung, der finanziellen Komponente usw. sind noch einige Arbeiten notwendig. Es wäre daher sinnvoll, den Prozess der sozialen Eingliederung auch in Zukunft verstärkt zu forcieren. 65 Millionen Menschen sind in der Europäischen Union von Armut und Ausgrenzung betroffen, dies sollte Anlass genug dafür sein.

Quellen:

- Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung, Rat der Europäischen Union, 2000
- Schattenbericht der Armutskonferenz zum 2. Nationalen Aktionsplan für soziale Eingliederung (NAP Incl.) 2003 – 2005 der österreichischen Bundesregierung, Die Armutskonferenz, 2003, www.armut.at
- Joint Report on Social Inclusion, Summarising the results of the examination of the National Action Plans for Social Inclusion (2003 – 2005), Communication form the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, 2003
- Gemeinsamer Bericht der Kommission und des Rates über die soziale Eingliederung, Rat der Europäischen Union, 2004
- Stärkung der sozialen Dimension der Lissabonner Strategie: Straffung der offenen Koordinierung im Bereich Sozialschutz, Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, 2003
- 2. Nationaler Aktionsplan für soziale Eingliederung 2003 –2005, Republik Österreich, 2003
- Bericht der Hochrangigen Gruppe über die Zukunft der Sozialpolitik in der erweiterten Europäischen Union, Europäische Kommission, Generaldirektion Beschäftigung und Soziales, 2004
- Where is the Political Energy?, National Action Plans on Inclusion 2003 – 2005, EAPN´s response to the secondround of Plans, 2003, www.eapn.org

1) Dieser Beitrag wurde dankenswerter Weise von der Zeitschrift »Kontraste« zur Verfügung gestellt und dort bereits im Februar 2005 publiziert (www.gespol.jku.at/content/e1275/index ger.html)
2) Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung, Rat der Europäischen Union, 2000, S2
3) Schattenbericht der Armutskonferenz zum 2. Nationalen Aktionsplan für soziale Eingliederung (NAP Incl.) 2003-2005 der österreichischen Bundesregierung, Die Armutskonferenz, www.armut.at
4) Bekämpfung der Armut und der sozialen Ausgrenzung, Rat der Europäischen Union, 2000, S 9-10
5) Join Report on Social Inclusion, Summarising the results of the examination of the NAP Inclusion 2003-2005, Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the European Economic and Social Committee and the Committee of the Regions, 2003, p. 194
6) Gemeinsamer Bericht der Kommision und des Rates über die soziale Eingliederung, Rat der Europäischen Union, 2004, S 170
7) Stärkung der sozialen Dimension der Lissabonner Strategie: Straffung der offenen Koordinierung im Bereich Sozialschutz, Mitteilung der Kommision an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, 2003, S13

Verein ArbeitslosensprecherIn

Entstehungsgeschichte – Leitbild – Mitglieder

Am 28. November 2004 fand im Vorfeld der 2. Regionalen Salzburger Armutskonferenz im Bildungshaus St. Virgil die Gründungsversammlung des Vereins ArbeitslosensprecherIn statt. Es ist dies ein bundesweiter Verband von Erwerbsarbeitsloseninitiativen aus Österreich, die sich zu dem Zweck zusammengeschlossen haben, die Belange der Arbeitslosen zu vertreten, sich für alle Menschen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind, zu engagieren. Die Problemlagen und Fragestellungen von Erwerbslosen sollen thematisiert und in der Öffentlichkeit Sensibilität für die immer größer werdende Bedrohung Erwerbslosigkeit und die damit zusammenhängenden Schwierigkeiten geweckt werden. Initiativen sollen gefördert werden, die als Anlaufstelle für all diejenigen Menschen dienen sollen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Entstehungsgeschichte: Arbeitsuchende werden geschult, betreut, verwaltet.
Wer kann besser als wir selbst als Betroffene sagen, was es heißt arbeitslos zu sein. Wer kann besser als wir sagen, was hilft, was hilft nicht! Wer spürt besser als wir selbst, was es heißt – Zu alt zu sein! Zu jung zu sein! Die falsche Qualifikation zu haben! Am falschen Ort zu wohnen! Betreuungspflichten! Schulden! Die falsche Haarfarbe ...

Wer kann uns besser als wir selbst vertreten!
Die Armutskonferenz, das bundesweite Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung, hat sich entschieden den Aufbau einer bundesweiten Vertretung von Arbeitslosenselbstinitiativen zu unterstützen. Es wurden bereits wichtige Schritte gesetzt. Nach dem 1. bundesweiten »Arbeitslosentreffen« am 19. Februar 2004 in Linz wurde von einer Arbeitsgruppe (Pilotteam) ein Leitbild für einen bundesweiten Verein vorbereitet. Dieses Leitbild wurde am 5. Juni 2004 in Linz beim 2. bundesweiten Treffen fertiggestellt und von allen anwesenden Erwerbsarbeitsloseninitiativen angenommen.Eine zweite Arbeitsgruppe beschäftigte sich danach mit der Vorbereitung zur Ausarbeitung der Statuten. Beim 3. bundesweiten Treffen der Erwerbsloseninitiativen am 15.09.2004 in Wien wurden die Statuten für den Verein »ArbeitslosensprecherIn« fertiggestellt und verabschiedet.Daraufhin wurde von einem dritten Pilotteam noch die Geschäftsordnung erstellt. Und so konnte am Sonntag 28. November 2004 beim 4. bundesweiten »Arbeitslosentreffen« der Verein »ArbeitslosensprecherIn« schlussendlich offiziell gegründet werden.

Leitbild

Wer sind wir?
- Wir sind oder waren erwerbsarbeitslos. Manche von uns sehr lange, manche kürzer.
- Wir sind jung, alt, Frau oder Mann und kommen aus allen Gesellschaftsschichten. Wir wissen, wie Erwerbsarbeitslosigkeit schmeckt, riecht, sich anfühlt. Erwerbsarbeitslosigkeit macht arm.
- Wir sind die ExpertInnen für Erwerbsarbeitslosigkeit, uns qualifiziert die Betroffenheit.
- Unsere Basis sind die Betroffenen und deren Initiativen in Gemeinden, Städten und Bundesländern
- Unsere Vereinsmitglieder sind die regionalen Erwerbsarbeitslosenselbstinitiativen und engagierte Einzelpersonen mit Erwerbsarbeitslosenerfahrung.

Für wen sind wir da?
- Wir engagieren uns für alle Menschen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind.

Unsere Ziele
- Wir wollen Ausgrenzung und Armut bekämpfen und verhindern.
- Wir möchten, dass Menschen, die Arbeit haben, unsere Anliegen verstehen und unsere Ziele unterstützen.
- Wir wollen als ExpertInnen für Erwerbsarbeitslosigkeit alle Maßnahmen, von denen Erwerbsarbeitslose betroffen sind, mitgestalten.

- Wir vertreten konsequent und überparteilich die Interessen aller Menschen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen oder bedroht sind.
- Wir fordern menschenwürdige Arbeitsplätze und deren gerechte Verteilung.
- Wir fordern existenzsichernde Leistungen.
- Als Betroffene sehen wir uns legitimiert, über die Verwendung der Ressourcen aus der Arbeitslosenversicherung mitzubestimmen.
- Wir bauen eine bundesweite Organisation als gemeinnützigen Verein auf und suchen Partnerschaften auf internationaler Ebene.

Programmatische Leitsätze: Wie wollen wir die Ziele erreichen?

- Durch Öffentlichkeitsarbeit (Radio, Fernsehen, Presse, Broschüren, Flugblätter, elektronischen Newsletter, Notrufnummer, Aktionen). Alle Menschen sollen wissen, dass Erwerbsarbeitslosigkeit kein individuell verursachtes Schicksal ist.
- Wir sind das Sprachrohr für alle Menschen, die von Erwerbsarbeitslosigkeit betroffen und bedroht sind und vertreten deren Interessen.
- Wir unterstützen, gemeinsam mit den regionalen Initiativen, die Entstehung und den Aufbau neuer Erwerbsarbeitslosen-initiativen.
- Wir sammeln Berichte in den Gesprächsrunden der lokaen Erwerbsarbeitsloseninitiativen.
- Unsere Initiativen und Selbsthilfegruppen sind offen für alle von Erwerbslosigkeit Betroffenen und Bedrohten.
- Wir verdichten dieses gesammelte Wissen und erarbeiten Möglichkeiten und Forderungen für Problemlösungen.
- Wir sind die GesprächspartnerInnen für Politik, SozialpartnerInnen, Parteien, Presse, Beratungs- und Bildungseinrichtungen in Fragen der sozialen Relevanz und individuellen und kollektiven Bedeutung von Erwerbsarbeitslosigkeit.
- Wir sehen unsere Mitarbeit und Einbeziehung, unser Wissen und unsere Entscheidungsfähigkeit als entscheidend an, wenn es darum geht, Erwerbsarbeitslosigkeit aktiv und effektiv zu bekämpfen.
- Wir bauen ein Büro für bundesweite Tätigkeiten auf und fordern eine langfristig garantierte Finanzierung durch die öffentliche Hand.
- Wir verpflichten uns zu verantwortungsvollem Umgang mit dem zugesicherten Budget in Treuhandverwaltung.
- Wir beanspruchen Sitz und Stimme im Verwaltungsrat des Arbeitsmarktservice (Bundesgeschäftsstelle).

Welche Prinzipien sind für uns wichtig?

Zuhören, gemeinsames Denken, Demokratie- und Konsensprinzip, politische Unabhängigkeit sind für uns die Leitprinzipien.

Unsere Arbeit baut auf den 4 Stufen der Partizipation auf:
1. Informationen wahrnehmen, 2. Mitwirken, 3. Mitentscheiden, 4. Selbstverwalten.

Mitglieder
Initiative AMSand (www.amsand.at) / Verein ZUM ALTEN EISEN (www.zum-alten-eisen.org) / Initiative – SoNed (www.soned.cc) / Initiative Der Denker (www.der-denker.net) Initiative – Igel / Initiative Arbeitsloseninitiative Kärnten

Internet:
www.arbeitslosensprecherin.at

Verein Aus:Zeit. Eine Salzburger Arbeitsloseninitiative.

Fragebogenaktion der Alf-Aktiv-Gruppe: »Arbeitslose befragen Arbeitslose«

Elisabeth Fereberger
ist Mitarbeiterin der Kontaktstelle Aus:Zeit.

Franz Borstner
ist Betriebsseelsorger und Geschäftsführer des Arbeitslosenfonds der Erdiözese Salzburg.

Vorbereitungsphase

Seit 14.09.2004 besteht im ABZ (Arbeiter-Begegnungs-Zentrum Itzling) eine Gruppe von arbeitslosen Menschen, die aktiv an ihrer Situation arbeitet. Ein Ergebnis war die Erstellung eines Fragebogens, um herauszufinden, wie es erwerbsarbeitslosen Menschen geht und wie sie sich zu dieser Situation äußern, wo sie Hilfe erhalten und was ihre Vorstellungen bezüglich einer Veränderung der Lage am Arbeitsmarkt sind. Diese Fragen wurden gemeinsam formuliert und in einen Fragebogen integriert. Wir konzipierten ein standardisiertes Interview, d.h. wir wollten einen Fragebogen mit gleichen Fragen- und Antwortmöglichkeiten für jeden Teilnehmer. Eine Online-Fassung wurde von einem Teilnehmer der Gruppe erarbeitet. In weiterer Folge traten wir mit dem Leiter des AMS-Salzburg in Verbindung und erhielten die Erlaubnis, vor Ort eine Befragung der Klienten durchzuführen. An sozialintegrative Betriebe und Kurseinrichtungen verteilten wir ungefähr 100 Fragebögen. Der Rücklauf war mit insgesamt 229 ausgefüllte Fragebögen mehr als zufrieden stellend.

Ergebnisse
Die Auswertung der Fragebögen ergab interessante Zusammenhänge, die einen Rückschluss auf die Arbeitsbedingungen, aber auch das Verhältnis der Arbeitnehmer untereinander zulassen. Vor allem aber zeigten sich Trends, die den Betroffenen die Arbeitssuche erschweren und den Arbeitsmarkt dramatisch verändern:

- Die meisten Menschen wurden durch »Nichtwiedereinstellung« nach der Saisonarbeit arbeitslos, darauf folgte in der Häufigkeit der Antworten »Krankheit«, bei längerem Krankenstand wird oft eine Kündigung ausgesprochen, dann folgte »Eigenkündigung«, wobei als Grund oft Mobbing genannt wurde.
- Vergleicht man damit die Angaben, die zu den gesellschaftlichen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit gemacht wurden, wo Entsolidarisierung, mehr Egoismus und starkes Konkurrenzdenken beinahe ein Drittel der Nennungen ausmachten, könnte man zu folgendem Schluss kommen: Die realen Arbeitsbedingungen und innerbetrieblichen Strukturen, vor allem aber die Beziehungen der Mitarbeiter untereinander verändern sich durch die Gefahr, arbeitslos zu werden. Die Solidarität untereinander scheint zusehends zu schwinden.
- Bezieht man nun die persönlichen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit mit ein, erscheint der überaus hohe Anteil an genannten »Depressionen« verständlich, wobei gleichzeitig bei Mehrfachnennungen »Erschöpfung«, bekanntlich ein Symptom der Depression, gewählt wurde. »Konflikte« erhielt ebenfalls eine hohe Nennung. Offenbar sind schon vor dem Verlust der Erwerbsarbeit gesundheitliche (psychische) Beeinträchtigungen vorhanden, durch Mobbing und Stress, verursacht durch ein »krankmachendes« Betriebsklima (starke Konkurrenz unter den Arbeitnehmern, verstärkter Egoismus, schwinden der Solidarität etc.).
- Unter Sonstiges gab es Hinzufügungen wie: »Wut«, »Frustration« und der »Verlust der Familie und anderer sozialer Kontakte«.
- Die Frage »Kann die Politik etwas an der Arbeitslosigkeit verändern?« wurde sehr hoch mit »Ja« beantwortet. Ein hoher Prozentsatz der Befragten sah die Politik in erster Linie gefordert: »Aktive Arbeitsmarktpolitik«, »gerechte Entlohnung«, »Besteuerung von Reichtum«, »Grundsicherung« und »Begrenzung der Wirtschaft«. Nur eine kleine Anzahl der Befragten war der Meinung, Politik könne nichts gegen Arbeitslosigkeit unternehmen.
- Betrachtet man dazu die Antworten auf die Frage von wem Arbeitslosigkeit ernsthaft wahrgenommen wird, antworten die meisten mit von einzelnen, die Politik landete an vorletzter Stelle!
- Die Erfahrungen der Befragten, wie aktiv Arbeitslosigkeit von der Politik wahrgenommen wird und die Aufforderung an die Politik, tatsächlich Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu ergreifen stimmen nicht überein. Die Politiker sind also gefordert, geeignete Maßnahmen zu setzen, um der steigenden Arbeitslosigkeit wirksam zu begegnen.
- Betrachtet man noch einmal die gesellschaftlichen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit, so zeigt sich neben den

schon erwähnten Auswirkungen auf die jeweilige Arbeitssituation (weniger Solidarität, mehr Egoismus, verstärter Konkurrenzdruck) auch die Angst vieler Befragter vor »erhöhtem Armutsrisiko« (häufigste Nennung), »steigender Kriminalität«, »sozialen Unruhen« und »Kaufkraftverlust«. Insgesamt wieder eine mögliche Ursache für psychosoziale Beeinträchtigungen.
- Die Frage nach einer Arbeitslosen-Gewerkschaft, Anwaltschaft oder Interessensvertretung wurde überwiegend mit Ja beantwortet. Offenbar fühlen sich viele Betroffene in ihrer Situation allein gelassen und ohne eigene Interessensvertretung.

Schlussfolgerung:
Die Fragestellungen wurden aus der Sicht von Betroffenen und von diesen selbst formuliert. Die Auswertung hat ergeben, dass Themen angesprochen wurden, die für viele arbeitssuchende Menschen zutreffen. Die Situation bei der Arbeitssuche wird realistisch abgebildet. Die Mitglieder der Aktivgruppe haben durch Eigeninitiative und Engagement entscheidende Erkenntnisse gewonnen, die von Verantwortlichen beachtet werden sollten.
Es ist ein partizipatorischer Ansatz zur Veränderungen am Arbeitsmarkt. Den Erfahrungen der Betroffenen sollte mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden.

Der Workshop auf der Konferenz:
Zu unserem Workshop kamen ~ 30 Personen. Zuerst wurden die Ergebnisse der Fragebogenaktion präsentiert und diskutiert. Anschließend wurden im Workshop Möglichkeiten erarbeitet, um Arbeitslosigkeit zu einem öffentlichen Thema zu machen.

Drei Lösungsstrategien zeigten sich:

1. Forderungen an die Politik

- Politik konkret in die Pflicht nehmen, Politik muss die Rahmenbedingungen schaffen
- Alternativen Wirtschaftskonzepten muss Raum gegeben werden
- Wertschöpfungsabgabe
- Grundeinkommen
- Ermäßigungen für Arbeitslose
- Von politischer Seite wertschätzender Umgang mit allen ArbeitnehmerInnen

2. Eine sozial-politisch agitative, öffentlichkeitswirksame Methode:

- einen »Tag der Arbeitslosen« aktiv gestalten
- Marsch in die Innenstadt, wäre eine Massendemonstration möglich?
- Mobilisation von Betroffenen
- Arbeitslosigkeit öffentlich zum Thema machen, Fragebogen
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying, Aktionen

3. Vernetzung von Gleichgesinnten und Initiativen

- Dachverband – Interessensvertretung
- Zeitung
- Mobilisation von Betroffenen, Überwinden der Barriere der »Scham«
- Schaffung von Räumen und Ressourcen
- Vom Reden zum Tun, Info und Lobbying bei PolitikerInnen
- Tauschbörsen
- Netzwerke aufbauen,
- Selbstvertretung, um Arbeitslosigkeit zu thematisieren

Die Umsetzung muss durch intensiven Kontakt der einzelnen Arbeitsloseninitiativen und Selbsthilfegruppen ständigen vorangetrieben werden.

»Arbeitslosenanwaltschaft«

Überlegung zur Errichtung aus Oberösterreich

Christian Winkler
ist Geschäftsführer der Bischöflichen Arbeitslosenstiftung und Mitglied des Armutsnetzwerkes Oberösterreich.

1. Einleitung

Aufgrund der steigenden Zahl von Menschen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind und aufgrund des zunehmenden, besonders individuell verspürten Druckes auf arbeitslose Menschen begannen in unterschiedlichen sozialen Bewegungen und Einrichtungen Überlegungen zu einer Arbeitslosenselbstvetretung oder zu einer Arbeitslosenanwaltschaft. Bereits auf der dritten österreichischen ARMUTSKONFERENZ 1998 wurde die Errichtung einer Arbeitslosenanwaltschaft gefordert[1]. Seither wurden unterschiedliche Varianten aus verschiedenen Blickwinkel angedacht.

Im Herbst 2003 begann eine Arbeitsgruppe des Armutsnetzwerkes Oberösterreich intensivere Überlegungen, wie eine »Arbeitslosenanwaltschaft« konzipiert sein sollte. Grundlegend war dabei, dass es ein Zusammenwirken von betroffenen arbeitslosen Menschen und verschiedenen mit der Problematik befassten Einrichtungen geben soll, und dies mit Unterstützung und im Auftrag der Politik. Einbindung, Beteiligung, Mitwirkung von Betroffenen sowie Zusammenarbeit mit und Unterstützung durch befasste Einrichtungen ergeben ein Spannungsfeld, das starke Bemühungen jeder Seite erfordert, um das Ziel, Verbesserungen für die Betroffenen, zu erreichen. Hintergrund ist ein Modell, das zwei unabhängige aber eng kooperierende Strukturen vorsieht: Einerseits eine Selbstvertretungsstruktur, die arbeitslose Menschen nach ihren Bedürfnissen autonom gestalten, andererseits die Struktur der »Arbeitslosenanwaltschaft«, in die Arbeitslose eingebunden sind.

Die »Arbeitslosenanwaltschaft« ist eine unabhängige, von der Politik (Landtag oder Landesregierung) errichtete und beauftragte, in der Tätigkeit aber weisungsfrei gestellte selbständige Einrichtung. Durch die Einbeziehung relevanter Organisationen soll sie breite gesellschaftliche Unterstützung erhalten. Damit soll sich auch die Durch- und Umsetzungsfähigkeit von nötigen Maßnahmen erhöhen.

Die Betonung der Anwaltfunktion liegt nicht so sehr auf einer juristischen Funktion, sondern auf Funktionen wie Lobbying, unabhängige Berufungsstelle, Interessen vertreten oder zum Recht zu verhelfen. Angestrebt werden soll die Errichtung sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene.

Die Partizipation Betroffener angesichts fast 800.000 Arbeitsloser (in Österreich im Jahr 2004) und der temporären Betroffenheit sowie die Zusammenarbeit von und mit Selbstvertretungsgruppen sind große Herausforderungen. Der Aufbau von Selbstvertretungsgruppen und -strukturen muss intensiviert werden. Betroffene sollen selber oder angeregt und unterstützt durch engagierte VertreterInnen von Organisationen lokale oder regionale Gruppen oder Vereinigungen bilden und diese in einer Landes- oder auch Bundesstruktur zusammenfassen. Wenn Betroffene in autonomen Strukturen ihre Interessen wahrnehmen und einbringen können, motiviert dies zur Beteiligung. Die angedachte »Arbeitslosenkonferenz« führt zur Einbindung einer größeren Anzahl, ohne dass Strukturen oder Organisationen erforderlich sind. Diese »Arbeitslosenkonferenz« wäre aber so zu gestalten, dass sie interessant in Inhalt, Ablauf und Kompetenz ist, damit Betroffene sich beteiligen.

2. Funktionen – oder was soll eine »Arbeitslosenanwaltschaft« leisten?

2.1. Interessen formulieren ▸ SPRACHROHR

Die Problemlagen von Langzeitarbeitslosen oder von jenen, die innerhalb kurzer Zeit mehrmalig betroffen sind, sind ähnlich. Alleine das Merkmal arbeitslos zu sein, führte bislang zu wenig

zur Wahrnehmung der individuellen Problemlagen dieser Gruppe durch die Öffentlichkeit und der Politik. Die persönlichen (psychosozialen) Problemlagen und die gemeinsamen Interessen (persönliche, wirtschaftliche oder gesellschaftspolitische) wurden bislang zuwenig formuliert. Nach angepassten Beteiligungsprozessen von Betroffenen ist die Formulierung und Veröffentlichung der Interessen, also eine »Sprachrohrfunktion« erforderlich.

2.2. Interessen vertreten ▸ LOBBYING

Im politischen Gestaltungs- und Gesetzwerdungsprozess müssen die Interessen arbeitsloser Menschen gebündelt eingebracht werden und mehr Bedeutung erhalten. Eine stärkere Informationsarbeit aus Sicht der Arbeitslosen und Einflussnahme ist erforderlich. Die »Arbeitslosenanwaltschaft« ist eine Institution »nahe den Betroffenen«, die deren Anliegen öffentlich vertritt.

2. 3. Zum Recht verhelfen ▸ VERTRETUNG

Vollständige Information über die Rechte (ebenso wie über die Pflichten) und Unterstützung bei der Durchsetzung der Rechte in Zusammenarbeit mit der gesetzlichen ArbeitnehmerInneninteressensvertretung, der AK, ist eine wichtige Funktion der »Arbeitslosenanwaltschaft«. Unterstützung und Ermutigung, auch selber die eigenen Rechte wahrzunehmen, ist für Betroffene eine wichtige Hilfestellung.

2.4. Anlauf- und Auskunftsstelle bei spezifischen Problemlagen ▸ DREHSCHEIBE

Informationen für Betroffene z. B. über rechtliche, finanzielle, persönliche oder ähnliche Unterstützungsangebote bzw. -einrichtungen sind für die Zielgruppe Arbeitslose derzeit nicht an einer Stelle abrufbar. Im Sinne eines »One-Desk-Prinzipes« soll diese Drehscheibenfunktion bei der »Arbeitslosenanwaltschaft« angesiedelt sein.

2.5. Würde arbeitsloser Menschen sichern ▸ MENSCHENRECHT

Durch gesellschaftliche Verteilungskämpfe, durch zunehmende Konkurrenz am Arbeits«markt«, durch politisch gezieltes Schüren von Neidkomplexen und durch Diffamierungskampagnen gegen Arbeitslose gerät die menschliche Würde Betroffener in Gefahr, so das Empfinden vieler Betroffener. Durch vielfältige Öffentlichkeitsarbeit soll ein realistisches Bild der Lebensumstände und Problemlagen arbeitsloser Menschen wiedergegeben werden um weiterer Vorurteilsbildung entgegenzuwirken.

3. Aufgabenfelder einer »Arbeitslosenanwaltschaft« für OÖ[2]

3.1. Informationsdrehscheibe für persönliche Problemlagen

Die »Arbeitslosenanwaltschaft« gibt grundsätzliche Auskünfte über Rechte und Pflichten aufgrund der Gesetzeslage. Außerdem werden individuelle Problembereiche aufgenommen, die gesellschaftliche Relevanz hergestellt und damit die Notwendigkeit struktureller Problemlösungen aufzeigt. Die »Arbeitslosenanwaltschaft« ist Anlaufstelle für Betroffene, informiert über die vielfältigsten Angebote und Unterstützungsmöglichkeiten, dokumentiert Anregungen und Beschwerden, initiiert die Gründung und unterstützt die Treffen von bestehenden Arbeitslosenselbstvertretungsgruppen. Anregungen und Beschwerden werden bei den zuständigen Einrichtung vorgebracht und gemeinsame Lösungen im Sinne der Betroffenen angestrebt.

3.2. Rechtliche Beratung und Vertretung

Die »Arbeitslosenanwaltschaft« gibt Auskunft über Rechtsberatungsstellen. Die »Arbeitslosenanwaltschaft« kooperiert mit der Arbeiterkammer OÖ, die die rechtlichen Beratungs- und Vertretungsaufgaben für Arbeitslose wahrnimmt. Sie vertritt die Interessen arbeitsloser Menschen im Gesetzgebungsverfahren, insbesondere durch die verpflichtende Einbindung im Begutachtungsverfahren. Sie kann Akteneinsicht bei speziellen Einzelfallproblemen nehmen und nach Bevollmächtigung im Namen der/des Betroffenen tätig werden.

3.3. Beratungs- Betreuungs- und Bildungseinrichtungen

Die »Arbeitslosenanwaltschaft« hält Kontakt zu Beratungs-Betreuungs- und Bildungseinrichtungen. Sie ist eingebunden bei der Entwicklung von Schulungsmaßnahmen und sammelt Rückmeldungen über Qualität der Maßnahmen und gibt Feedback an die betroffenen Stellen.

3.4. Mitwirkung im politischen Leben

Arbeitslosigkeit ist eine gesellschaftliche Erscheinung, die primär aus einer zu niedrigen Arbeitskräftenachfrage resultiert. Individuelle Schuldzuweisungen an Betroffene verkennen (bewusst) die Ursachen. Die Problematik kann daher nur durch Gestaltung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gelöst werden. Daher muss die »Arbeitslosenanwaltschaft« eine wichtige Rolle in den politischen Gestaltungsprozessen einnehmen können.

Die »Arbeitslosenanwaltschaft« zeigt gesellschaftliche Folgen von Arbeitslosigkeit und Problembereiche für Arbeitslose auf. Sie greift Probleme aus Krisenregionen auf und gibt Anregungen für die Arbeitsmarkt-, die Beschäftigungs- und die Wirtschaftspolitik weiter. Sie hält Kontakt zu den politischen Parteien. Sie hat ein Mitspracherecht bei der Erstellung von Richtlinien für die Vergabe von Förderungen, ist eingebunden bei Gesetzesbegutachtungen und hat ein Mitwirkungsrecht im Forum Aktive Arbeitsmarktpolitik. Die »Arbeitslosenanwaltschaft« veröffentlicht jährlich einen Bericht über die Entwicklung der Lebenslagen von arbeitslosen Menschen und übergibt diesen auch dem Landtag.

4. Struktur und Organisation[3]

4.1. Rechtliche Form

Die »Arbeitslosenanwaltschaft« ist eine von Behörden weisungsfreie, in ihrer Tätigkeit von Politik und AMS unabhängige, mit ausreichenden Mitteln ausgestattete Einrichtung. Durch einen breit getragenen Beschluss des Landtages wird der Wille zur dauerhaften Einrichtung einer »Arbeitslosenanwaltschaft« und ausreichenden Mittelausstattung seitens des Landes zum Ausdruck gebracht. Dieser Beschluss sichert auch die Akzeptanz bei behördlichen Kooperationspartnern. Die Unabhängigkeit und die Weisungsfreiheit muss sich im Bestellungsverfahren der ArbeitslosenanwältInnen ebenso widerspiegeln wie der deutliche Partizipationsgedanke der Betroffenen.

Rechtsträger soll ein Verein sein. Um eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz zu erreichen, sind in einem Beirat Personen vertreten, die das breite demokratische Feld in Oberösterreich erkennbar machen. Die Zentrale der »Arbeitslosenanwaltschaft« ist in Linz. ArbeitslosenanwältInnen arbeiten in den Regionen mittels Sprechstunden. Die Kooperationsmöglichkeit mit einer zu errichtenden bundesweiten Arbeitslosenanwaltschaft oder mit vergleichbaren Einrichtungen in andern Bundesländern ist vorzusehen. Bundesländerübergreifendes Angebot an Beratung ist, z. B. für PendlerInnen, erforderlich.

4.2. Netzwerkstrukturen

Neben dem Kontakt mit und Unterstützung von arbeitslosen Menschen ist der Aufbau von Netzwerkstrukturen eine wesentliche Aufgabe einer »Arbeitslosenanwaltschaft«. Der Austausch und die Zusammenarbeit mit Organisationen, Institutionen und Parteien, die im Umfeld des Themas Arbeitslosigkeit tätig sind, sind von zentraler Bedeutung, weil Bedingungen für arbeitslose Menschen wesentlich von wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen abhängig sind. So ergeben sich zahlreiche Schnittstellen, wie z.B. zu AMS, ÖGB, AK, WK, GKK, PVA, Parteien, sozialen Organisationen, Medien etc., wo politische Mitwirkung und konkretes Durchsetzen von Anliegen durch Interventionen, Lobbyarbeit, Informationspolitik etc. möglich wird.

4.3. Vernetzung mit Betroffenen und Betroffeneninitiativen

Die »Arbeitslosenanwaltschaft« hält ständigen Kontakt zu von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen. Der Partizipationsprozess muss so gestaltet sein, dass eine große Mehrheit der Betroffenen die Möglichkeit hat, ihre Anliegen einzubringen. Die enge Kooperation mit autonomen Arbeitslosenselbstvertretungsstrukturen, die aus lokalen und regionalen Gruppen bestehen und Landes- oder auch Bundesebene abdecken, ist Wesensmerkmal der »Arbeitslosenanwaltschaft«. Im Beirat haben BetroffenenvertreterInnen Sitz und Stimme. Diese VertreterInnen werden von Arbeitslosenselbstvertretungsstrukturen nominiert.

Die Einladung der »Arbeitslosenanwaltschaft« zu einer jährlichen »Arbeitslosenkonferenz«, bei der alle zum Stichtag arbeitslos gemeldeten OberösterreicherInnen teilnehmen können (mit Fahrtkostenrückerstattung), soll geprüft werden. Der Ort dieser Konferenzen soll jeweils in einer anderen Region (Viertel) sein. Themen sind etwa: Aktuelle Erfolge oder Problemlagen, Anregung für Arbeitsschwerpunkte und Bericht über die Tätigkeit der »Arbeitslosenanwaltschaft«.

5. Stand der Umsetzung in Oberösterreich

Das Armutsnetzwerk OÖ setzte im Jänner 2004 eine Arbeitsgruppe mit Beteiligung einer Arbeitslosenselbstvertretungseinrichtung ein, um die verschiedenen Vorstellungen über eine Arbeitslosenanwaltschaft genauer zu betrachten und um eine Skizze eines Konzeptes auszuarbeiten. Im Arbeitsübereinkommen zwischen der ÖVP und den Grünen, die in Oberösterreich über die Mehrheit im Landtag und Landesregierung verfügen, ist die *»Einführung einer Arbeitslosenanwaltschaft zur Stärkung der Stellung von Arbeitslosen« enthalten. »Die Konzeption, Einrichtung und Anwendung wird im Einvernehmen mit dem Land OÖ, den Sozialpartnern und den Selbsthilfeorganisationen durchgeführt.«*[4]

Bei einem Runden Tisch im November 2004 präsentierte die Arbeitsgruppe den VertreterInnen aus Politik, Interessensvertretungen, AMS und Kirche ihre Vorstellungen. Als Ergebnis wurde festgehalten: Zwei Studien werden vom Sozialressort unter Einbeziehung der Arbeitsgruppe in Auftrag gegeben werden, eine zu Lebenslagen arbeitsloser Menschen und eine, die die rechtliche Abklärung über die Zuständigkeiten des Landes zum Inhalt hat. Als weiteres Ergebnis wurden Arbeitslose in das AMS-Landesdirektorium eingeladen, um ihre Erfahrungen mit den verschiedenen Schulungsmaßnahmen zu berichten. Angepeilt war, die Studien im ersten Halbjahr 2005 zu einem Ergebnis zu bringen, das ist voraussichtlich nicht einzuhalten. Bereits angelaufen sind verschiedene Aktivitäten, um regionale Selbstvertretungsgruppen arbeitsloser Menschen zu initiieren, derzeit gibt es Gruppen in vier Städten. Das Armutsnetzwerk hat den Themenschwerpunkt »Partizipation sozial benachteiligter Menschen« aufgegriffen und den Kontakt zu verschiedenen Betroffenenräte aus sozialen Einrichtungen intensiviert. Es liegt an den Interessierten und an den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, Motor zu sein, für mehr Partizipationsmöglichkeiten sozial Benachteiligter, in diesem Fall arbeitsloser Menschen.

1) Forderungen der dritten Österreichischen Armutskonferenz: ... »6. Einführung einer gesetzlich verankerten Arbeitslosen-Anwaltschaft (analog der PatientInnenanwaltschaft) insbesondere gegenüber dem Arbeitsmarktservice.« (aus: Dokumentation der 3. Armutskonferenz, Wien 1999).
2) Konzeptentwurf erarbeitet von einer Arbeitsgruppe des Armutsnetzwerkes OÖ
3) Konzeptentwurf erarbeitet von einer Arbeitsgruppe des Armutsnetzwerkes OÖ
4) Arbeitsübereinkommen 2003-11-05, Kapitel Vollbeschäftigung und Arbeitsmarkt

»Und wer fragt uns?«

Eine Plakation als Versuch, Plakation Betroffener in einem ländlichen Bezirk zu ermöglichen. Ein Kurzbericht.

Robert Buggler
Salzburger Armutskonferenz

Eine wesentliche Herausforderung im Zusammenhang mit der Beteiligung Betroffener an regionaler Armutspolitik ist es, die entsprechende Methode zu finden. Letztere hängt wesentlich von Zielgruppe und Zielsetzung, von Themen und Ressourcen, aber auch von den örtlichen Rahmenbedingungen ab. So macht es einen wesentlichen Unterschied, ob Beteiligungsformen im städtischen oder in einem ländlich geprägten Umfeld stattfinden (sollen).

Der Lungau als kleinster der insg. 6 Bezirke des Bundeslandes Salzburg mit ca. 21.000 EinwohnerInnen kann nun beinahe durchgängig als »ländlicher Bezirk« bezeichnet werden: Dies zeigt sich nicht nur an topografischen Aspekten, Gemeindegrößen und erhöhtem Anteil an landwirtschaftlicher Produktion, sondern auch an – oftmals benachteiligten – ökonomischen Faktoren wie erhöhter Arbeitslosigkeit, Abwanderung, ständig steigendem Pendleranteil oder auch an einem durchschnittlich geringerem Lohnniveau.

Der Lungau als ländliche Region ist zusätzlich in erhöhtem Ausmaß geprägt durch all jene Charakteristika, die in der Armutsforschung mit dem Phänomen der »verdeckten Armut« umschrieben werden können: Nicht Wahrnehmen(-wollen) von Armutslagen im öffentlichen Kontext, Strategien von Verdrängen und Verstecken auch seitens der Betroffenen, nicht zuletzt auch aufgrund mangelnder Anonymität, Formen sozialer Kontrolle im kleinräumigen Gemeindegefüge, einem Ausreizen familiärer Systeme und Ressourcen. Verstärkt wird dies durch einen Mangel an sozialer Infrastruktur, den auch ein Sozialzentrum in der Bezirkshauptstadt Tamsweg nicht gänzlich auszugleichen vermag, in dem viele – wenn oftmals auch nur stunden- oder tageweise – Leistungen sozialer Beratung und/oder Betreuung angeboten werden. Beispielgebend festgemacht werden kann diese Form verdeckter Armut an der (Nicht-)Inanspruchnahme von offener Sozialhilfe, die im Bezirk Lungau mit einer Rate von 0,3 % nur ein Zehntel der Inanspruchnahme in der Landeshauptstadt Salzburg beträgt!

In Vorbereitung zur 2. Regionalen Salzburger Armutskonferenz zum Thema *Partizipation, Selbstorganisation und regionale Armutsbekämpfung* hat nun eine Projektgruppe, bestehend aus VertreterInnen der Salzburger Armutskonferenz und regionalen Sozial- und Beratungseinrichtungen (Caritaszentrum Tamsweg, Forum Familie Lungau des Familienreferates, Katholische Frauenbewegung, Lungauer Frauentreff und Regionalmanagerin für Chancengleichheit) eine Plakataktion zur Beteiligung von Personen mit Armutserfahrung entwickelt und umgesetzt. Primäres Ziel war das Aufzeigen (bzw. das Aufschreiben) von Defiziten, Forderungen und Bedarfen von Betroffenen selbst.In der Planungsphase war aufgrund der regionalen Rahmenbedingungen folgendes zu beachten:

- **Anonymität:** ein öffentliches Auftreten Betroffener konnte aus o. g. Gründen nicht oder nur in Einzelfällen erwartet werden, zu sehr handelt es sich bei Armut noch um ein »Tabuthema«
- **Niederschwelligkeit:** Möglichst geringe Schwelle zur Beteiligung. Dies sollte erreicht werden entweder durch das Anbringen der Plakate in öffentlich zugänglichen Gebäuden oder im Rahmen bestehender Betreuungszusammenhänge (z. B. Frauengruppen, Hinweis auf Aktion während Beratung)
- **Thematische Offenheit:** Keine Beschränkung auf ein bestimmtes Thema oder auf eine bestimmte Zielgruppe, um eine möglichst breite Beteiligung zu gewährleisten.
- **Nachhaltigkeit:** Was passiert mit denErgebnissen?

Vier Wochen lang wurden diese Plakate von den regionalen OrganisatorInnen nun in öffentlich zugänglichen Einrichtungen (Sozialeinrichtungen, Kindergärten, Kirchen, Gemeindeämter etc.) verteilt bzw. in Einzelfällen in einem nicht öffentlichen, geschützten Rahmen gemeinsam ausgefüllt. Letzteres geschah z. B. bei regionalen Treffen von Basisgruppen des Lungauer Frauentreffs des Katholischen Bildungswerkes. Eine öffentliche Aktion am Hauptplatz in der Bezirkshauptstadt Tamsweg sollte zusätzliche Ergebnisse bringen. Anschließend wurden die Plakate eingesammelt, analysiert und die weitere Vorgehensweise erörtert.

Neben den Ergebnissen, die einerseits jene »klassischen« und allgemeinen Themen umfassten (Arbeitsmarkt, Wohnen, Kinderbetreuung, soziale Infrastruktur), aber auch viele lebensnahe und

sozialraumbezogene Bedürfnisse beinhaltete (Siedlungskonflikte, Kinobus für Jugendliche, Unterstützung im Umgang mit AsylwerberInnen etc.), waren es vor allem auch die methodischen Erkenntnisse, die in diesem Zusammenhang interessieren, also welche Schlüsse man hinsichtlich der gewählten Beteiligungsform ziehen konnte:

- Es zeigte sich, dass ein Plakat aufzuhängen, in vielen Fällen zu wenig ist. Eine persönliche Anleitung bzw. ein konkreter Hinweis auf die Aktion und die Plakate waren oftmals nötig.
- Selbst in öffentlichen Gebäuden war die Scheu, persönliche soziale Forderungen zu formulieren, teilweise zu groß
- Die Motivation, sich an einer Aktion, die »ohnehin nichts bringt«, zu beteiligen, kann natürlich mit dem Aufhängen eines Plakates nicht erhöht werden, schon viel mehr in einem persönlichen Gespräch.
- Einige Personen gaben im persönlichen Kontakt an, ihre Anliegen und Wünsche nicht schriftlich auf einem Plakat, sondern mündlich weiter geben zu wollen: Mangelnde Rechtschreibkenntnisse und die Befürchtung, diese »öffentlich« zu machen, waren Gründe dafür.
- Auch der Umstand, sich mündlich besser ausdrücken zu können, spielte in diesem Zusammenhang eine Rolle.
- Faktor Zeit: Manche brauchten mehr Zeit, um die Forderungen und Wünsche klar zu formulieren. Die zusätzliche Möglichkeit, ein Kleinformat der Plakate (A4) mit nach Hause zu nehmen und dies dann wieder zu retournieren, erwies sich als überaus brauchbare methodische Ergänzung
- Wenn die Plakate bereits teilweise beschriftet waren, erhöhte dies die Motivation, selbst mitzumachen.
- Und selbstverständlich spielte die Frage der Ressourcen der OrganisatorInnen und die Motivation kooperierender Einrichtungen eine wichtige Rolle.

Kann nun eine solche Plakataktion beispielgebend für andere Regionen sein, war die methodische Wahl die richtige? Ein Vergleich von Zielen und Ergebnissen soll abschließend diese Frage beantworten:

- Die Zielsetzungen, das Thema Partizipation und Armutsbekämpfung regional und öffentlich/medial zu diskutieren, also auch Bewusstseinsarbeit zu leisten, wurde erreicht.
- Für eine erste Phase, in der Partizipation also auch grundsätzlich als Thema propagiert werden soll, bietet sich eine Plakataktion in dieser Form an, auch aufgrund der damit verbundenen öffentlich/medialen Präsenz.
- Die inhaltlichen Ergebnisse waren im Sinne der Vielfalt beeindruckend, gingen aber natürlich in vielen Bereichen zu wenig in die Tiefe. Es entstand also kein ausformulierter Forderungskatalog als viel mehr ein thematischer Leitfaden von Themen, an denen vertiefend weitergearbeitet werden muss.
- Durch die Methodenwahl wurden bestimmte Personen (-gruppen) jedoch nicht erreicht, ein Methodenmix hätte sich in dieser Hinsicht als wahrscheinlich zielführender erwiesen.
- Die Weiterarbeit an einzelnen Themen erfordert jedoch andere methodische Mittel. Insofern ist eine Plakataktion als Methode nur begrenzt einsetzbar.
- Die Nachhaltigkeit konnte nicht nur durch das Aufgreifen einzelner Themen erzielt werden, sondern auch durch das Weiterarbeiten der Projektgruppe am Thema an sich.
- Die Resonanz verantwortlicher Personen in Politik, Verwaltung, Kirche, Wirtschaft etc. kann bisher also noch sehr gering bezeichnet werden. In diesem Sinne kann als Voraussetzung für Partizipation nicht nur Bewusstseinsarbeit bei denjenigen genannt werden, die partizipieren sollen, sondern auch im Bereich derjenigen, die Partizipation ermöglichen können.

Mittlerweile wurden erfreulicherweise von verschiedenen regionalen Einrichtungen einige Themen aufgegriffen bzw. wurden bereits angedachte Projekte durch die erhobenen Forderungen rascher umgesetzt. Wie weit sich insgesamt partizipative Elemente im Rahmen einer regionalen Lungauer Armutspolitik durchzusetzen vermögen, bleibt jedoch abzuwarten. Dass gerade auch der Regionalverband Lungau mit einer niederschwelligen Erhebung des Kinderbetreuungsbedarfs in diese Richtung erfolgreich aktiv wurde, gibt jedoch Anlass zur Hoffnung.

OrganisatorInnen der Plakataktion:
Elisabeth Huber – Caritaszentrum Tamsweg
Monika Weilharter – Forum Familie Lungau
Annemarie Indinger – Lungauer Frauentreff
Elisabeth Michael, Renate Kollnberger – KFB Lungau
Andrea Schindler-Perner – Regionalmanagerin für Chancengleichheit im RV Lungau.

Partizipation und Teilhabe von MigrantInnen in der Stadt Dornbirn

In Dornbirn, der größten Stadt in Vorarlberg leben knapp 45.000 Menschen. Die gut 13 % BürgerInnen ohne österreichischen Reisepass kommen aus über 70 Nationen. Deutlich am meisten von ihnen stammen jedoch aus der Türkei, eine weitere große Gruppe ist aus den Ländern des ehemaligen Jugoslawien zugezogen. Für die ca. 2.700 Muslime gibt es drei verschiedene Gebetshäuser.

Elisabeth Planinger:
Amt der Stadt Dornbirn, Bildung und Integration
Integrationsleitbild: http://dornbirn.at/cup/Z100/downloads/67.pdf

Die Geschichte Dornbirns ist seit jeher auch eine Geschichte der Zuwanderung, hat doch in Dornbirn schon früh eine Industrialisierung stattgefunden. Das wirtschaftliche und kulturelle Leben wurde und wird wesentlich durch die Zuwandererinnen und Zuwanderer mitgeprägt und mitgetragen. Für die meisten dieser Menschen ist Dornbirn längst zu ihrer unbestrittenen Heimat geworden. Dies gilt insbesondere für die zweite und mittlerweile dritte Generation, die hier aufgewachsen und zur Schule gegangen ist. Integration in unsere Gesellschaft kann dann gelingen, wenn sie als dialogischer Prozess gesehen wird, als ein gegenseitiges Aufeinander-Zugehen, und die Lebensperspektiven aller in dieser Stadt wohnenden mit ausreichender wirtschaftlicher und sozialer Stabilität verknüpft. In diesem Sinne berühren Integrationsfragen in umfassender Weise die unterschiedlichsten politischen Entscheidungen der Stadt. Am deutlichsten spürbar werden sie in Bereichen Bildung und Ausbildung, Wohnen und Berufswelt.

Einstimmig beschlossenes Integrationsleitbild
Die Stadt Dornbirn sah sich mit der Frage konfrontiert, ob kulturelle und religiöse Unterschiede zum Wohle der Stadt und deren Wirtschaft als positive Herausforderung gesehen und gelöst werden oder ob die bekannten Reibungen der Migration und Integration zu unlösbaren Schwierigkeiten führen. Es haben sich daher die Verantwortlichen der Stadt Dornbirn, allen voran die Stadträtin für Integration und Schulen, Frau Dr. Gabi Sprickler-Falschlunger und Bürgermeister DI Wolfgang Rümmele entschlossen, die Integrationsarbeit auf ein breites Fundament zu stellen. Ein Integrationsleitbild mit integriertem Maßnahmenplan, das zusammen mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, mit Fachleuten und Vertretern aller politischen Fraktionen der Stadtregierung und unter Mitwirkung der Bevölkerung erstellt wurde, hat seine Bestätigung im einstimmigen Beschluss der Dornbirner Stadtvertretung im November 2002 gefunden.

Integration soll in Dornbirn ein gesamtgesellschaftliches Anliegen sein. Man will wegkommen vom Problemdenken hin zu der Einsicht, dass in jedem Menschen wertvolle Fähigkeiten stecken, die für die Stadt nützlich sein können. Auch die nicht österreichischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind Menschen mit Rechten und Pflichten, für die es gilt, Anreize zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Dornbirn zu schaffen.

Das Leitbild beinhaltet daher folgende drei Kernaussagen:
- Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Querschnittaufgabe und ist bei allen Überlegungen städtischen Handelns mit einzubeziehen
- Die Integrationspolitik setzt nicht symptomorientiert und defizitverwaltend an, sondern präventiv, ursachenbezogen und im Sinne des »Förderns und Forderns«.
- Die Integrationspolitik entwickelt eine gesamtgesellschaftliche Kultur des aufgeklärten und positiven Umgangs mit Vielfalt und Differenz.

Ressourcen für die Umsetzung
Das Leitbild sollte einerseits Auskunft über die Lebensumstände der Migrantinnen und Migranten geben, andererseits sollte das Endprodukt die Definition gesamtstädtischer Entwicklungsziele und Perspektiven für eine positive Entwicklung und ein konstruktives Miteinander der *in- und ausländischen Bevölkerung Dornbirns* mit formulierten Umsetzungsschritten sein. Im Zusammenhang mit der Formulierung von Zielen wurden auch die personellen und finanziellen Ressourcen für deren Umsetzung im Rahmen der städtischen Verwaltung definiert.

Als eine der wichtigsten strategischen Maßnahmen wurde eine Fachstelle für Integration geschaffen. Die Arbeit erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der politischen Referentin. Die Fachstelle vernetzt, koordiniert und plant Angebote im Bereich integrationsspezifischer Projekte, welche einem Bedarf entsprechen, der noch

nicht befriedigt wird. Sie unterstützt die Personaldienststelle bei der Vermittlung der Thematik Migration und Integration im Rahmen der städtischen Weiterbildung. Und sie erschließt neue wissenschaftliche Erkenntnisse und leistet Öffentlichkeitsarbeit.

Sprache und Bildung als Basis für gelungene Integration
Wie im Leitbild formuliert, sind Sprache und Bildung die Basis für gelungene Integration und gleichberechtigte Chancen am Arbeitsmarkt. Der Schwerpunkt liegt daher in der Verbesserung der Sprachkompetenz von Zuwandererinnen und Zuwanderern auf verschiedenen Ebenen in unterschiedlichen Altersgruppen.

Gute Rahmenbedingungen für Sprach- und Bildungsmaßnahmen sind wichtig, um den Menschen den Zugang zu diesen Angeboten zu erleichtern. So wird zum Beispiel seit 4 Jahren ein *Sprach- und Orientierungskurs für Migrantinnen* von der Stadt Dornbirn organisiert. Dieser erfreut sich ungebrochener Beliebtheit. In einem bewusst niederschwelligen Sprachunterricht wird die Möglichkeit geboten, Deutsch ohne Druck zu lernen. Durch praktische Unterrichtseinheiten wird den Frauen der Alltag in Dornbirn erleichtert und als Abschluss findet ein Besuch im Rathaus statt, wo auch die Kursbestätigungen durch den Bürgermeister und die Stadträtin übergeben werden. Die Kurse finden einmal pro Woche an einer Volksschule statt und dauern ein ganzes Schuljahr. Für Anfängerinnen ist der Besuch kostenlos, Fortgeschrittene bezahlen einen geringen Unkostenbeitrag. Bewusst niederschwellig angelegt sind die Kurse nicht im Sinne des Integrationsvertrages zertifiziert.

Im Volksschulbereich wird ein Projekt zur *Sprach- und Lernförderung* angeboten, welches vom Verein INKA – Verein für Interkulturelle Angelegenheiten – im Auftrag der Stadt organisiert und durchgeführt wird. Ziel ist die Verbesserung der allgemeinen Schulleistungen durch Behebung von Sprachdefiziten und eine bessere Chancengleichheit in der Schul- und Berufswahl vor allem jenen Kindern zu bieten, welche besonders Unterstützung brauchen und die durch ihre Eltern nur ungenügend unterstützt werden können.

Neues Sprachprojekt im Kindergartenalter
Eine der größten Herausforderungen stellt die schlechte Bildungs- und Ausbildungssituation der migrantischen Bevölkerung dar. Nach wie vor ist der Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache an den Sonderschulen überproportional hoch, während solche in höheren Schulen noch immer eher eine Ausnahme darstellen.

Für die geringen Deutschkenntnisse der Kinder bei der Einschulung gibt es viele Gründe. Besonders türkischstämmige Kinder fielen in den Kindergärten oft mit geringen bis keinen Kenntnissen der deutschen Sprache auf.

Ab Herbst 2004 wurde daher von der Stadt Dornbirn ein Pilotprojekt zum *Spracherwerb im Kindergartenalter* gestartet. Von 54 eingeladenen Familien haben 45 das Angebot spontan angenommen. Das Projekt, welches inzwischen regelmäßig durchgeführt wird, findet außerhalb des regulären Kindergartens in einem kindgerecht ausgestatteten Raum statt. Während eine zweisprachige, ausgebildete Kindergartenpädagogin mit den Kindern spielerisch Deutsch übt, werden den Eltern Tipps für ihre Arbeit zuhause gegeben. Kinder und Eltern sollen Bildung und Bildungseinrichtungen als Wert schätzen lernen. Kleinkinder kann man eben nicht zum Üben an den Tisch bitten. Ziel des Projektes ist es, den Kindern die Angst vor dem Deutschsprechen zu nehmen und den Eltern zu zeigen, wie sie ihr Kind beim Spracherwerb unterstützen können.

Öffentlichkeitsarbeit
Begleitende Öffentlichkeitsarbeit zu den einzelnen Projekten und Pressemeldungen zum positiven Umgang mit Vielfalt und Differenz und dem Abbau von Vorurteilen sind wesentliche Bestandteile der Integrationsarbeit in Dornbirn. Wer das Fremde kennen lernt, baut Ängste ab und interessiert sich für die Menschen. Eine soeben angelaufene breit angelegte PR-Aktion mit Plakaten, Flyern und Pressearbeit zum Thema »Chancensprache Deutsch – Almanca – Imkanlarin Lisani« soll die Bevölkerung von Dornbirn über die laufenden Bildungsangebote der Stadt informieren.

Verbesserung der Wohnqualität
Gemeinnützige Wohnungen sind in Vorarlberg bereits seit den 90er Jahren auch für MigrantInnen zugänglich. Die Voraussetzungen, eine solche Wohnung zu bekommen, sind für alle Antragsteller gleich. Der Bedarf an Sozialwohnungen ist in der zugewanderten Bevölkerung überproportional hoch, und deren Lebensweise von jener der Einheimischen verschieden. Den dadurch entstehenden Spannungen soll durch gezielte Siedlungsarbeit entgegengewirkt werden. Durch Partizipation der BewohnerInnen sollen Alltagsprobleme sofort erkannt und gelöst werden, um Eskalation und Schuldzuweisungen vorzubeugen. Dieses Projekt wird vom IfS, Institut für Sozialdienste Vorarlberg im Auftrag der Stadt Dornbirn begleitet.

Moslemischer Friedhof in Vorarlberg
Mit der Wahl Dornbirns als neue Heimat haben viele MigrantInnen auch ihren Lebensmittelpunkt hierher verlegt. Wer hier seine Familie hat, möchte auch seine Verstorbenen hier begraben. Derzeit werden noch die meisten Verstorbenen in die Türkei überführt, dies wird sich in den kommenden Jahren jedoch zunehmend ändern. Bereits das Integrationsleitbild fordert eine Diskussion über die Bestattungsmöglichkeiten von Muslimen. Die Planung für ein landesweites Vorgehen und die Standortfrage laufen derzeit über den Vorarlberger Gemeindeverband und über *okay.zusammen leben*, Stelle für Zuwanderung und Integration des Landes. Eine Studie über Bestattungsriten und religiöse Bräuche der Muslime wurde bereits von der Islambeauftragten der Diözese Feldkirch, Frau Dr. Elisabeth Dörler erstellt. Sie lebte und arbeitete lange Zeit in Istanbul und ist eine Kennerin des Islam.

Partizipation und Teilhabe von MigrantInnen sind wichtige Ziele für eine gelungene Integration und ein Miteinander verschiedener Bevölkerungsgruppen in einer Stadt wie Dornbirn. Viele Schritte wurden in den letzten beiden Jahren seit der Leitbilderstellung bereits gesetzt, aber es ist sicherlich noch viel zu tun.

In erster Linie sind es aber die MigrantInnen selber, die aufgefordert sind, Angebote zur Verbesserung ihrer Situation anzunehmen. In Dornbirn haben wir damit sehr gute Erfahrungen gemacht und erleben eine Zuwandererbevölkerung, die Hilfsangebote für eine Aufwertung ihrer Lebenssituation gerne annimmt. Angebote und Projekte für und mit den Menschen aus anderen Kulturkreisen kommen letztlich der gesamten Bevölkerung Dornbirns zugute, wollen wir doch damit ein friedliches und angenehmes Miteinander aller BürgerInnen in Dornbirn erreichen in einer Stadt, in der die Menschen nicht nach ihrer Herkunft, Rasse und Religion beurteilt werden, sondern nach ihren Fähigkeiten.

Politische Partizipation und Teilhabe von Migrantinnen in der Stadt Salzburg

Josef Mautner
Geschäftsführer des Bereichs Kirche und Arbeitswelt der Katholischen Aktion Salzburg und Sprecher der Plattform für Menschenrechte www.menschenrechtesalzburg.at

Die Stadt Salzburg hat im März 2004 beschlossen, ein Integrationskonzept unter aktiver Beteiligung von MigrantInnen und NGO's zu erstellen (siehe: Amtsbericht der Magistratsdirektion vom 23. 3. 2004). In der Landeshauptstadt Salzburg leben 148.546 Personen, davon 30.157 mit einer andern als der österreichischen Staatsangehörigkeit (Stichtag 1.1.2005). Damit hat die Stadt einen Anteil an ausländischer Wohnbevölkerung von 20,30 %. 2,9% der Gesamtbevölkerung sind EU-BürgerInnen, 15,9% sind sog. »Drittstaatsangehörige«. Allein dieser hohe Anteil von ausländischen MitbürgerInnen (hier sind jene WohnbürgerInnen mit österreichischer Staatsangehörigkeit und Migrationshintergrund noch nicht erfasst!) legt eine gezielte und verstärkte Integrationspolitik nahe. Salzburg folgt damit einem Trend im deutschsprachigen Raum: Eine ganze Reihe von Städten und Kommunen in Deutschland und in der Schweiz haben in den letzten Jahren umfassende Projekte zur Erstellung von Integrationsleitbildern und -konzepten eingeleitet und durchgeführt – so z.B. Basel, Zürich, Frankfurt/-Main, Oberhausen, Thun u.a. Auch in Österreich haben verschiedene Kommunen und Länder bereits ähnliche Prozesse in Angriff genommen: So etwa die Stadt Dornbirn und das Land Tirol. Das Land Niederösterreich hat im Rahmen einer EU-Equal-Entwicklungspartnerschaft ein Integrationsleitbild in vier unterschiedlichen Kommunen erstellen lassen, und zwar in Krems, Guntramsdorf, Hainburg und Traismauer.

Mit der Erstellung eines Integrationskonzeptes verbinden sich die verschiedensten Wünsche und Vorstellungen. Allein die unmittelbar Beteiligten formulieren aus ihrer Interessenlage heraus differierende Erwartungen. Eine wesentliche Erwartung, die v.a. von MigrantInnen und NGO's an ein Integrationskonzept gestellt wird, ist der Abbau von struktureller Benachteiligung und Dikriminierung. Der Alltag von MigrantInnen und Flüchtlingen in Salzburg ist geprägt von diskriminierenden Strukturen in den vielfältigsten Formen: In der Schule, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche etc. Im Rahmen eines Menschenrechts-Monitorings wird die Plattform für Menschenrechte beinahe laufend mit Beispielen und Einzelfällen im Bereich dieser strukturellen Diskriminierung konfrontiert.

Ein Integrationskonzept für die Stadt Salzburg

Nachdem Vorgespräche zur Einrichtung eines AusländerInnenbeirates in der Stadt Salzburg vorerst keinen Erfolg hatten, entstand im Laufe des Jahres 2003 im Rahmen der Plattform für Menschenrechte die Idee zur Entwicklung eines ganzheitlichen Integrationskonzeptes. Nach Gesprächen mit dem Bürgermeister und verschiedenen StadtpolitikerInnen im Herbst 2003, die von der Plattform, weiteren NGO's und VertreterInnen von MigrantInnen(gruppen) initiiert worden waren, konnten grundlegende *Eckpfeiler und die Vorgangsweise für ein Integrationskonzept* in der Stadt Salzburg festgelegt werden. Zu den Eckpfeilern des Konzeptentwurfes zählen die Einbeziehung der Erfahrungen von MigrantInnen und von betroffenen NGO's, die aktive und breite Einbindung aller betroffenen Akteure in den Prozess, die Einbeziehung aller kommunalpolitischen Themen und die Begleitung durch eine externe professionelle Beratung.

Wesentlicher Bestandteil des Entwurfes war eine externe und professionelle Moderation. Dazu war eine Ausschreibung durch das Magistrat der Stadt Salzburg notwendig, die von VertreterInnen der NGO's unter der Leitung der Plattform für Menschenrechte in den wesentlichen Punkten vorbereitet wurde – inklusive einer Liste kompetenter KanditatInnen. Aufgrund der Auswahlgespräche fiel die Wahl auf die Innsbrucker Firma Hafelekar.

Das Konzept sieht eine *Steuerungsgruppe* vor, bestehend aus VertreterInnen der NGO's, der Verwaltung und der Politik. Diese Gruppe soll gemeinsam mit der Moderation den Prozess im Auge behalten sowie die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen entgegennehmen und umsetzen.

Der Prozess zur Erstellung des Konzeptes begann mit einer großen *Auftaktveranstaltung* im Kongresshaus am 31. März 2005 unter breiter Beteiligung von NGO's und MigrantInnen. Beim Auftaktplenum wurden 5 *Arbeitsgruppen* gebildet, die in drei Schritten (Ist-Analyse – Zielformulierungen – Maßnahmen und Umsetzung) die wesentlichen Inhalte für das Konzept erarbeiten:

AG 1: Arbeit, Wirtschaft
AG 2: Partizipation, Politik, Verwaltung
AG 3: Erziehung, Kindergarten, Bildung, Schule
AG 4: Jugend, Wohnen, Freizeit, Kultur, Sport
AG 5: Soziale Sicherung, Gesundheit, Pflege, Vorsorge.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen werden von Arbeitsgruppenleiterinnen und der Steuerungsgruppe zu einem Konzeptentwurf zusammengefasst und nochmals dem Plenum aller Beteiligten für ein Feedback vorgelegt, bevor der Gemeinderat darüber entscheiden und ein offizielles Integrationskonzept der Stadt Salzburg beschließen kann.

Modelle für die politische Partizipation von MigrantInnen

Im Rahmen der 2. Regionalen Armutskonferenz gestaltete die Plattform für Menschenrechte einen Workshop zur Fragestellung: Welche Möglichkeiten der Beteiligung von MigrantInnen gibt es in verschiedenen Gemeinden Österreichs? Welche Modelle haben sich bewährt, welchen Beitrag zur sozialen Integration haben sie geleistet bzw. können sie leisten? Dabei wurden 3 exemplarische Modelle kommunaler Integration in Österreich vorgestellt:

- das Integrationszentrum PARAPLÜ in Steyr
- der Leitbildprozess in vier niederösterreichischen Kommunen
- der Leitbildprozess sowie die Abt. Bildung und Integration in der Stadt Dornbirn[1]

Integrationszentrum PARAPLÜ (Steyr):

ZuwanderInnen sehen sich im neuen Heimatland oft mit einer Vielfalt von Hürden konfrontiert: Die Wohnsituation ist schlecht: Oft existiert für MigrantInnen kein Zugang zum Wohnungsmarkt, sie bezahlen überhöhte Mieten und leben in Substandardwohnungen. Die *Arbeitsaussichten* sind trist: Schlechte Qualifikation schafft schlechtere Startbedingungen, MigrantInnen arbeiten in Niedriglohnbranchen, leisten Schichtarbeit, sind schneller von Arbeitslosigkeit betroffen. Armut, mangelnde Sprachkenntnisse, Vorurteile der Einheimischen und kulturelle Unterschiede (vor allem bei Frauen türkischer Herkunft), erschweren den *Zugang zum Gesundheitswesen wie auch zum Bildungssystem* und bedeuten eine starke Minderung der Lebensqualität. Darüber hinaus sind »Drittstaatsangehörige« gegenüber Inländern und EU-Bürgern auch politisch diskriminiert; sie haben kein kommunales Wahlrecht und sind somit für Politiker als Wähler uninteressant. Diese Erkenntnisse spielen bei der Frage nach der aktiven politischen Partizipation von MigrantInnen eine wesentliche Rolle.

Steyr ist eine mittelalterliche Stadt und liegt im östlichen Zentralraum Oberösterreichs. Mit 40.000 EinwohnerInnen ist sie die kleinste der drei Statutarstädte Oberösterreichs; 5.000 Menschen mit nicht-österreichischem Pass leben in Steyr (12,6% Anteil an der Gesamtbevölkerung). Die Stadt ist vor allem durch die Großindustrie geprägt. Die Frage der Integration dieser 5.000 Mitmenschen wurde in Steyr im Vergleich zu anderen Städten schon sehr früh in Angriff genommen: Als Folge der großen Flüchtlingswelle 1991/92 wurden 1994 das Integrationszentrum PARAPLÜ und wenig später der Beirat für Integrationsfragen gegründet.

Aufgaben PARAPLÜ: Unterstützung der MigrantInnen (Beratung, Dolmetschen, Begleitung zu Behörden, Konfliktmanagement, Organisation von Deutschkursen sowie Begegnungsmöglichkeiten zwischen In- und Ausländern...).

Aufgaben Beirat: Durch seine Zusammensetzung (Aus- und Inländer, Vertreter der politischen Fraktionen) ist er ein Bindeglied zwischen diesen Gruppen; vor allem bietet er die Möglichkeit, Anliegen der (in- und ausländischen) Bevölkerungsgruppen an Gemeinderat und Magistrat zu kommunizieren.

Der Versuch, ein Ausländerforum zu installieren ist nach 5 Jahren mangels Motivierbarkeit der Betroffenen gescheitert. Ein Prozess zur Erstellung eines Integrationskonzeptes oder -leitbildes wurde in Steyr bisher nicht in Angriff genommen.

Perspektiven und Ziele der politischen Partizipation
auf kommunaler Ebene aus der Erfahrung des Integrationszentrums PARAPLÜ sind:

- ein Angebot von bezahlbaren Deutschkursen unterschiedlicher Leistungsstärken
- Gleichberechtigter Zugang zum Wohnungsmarkt
- Gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt
- Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, Vorurteile abzubauen
- Öffnung der Medien dem Thema Integration gegenüber

- Workshops und Informationsveranstaltungen in Schulen (Abbau von Vorurteilen, Aufklärung über unterschiedliche Kulturen, Religionen, Herkunftsländer)
- Angebot von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Aus- und Inländern (Feste, kulturelle Veranstaltungen)
- Vernetzung mit anderen Sozialorganisationen zwecks Nutzung von Synergieeffekten, Informationsvorsprüngen, Kontakten)
- Als Grundsatz gilt, dass der Abbau von Diskriminierung erst die Integration und damit die Partizipation von MigrantInnen ermöglicht!

Interkulturelles Zentrum (Wien): Leitbildprozess in vier niederösterreichischen Kommunen

Der Integrationsleitbildprozess wurde im Rahmen des EQUAL-Projektes »Verschiedene Herkunft – Gemeinsame Zukunft« unter der Moderation und Begleitung des Interkulturellen Zentrums durchgeführt. Beteiligt waren 4 Kommunen:

- Hainburg: 5600 (davon ca. 830 MigrantInnen)
- Traismauer: 5800 (ca. 500 MigrantInnen)
- Guntramsdorf: 8461 (ca. 982 MigrantInnen)
- Krems 26272: (ca. 1762 MigrantInnen)

In allen vier Gemeinden waren – trotz aller Unterschiede – gesellschaftliche Rahmenbedingungen vorhanden, die Integration von MigrantInnen erschwert haben und die einen Leitprozess nötig werden ließen:

- Seitens der PolitikerInnen ist zwar im Laufe der Zeit der Eindruck entstanden, dass »AusländerInnen« als Gastarbeiter erwünscht sind. Auf der anderen Seite herrschte bei den MigrantInnen das Gefühl vor, unerwünscht zu sein.
- Religiös-kulturelle Unterschiede sowie große Sprachunterschiede machen eine Integration viel schwieriger; durch diese wachsende Differenz ist eine schiefe Ebene zwischen ÖsterreicherInnen und MigrantInnen entstanden;
- Das Integrationsverständnis der verantwortlichen PolitikerInnen war weitgehend ungeklärt; außerdem traten praktische Fragen auf: Gehört Integration zu Sozialem, zu Bildung, zur Gemeindepolitik?

Der Prozessverlauf umfasste in allen Gemeinden in etwa folgende Schritte:

- Vorbereitungsphase: Strukturerhebung als Grundlage, aktivierende Befragung mit ExpertInnen in den Gemeinden; Diskussion mit politisch Verantwortlichen; Klärung der Frage, welche Personen mit einbezogen werden sollen.
- Auftaktveranstaltung: Vorstellung des Prozesses; alle involvierten Personen erhalten alle Infos zum Prozess und können selbst Inputs einbringen;
- Installieren von Arbeitsgruppen: Zu den relevanten Themen werden AG gebildet und verantwortliche Personen gesucht;
- eigentlicher Prozess: Bildung einer Steuerungsgruppe bestehend aus Verwaltung, Politik, Moderation, ArbeitsgruppenleiterInnen; Abhaltung von Delegiertentreffen und öffentlichen Plenarsitzungen, in denen die aktuellen Ergebnisse zusammengefasst und diskutiert werden; nach ca. einem Jahr soll das Leitbild erstellt sein (d.h. eine Zielformulierung zu den einzelnen Bereichen gemeinsam mit den konkreten Maßnahmen).

Die Arbeit am Integrationsleitbild erfolgte auf den Ebenen: Arbeitsgruppen, Steuergruppe, öffentliche Plenarsitzungen und in der Integrationsplattform (wo ein Austausch nur unter MigrantInnen möglich war).

Erfahrungen und Voraussetzungen

Die Plattform für Menschenrechte ist mit ihren Mitgliedsorganisationen von Beginn an am Prozess zur Erstellung eines Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Salzburg aktiv beteiligt. Eines unserer Hauptinteressen ist es, damit ein wirksames kommunalpolitisches Instrument zu schaffen, mit dem die strukturelle Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund wirksam abgebaut werden kann. Um dieses Ziel zu erreichen, muss das Konzept bestimmte Voraussetzungen erfüllen:

a) Gelingende kommunale Integration bedarf der aktiven Einbeziehung der Hauptbetroffenen – also der Menschen mit Migrationshintergrund.

Ein Integrationskonzept braucht ihre Mitwirkung, aber auch ihr strukturell verankertes Mitentscheidungsrecht. In dem von NGO' s und MigrantInnenvertretern verabschiedeten Grundsatzpapier zum »Integrationskonzept für die Stadt Salzburg« heisst es dazu: «Es baut auf den vorhandenen *Potentialen der MigrantInnen auf, also auf den Errungenschaften, Erfahrungen, Tätigkeiten und Kompetenzen der Beteiligten.*« Dazu bedarf es bereits im Prozess

der Konzepterstellung »*geeignete Formen ihrer Beteiligung*«. Deshalb hat die Plattform gemeinsam mit den anderen beteiligten Gruppen und Personen im Juli 2004 ein NGO-Forum mit einer SprecherInnengruppe eingerichtet, die die Interessen der MigrantInnen und NGOs in diesem Prozess formuliert und vertritt.

b) Einem kommunalen Integrationskonzept, das diskriminierende Strukturen im städtischen Bereich wirksam auflösen will, muss ein inklusives Integrationsverständnis zugrunde liegen, das Integration als wechselseitigen Kommunikations- und Akkulturationsprozess zwischen SalzburgerInnen mit und SalzburgerInnen ohne Migrationshintergrund versteht. Die österreichische Politik – auch im kommunalen Bereich – ist geprägt von der Auseinandersetzung zwischen zwei sich ausschließenden Integrationskonzepten: Dem ethnisch-exklusiven, das in Europa v.a. auf kolonialistischen und rassistischen Denk- und Politiktraditionen beruht, und dem republikanisch-inklusiven, das v.a. in klassischen Einwanderungsländern wie den USA, Kanada und Australien vorherrscht. Aus diesem Grund ist auch die aktive Beteiligung von Gruppen, Vereinen und Netzwerken, die SalzburgerInnen ohne Migrationshintergrund vertreten, ganz wichtig.

c) »Integration ist eine Querschnittsmaterie, *d.h. dass ein Integrationskonzept alle wesentlichen Themen der Kommunalpolitik (Wohnen, Arbeit, Bildung, politische Partizipation etc.) enthalten muss«* – so das Grundsatzpapier der NGO's. Integration ist kein Sonderbereich kommunaler Politik, und somit als »Minderheitenbetreuung« marginalisierbar. Sie ist ein »gesamtstädtisches Anliegen«, weil auch die strukturelle Diskriminierung von »AusländerInnen« praktisch alle Politikbereiche deformiert. Die Plattform für Menschenrechte diagnostiziert im Rahmen des Menschenrechtsmonitorings die Folgen dieser strukturellen Diskriminierung in praktisch allen Bereichen, in denen wir Informationen von unseren Partnerorganisationen erhalten: Arbeit, Wohnen, Schule, Bildung, gewerkschaftliche Organisation und Jugendarbeit.

MATERIALIEN:

- Ein Integrationskonzept für die Stadt Salzburg. Grundsatzpapier der am Prozess beteiligten NGOs und MigrantInnenvertreter, verabschiedet am 4.11.2003.
- Amtsbericht der Magistratsdirektion zur «Erstellung eines Integrationskonzeptes für die Stadt Salzburg«, 23.3.2004.
- Hafelekar: Integrationskonzept für die Stadt Salzburg.Sekundärrecherche. Innsbruck, März 2005.
- Integrationsleitbild Zürich. Kurzfassung. Ethnologisches Seminar der Universität Zürich.
- Integrationsleitbild der Stadt Dornbirn mit Maßnahmenplan. b.a.s.e – Ethnologisches Seminar der Universität Basel. 30. Oktober 2002.
- Integrationsleitbild der Stadt Krems mit Maßnahmenplan. Interkulturelles Zentrum, Wien – Institut für Konfliktforschung, Wien. 12. November 2003.
- Integrationsleitbild der Marktgemeinde Guntramsdorf mit Maßnahmenplan. Interkulturelles Zentrum, Wien -Institut für Konfliktforschung, Wien. Jänner 2004.
- Akkaya, Gülcan/Fent, Hanspeter/Staub-Bernasconi, Silvia: Auf dem Weg zu einer zivilen Mediationskultur? In: Riehle, Eckart: Stadtentwicklung, Gemeinwesen und Mediation. Münster – Hamburg – London 2002.
- Santel, Bernhard: Gesellschaftliche Eingliederung und Zuwanderung – Integrationskonzepte im Überblick.
- Ders.: Freizügigkeit, Wohnbürgerschaft und staatsbürgerliche Inklusion in Deutschland und den Vereinigten Staaten. In: Schulte, Axel / Thränhardt, Dietrich (Hg.): Internationale Migration und freiheitliche Demokratien. Jahrbuch Migration 1999/2000. Münster – Hamburg – London 1999.
- Wiener Integrationskonferenz: Positionspapier der Wiener Integrationskonferenz zum Thema neue Verfassung für Österreich. Themenbereich «Minderheiten« www.wif.wien.at
- Zwicklhuber, Maria (Hg.): Interkulturelles Zusammenleben und Integration als kommunalpolitische Herausforderung. Handbuch für die interkulturelle Gemeindearbeit. Wien 2003.

1) für das Modell Dornbirn verwiese ich auf den Artikel von Elisabeth Planinger in diesem Band

5 Jahre Salzburger Netzwerk Frauenarmut:

Gemeinsam Nachdruck verleihen

Martina Berthold
Büro für Frauenfragen & Chancengleichheit des Landes.

Alexandra Schmidt
Frauenbüro der Stadt Salzburg
Netzwerkhomepage:
www.salzburg.gv.at/frauenarmut

Bei einer Veranstaltung im Rahmen der österreichischen Armutswoche 2000 orteten das Büro für Frauenfragen und Chancengleichheit des Landes und das Frauenbüro der Stadt Salzburg ein großes Interesse und Bedürfnis nach einem Austausch zum Thema Frauenarmut. Das einmalige Treffen schien da bei weitem nicht auszureichen. Daher fassten Martina Berthold und Alexandra Schmidt kurzerhand den Entschluss, ein Netzwerk zur Frauenarmut aufzubauen. Beim ersten Treffen im Mai 2000 war schnell klar, dass es nicht nur ein »Braten im eigenen Saft« sein sollte, sondern es auch um die Diskussion und konstruktive Konfrontation mit EntscheidungsträgerInnen gehen müsste.

Frauenarmut hat System
Häufig sind die spezifische Lebenssituation und die gesellschaftliche Stellung ausschlaggebend für die Armutsgefährdung. Die Stellung der Frau in der Familie, die Tatsache, dass Frauen schlechter ausgebildet sind und/oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätig sind, dass noch immer viele Frauen keinen eigenständigen Pensionsanspruch erworben haben, die geringeren Einkommen und ungleichen Lebenschancen führen insgesamt zu einer nach wie vor krassen Benachteiligung von Frauen. Diese Benachteiligung wird zur Armutsgefährdung, wenn sich auch nur ein Faktor aus dem fragilen Gleichgewicht ändert. Unaufschiebbare Anschaffungen von Haushaltsgeräten, der Wegfall oder die Verringerung eines Einkommens, der Schulwechsel eines Kindes, längere Krankheit, Arbeitslosigkeit um nur einige Beispiele zu nennen, können den entscheidenden Schritt von der Armutsgefährdung in die tatsächliche Armut bedeuten. Aber was kommt dann? Denn zum Problem der materiellen Armut kommt die immaterielle Dimension von Armut hinzu: Rückzug aus dem sozialen und kulturellen Leben und damit weniger gesellschaftliche Teilhabe oder eingeschränkte Möglichkeiten der Gesundheitsvorsorge sind nur einige Beispiele für Begleitfaktoren von Armut und Armutsgefährdung. Doch Armut wird in unserer Gesellschaft nach wie vor als individuelles Phänomen angesehen. Zu bekennen, dass man/frau von Armut betroffen ist, kann mit dem Verlust gesellschaftlicher Achtung und Respekt verbunden sein. Viele würden deshalb nicht zugeben, Sozialhilfeempfängerin zu sein oder scheuen sich sogar, einen Antrag auf Sozialhilfe zu stellen.

Engagiert & hartnäckig
Das Salzburger Netzwerk Frauenarmut bietet keine materielle Hilfe für armutsgefährdete Frauen an. Aber es trägt dazu bei, das Thema präsent zu halten, es entstigmatisiert und zeigt auf: Armut ist eine Folge gesellschaftlicher Voraussetzungen und nicht das Privatproblem eines einzelnen Individuums. Durch das Netzwerk wird Bewusstseinsarbeit geleistet.

Durchschnittlich 15 Frauen aus zahlreichen Beratungs- und Fraueninstitutionen aus Stadt und Land haben sich seit 2000 insgesamt 23 Mal getroffen, in den Gesprächen Entscheidungträgergerinnen aus Politik, Arbeitsmarkt, Interessenvertretungen und den Behörden immer wieder den Blick für die alltägliche Frauenarmut geschärft und konkrete Verbesserungen für Frauen gefordert. Die Gäste wurden mit ausgewählten Problemstellungen und Forderungen konfrontiert und erfuhren so aus erster Hand, wie Frauenarmut in den einzelnen Beratungsstellen sichtbar wird. Informationen über die unterschiedlichen Formen und Auslöser von Frauenarmut (Sozial-, Pensions-, Arbeitsrecht, Scheidungen, psychische Krankheit) standen ebenso auf den Tagesordnungen wie der regelmäßige Austausch der täglichen Arbeit der Netzwerkfrauen.

Ein gemeinsames Ziel ...
Das Ziel des Netzwerks Frauenarmut ist, sich nachhaltig und kontinuierlich mit dem Thema auseinander zu setzen, dh sich letztlich auch für die eigene Arbeit weiterzubilden. Die Vernetzung selber ermöglicht immer wieder Synergien und Zusammenarbeit über Gemeinde- und Institutionengrenzen hinweg. Forderungen an PolitikerInnen und EntscheidungsträgerInnen machen die Arbeit nachhaltig und wirkungsvoll. Dabei liegt der Fokus immer auf der Erfahrung der eigenen Arbeit von, für und mit Frauen. MitarbeiterInnen aus Sozial- und Frauenberatungseinrichtungen kommen hier genauso zur Sprache, wie Frauen aus Verwaltung oder Interessenvertretung.

Erster österreichischer Frauenarmutsbericht
Dem engagierten Netzwerk, das von den beiden Salzburger Frauenbüros koordiniert wird und das für die Netzwerktreffen Räume in der AK Salzburg kostenlos nutzen kann, ist es auch zu verdanken, dass Salzburg als erstes Bundesland einen Frauenarmutsbericht erarbeiten ließ. Dabei durchleuchteten zahlreiche Salzburger Expertinnen Themen wie Erwerbstätigkeit, AusländerInnen, Behinderung, Gesundheit, Gewalt, Mädchen, Scheidung/Trennung auf ihre armutsgefährdenden Aspekte. Salzburgspezifische Statistiken runden das Bild ab.[1]

Erfolgsfaktoren des Netzwerks
Besondere Stärken des Netzwerks sind vor allem der starke Praxisbezug und der Mehrwert, der durch Synergie und Austausch entsteht. Auch werden gemeinsame Anliegen stets über Unterschiede gestellt, sodass es keinen Widerspruch bedeutet, wenn inhaltlich völlig unterschiedliche Institutionen und Beratungseinrichtungen gemeinsam auftreten. Die Teilnehmerinnen profitieren auch gegenseitig von ihren Erfahrungen, sodass die interne Weiterbildung neben den eigentlichen Inhalten einen wichtigen Zusatznutzen birgt. Die Frauen des Netzwerks haben folgende Erfolgsfaktoren identifiziert:

- Frauensolidarität: Gemeinsame Anliegen sind wichtiger als die Unterschiede
- Mehrwert durch Synergie und Austausch
- Starker Praxisbezug
- Eigene Grenzen und Möglichkeiten beachten
- Thema/Schwerpunkt/Inhalt
- Konstante Koordination

Das Frauenarmutsnetzwerk ist auch Teil des Salzburger Netzwerks gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Vor allem die Kooperation bei der Öffentlichkeitsarbeit zum Frauenarmutsbericht und bei den Armutskonferenzen hat sich hier bewährt.

Hochkarätige GesprächspartnerInnen – wertschätzende Konfrontationen
Rund 20 ExpertInnen und EntscheidungsträgerInnen waren im Laufe der 5 Jahre als GesprächspartnerInnen geladen. Dabei kam es durchaus auch zu kontroversiellen Diskussionen. Vor allem der Frauenerwerbsarbeitsmarkt, die Situation der Kinderbetreuungangebote in Salzburg und die unzureichenden Unterstützungsangebote für Frauen mit psychischen Problemen und Krankheiten standen dabei im Mittelpunkt. Zu Gast waren bisher:[2]

- **Renate Szegedi-Staufer** Sozialamtsleiterin Magistrat Salzburg (Frauen & Sozialhilfe)
- **Anita Lang, Michael Haybäck** Amt für Ausländerbeschäftigung Magistrat Salzburg (AusländerInnenbeschäftigung)
- (damals) LH-Stv. **Gabi Burgstaller** (Intensiver Austausch zur Frauenpolitik)
- **Gerda Klingenbrunner, Cornelia Schmidjell** Arbeiterkammer (Neues Kinderbetreuungsgeld)
- LR **Maria Haidinger** (Situation der Salzburger Kinderbetreuung)
- **Teresa Lugstein** AK Frauen in der Psychiatrie, **Polina Hilsenbeck** (München), (Frauen in der Psychiatrie)
- **Erwin Buchinger** damals AMS-Leiter Sbg (Arbeitsmarktpolitik für Frauen)
- **Monika Schmittner/Siegfried Pichler** AK (Interessenspolitik für Frauen))
- **Karin Beer** GPA (Neuer Kollektivvertrag für Gesundheits- u. Sozialberufe)
- **Margit Firlei** Mutterberatung, **Norbert Krammer** Sachwalterschaft, **Gabi Maierhofer** Psychosomatik, (Situation der Salzburgerinnen mit psychischen Problemen)
- **Liane Pluntz** AK-Frauenreferentin (Frauenerwerbsarbeitsmarkt)
- LR **Doraja Eberle** (Intensiver Austausch: Frauen/Mädchenpolitik, Schwangerschaftsabbruch)
- **Siegfried Steinlechner** AMS-Chef (Frauenerwerbsarbeit, Gender Mainstreaming in der AM-Politik)

Immer »lästig« bleiben und nachfragen
Im Jahr 2004 wurden alle »Versprechungen« der geladenen EntscheidungsträgerInnen kritisch auf ihre Umsetzung analysiert. Die detaillierten Protokolle (siehe Netzwerkshomepage) dienten als Grundlage. So manch ein/e GesprächspartnerIn wurde mit unserer Nachfrage »überrascht«.

Auch wenn die Tagesarbeit alle Netzwerkfrauen schon genug er- und ausfüllt, so zeigt sich doch, dass sich Vernetzung lohnt und der Zeitaufwand der regelmäßigen Netzwerktreffen gut investiert ist. Das Thema Frauenarmut ist in Salzburg gut verankert und das Netzwerk sorgt dafür, dass es bei politischen Planungen und Entscheidungen nicht untergeht!

1) Download unter www.salzburg.gv.at/frauenarmut
2) Alle Protokolle stehen zum downloaden bereit: www.salzburg.gv.at/frauenarmut

Bewohnerservicestellen der Stadt Salzburg:

Möglichkeiten der Partizipation Armutsgefährdeter in Stadtteilen

Günther Witzany:
Mitarbeiter der Wohlfahrtsabteilung der Stadt Salzburg

Am 29. und 30 November 2004 fand im Bildungshaus St. Virgil die 2. Salzburger Armutskonferenz statt. Die auch international gut besuchte Expertenkonferenz stand diesmal unter dem Motto »Partizipation, Selbstorganisation und regionale Armutsbekämpfung«. Die 6 Bewohnerservice-Stellen der Stadt Salzburg leiteten zusammen mit dem Wohnbund-Experten Dr. Raimund Gutmann den Workshop »Möglichkeiten der Partizipation und Teilhabe Armutsgefährdeter in den Stadtteilen.«

In der Diskussion über die Bewohnerservice-Praxis wurde deutlich, dass es neben der materiellen Armutsbekämpfung auch Formen von Armut gibt, die man durch Teilnahme (Partizipation) am gesellschaftlichen Leben vorbeugend behandeln kann: Vereinsamung (im Alter), (Jugend)Verwahrlosung weisen auf solche Formen sozialer Verarmung hin. Sie frühzeitig zu erkennen und mit Projekten und Angeboten gegenzusteuern ist eine der Aufgaben der Bewohnerservice-Stellen. Durch die Einbeziehung dieser Menschen in Projekte erfahren sie sich als wertvolle Mitglieder des Stadt(teil)lebens und können der Spirale aus sozialer Verarmung, mangelndem Selbstwertgefühl, drohender Delogierung und Hoffnungslosigkeit entgehen.

Gleich zu Beginn des Workshops wurde klar, dass Bewohnerservicestellen keine Parallelverwaltung sind, sondern im Sinne des Sozial-Leitbildes eine mittlerweile unersetzbare Drehscheibe für nachhaltige Stadt(teil)entwicklung bei den BürgerInnen vor Ort. Denn zukunftsfähige Quartiere und Stadtteile, lebendige Gemeinwesen und soziale Netzwerke entstehen nicht mehr von selbst. Die Bewohnerservice-Stellen nutzen die lokalen Potentiale bürgerschaftlichen Engagements und fördern die aktivierenden Strukturen in den Stadtteilen. Wie die Diskussion über die »Soziale Stadt« in unserem Nachbarstaat Deutschland zeigt, können sie einen wichtigen Beitrag beim Weg in die »Zivilgesellschaft« leisten.

Bereits seit den 80er Jahren setzt die Stadt Salzburg auf Gemeinwesenarbeit durch Bewohnerservice. Mit dem 2004 beschlossenen Sozial-Leitbild ist die vorbeugende und aktivierende Gemeinwesenarbeit unverzichtbarer Bestandteil der Salzburger Kommunalpolitik geworden. 2 Bewohnerservice-Büros (Forellenweg, Bolaring) sind stadteigene Einrichtungen und 4 (Aigen, Gnigl, Itzling, Laufenstraße) werden im Auftrag der Stadt von Partnern (Diakonie, ADS) betrieben. Alle Bewohnerservice-Büros weisen bei unterschiedlichen Schwerpunkten einen einheitlichen Produktstandard auf, der durch das Berichtswesen und ein umfassendes Controlling für die Qualitätssicherung und Zielerreichung garantiert.

Ziele und Aufgaben des Bewohnerservice sind aber auch Imagebildung für den Stadtteil, Vernetzungen anregen, Kommunikationsstrukturen bauen, Stadtteilentwicklung mitsteuern, Dialoge moderieren, Vermittlung bei Konflikten zwischen BürgerInnen/BürgerInnen und Verwaltung/BürgerInnen und Politik, BürgerInnen informieren, BewohnerInnen aktivieren, soziokulturelle Angebote organisieren. Denn ohne Soziokultur gibt es keine Stadt(teil)entwicklung und ohne Prävention, Partizipation und Aktivierung sind Vermeidung und der Abbau sozialer Fehlentwicklungen und die Eindämmung damit verbundener Kosten für die öffentliche Hand kaum möglich.

Die Studie des Salzburger Institutes für Raumordnung und Wohnen (SIR) »Soziales Wohnen in Salzburg« bescheinigt den Bewohnerservicestellen *»einen sehr hohen sozialen Einsatz um auftretende Probleme in einer Siedlung im Ansatz zu begegnen«*. Weiters erbringen die Bewohnerservicestellen lt. derselben Studie u.a. die unverzichtbaren Leistungen der *»Hilfestellung bei der Integration fremdsprachiger Bewohner in die Siedlung« und »Pufferstelle zum Bauträger (Hausverwalter) zum Sammeln von Beschwerden und Vermittlung einer gezielten Bewohnerinformation z.B. bei Sanierungsmaßnahmen«.*

Wirkungsbeispiele:

BWS AIGEN

Entwicklung sozialer Netzwerke
Mit der »Freizeitgruppe SeniorInnen« werden Diskussionen, Qi-Gong und andere Konzentrations- und Entspannungsübungen, Handarbeiten, Singen, Erfahrungs- und Ideenaustausch geboten. Weitere Netzwerke sind die Anbahnung von Nachbarschaftshilfe, eine Frauenwerkstatt und der Mittagstisch.

Unterstützung und Begleitung pflegender Angehöriger
In der Veranstaltungsreihe »Wenn Pflege Teil des Lebens wird« behandelt das BWS aktuelle Themen des pflegerischen Alltags. Ziel ist die Erweiterung der persönlichen Kompetenz in pflegerischer, sozialer und sozialrechtlicher Hinsicht.

Kunst und Kultur im Stadtteil
»Soziokultur im Stadtteil« wird durch Ausstellungen und Lesungen unterstützt und gefördert. Das BWS bietet Raum und Rahmen für Lesungen von »Selbstgeschriebenem und Selbstgeschaffenem«. Bewohner/innen haben die Möglichkeit, ihre Werke im eigenen Stadtteil zu präsentieren.

Generationentheater Bohnenstange
Personen verschiedenen Alters gehen alltäglichen Konflikten zwischen den Generationen auf den Grund. Die erworbenen Erkenntnisse setzt die Gruppe im soziokulturellen Theaterprojekt »Bohnenstange« um. Texte, Requisiten und Bühnenbild werden selber hergestellt. Die gespielten Szenen und die Diskussionen mit dem Publikum regen zum Nachdenken an und führen zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Generationenthema.

Ferienaktion für Kinder und Jugendliche
Die BWS-Ferienaktion für Kinder bietet Karate, Marmelade einkochen, Traumfänger basteln, Exkursion in die Bibliothek der Pfarre Aigen, Englisch-Schnupperkurs, Malaktion, Wandern in der Au, Tanzen und Spielen etc. Die Kursleiterinnen kommen aus Aigen und engagieren sich ehrenamtlich.

BWS BOLARING

Stadtteilfest mit Bürgerbeteiligung
1954 war der Spatenstich für die ersten Wohnungen in Stadtteil Taxham. Das BWS griff diesen Anlass auf und erarbeitete ein Konzept für »50 Jahre Taxham«. Gemeinsam mit Institutionen des Stadtteils wie Schulen, Vereine, Pfarren und Privatpersonen wurde das Stadtteilfest geplant und durchgeführt. Kennenlernen fördert Zusammenhalt!

Veranstaltungen und Kurse
Soziokulturelle Angebote im Veranstaltungsraum der Bolaringsiedlung wie Gymnastik, Qi-Gong-Kurse und diverse Feste werden überwiegend von den Bewohnern genutzt. Diese Aktivitäten werden in der Regel von Bewohnern der Siedlung in Zusammenarbeit mit dem BWS organisiert, wobei auch auf externe Partner zurückgegriffen wird.

Moderation von Hausversammlungen
Auf Wunsch von Mieterinnen und Mietern werden gemeinsam mit der Hausverwaltung Versammlungen zu aktuellen Themen abgehalten. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt ist die Einteilung der Benützung der Waschküchen bei neuen Mietern.

Initiativen für Kinder- & Jugendprojekte
Spielbus, Puppentheater, Malaktionen, Ausflüge etc. sind Veranstaltungen, die jeweils gestützt werden und somit allen Interessierten eine kostengünstige Teilnahme ermöglichen. Im Rahmen des Dialogforum Stadions wurden Jugendliche aus Taxham in die Gestaltung der Freizeitanlagen rund um das Stadion eingebunden.

BWS FORELLENWEG

Kulturpavillon Liefering – Raum für Begegnung & Kommuniktion
Mit dem Kulturpavillon Liefering belebt und verwaltet das BWS ein Stadtteilkulturzentrum, das die Möglichkeit eröffnet, Veranstaltungen und Festivitäten in größerem Rahmen sowie Kurs- und Freizeitangebote durchzuführen bzw. daran teilzunehmen. Veranstaltungen aller Art können im »Lieferinger Veranstaltungskalender« veröffentlicht werden. Die voll ausgelastete Einrichtung ermöglicht soziale und kulturelle Teilhabe und beugt Ausgrenzung und Vereinsamung vor.

Hilfe zur Selbsthilfe – Unterstützung von Vereinen & Initiativen
Freiwilliges Engagement und Ehrenamt bietet für viele Menschen eine Möglichkeit, sich in das Gemeinschaftsleben im Stadtteil einzubringen. Das BWS war »Geburtshelfer« für verschiedene Nachbarschaftsvereine wie z.B. Siedlerverein Forellenweg, Ambulante Dienste Liefering, Krabbelstube Forellenweg, Gartenverein, Sparverein Forellenweg, Lernbetreuung, Bürgerbüro für Jung& Alt sowie Verein Stadtteilerneuerung Liefering.

Lebensqualität im Quartier – Förderung von Bewohnerbeteiligung
Durch Bewohner-Befragungen und direkten Kontakt vor Ort werden Bedürfnisse und Interessenslagen im Bereich Wohnumfeldverbesserung wahrgenommen. Anhand von Aktivierung und Mitbestimmung konnte die Infrastruktur im Quartier entscheidend verbessert werden. Im Rahmen des Projektes »Stadtteilerneuerung Liefering« arbeiten seit 8 Jahren engagierte Lieferinger/innen als Bürgerbeteiligungsverein zu verschiedenen Themen und Problemen im Stadtteil.

Delogierungsprävention
Zwischen Wohnbauträger GSWB und BWS gibt es ein funktionierendes »Frühwarnsystem« bei Mietrückständen und drohenden Delogierungen. Dabei versucht das BWS über persönliche Kontaktaufnahme mit den Betroffenen diese in der Lösung der Situation zu unterstützen. Viele Delogierungen konnten damit abgewendet werden. Persönliches Engagement und Kontinuität vor Ort schaffen Vertrauen.

BWS GNIGL

Soziokultur mit niederschwelligem Zugang
Bewohner/innen aller Altersgruppen und sozialen Schichten besuchen die vom BWS organisierten soziokulturellen Veranstaltungen. Dadurch werden gesellschaftliche Barrieren abgebaut, neue Freundschaften können sich entwickeln, Einsamkeit und Ausgrenzung wird vermieden. Beispiele: »Geschichten, die das Leben schrieb« – autobiographische Arbeit mit SeniorInnen, SeniorInnenstammtisch, Eltern-Kind-Cafe etc.

Älter werden in Gnigl
Am Projekt »Älter werden in Gnigl« sind die Bürger/innen des Stadtteils aktiv beteiligt. Bewohner ab 55 Jahren und aus allen sozialen Schichten beteiligen sich an der Entwicklung und Umsetzung von Wünschen und Vorstellungen über qualitätsvolles Leben im hohen Alter.

Entwicklung sozialer Netzwerke
Ein Kreis ehrenamtlicher Personen hilft den Bewohner/innen unentgeltlich und unbürokratisch. Das BWS ist Vermittler für einfache Dienste und begleitet die Ehrenamtlichen sozialpädagogisch, um sie vor Überforderung zu schützen und eine hohe Qualität an Betreuung und Hilfe zu gewährleisten.

Anlaufstelle für Anliegen, Probleme und Wünsche
Das BWS bearbeitet kulturelle, soziale und infrastrukturelle Anliegen der BewohnerInnen. Durch die Unterstützung in allen Lebenslagen wird Menschen mit verschiedensten Problemen geholfen. Das BWS entwickelt Ideen für den Stadtteil und sorgt für eine bessere Verbindung von Vereinen, Institutionen, Bürgern und Behörden. Diese Zusammenarbeit nützt den Menschen im Stadtteil.

BWS ITZLING

Soziokulturelle Belebung
Veranstaltungen wie Informationsabende, Bauernmärkte, Frühlingsfest oder Weihnachtsaktionen bauen Berührungsängste ab, ermöglichen nachbarschaftliche Kontakte, verbessern das soziale Klima und können als Forum für Anliegen und Dikussionen genützt werden. Durch diese Ereignisse wird der Veronaplatz als Kommunikationszentrum im Quartier erlebbar, ein positives Image für den Stadtteil und mehr Identifikation mit der Siedlung werden erreicht.

Aktion Ferienfieber
Diese Aktion stellt ein bedürfnisorientiertes, stadtteilbezogenes Angebot zur Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche in den Sommerferien dar wie z.B. Kinderkunstwand am Veronaplatz. Zielgruppe sind primär sozial gefährdete Kinder.

Spielplatzgestaltung – gelebte Mitbestimmung
Aktive Mütter und Kinder haben Ideen zu einer nutzergerechten Umgestaltung des Spielplatzes eingebracht. Sie erleben sich als

ExpertInnen für ihr alltägliches Wohnumfeld. Das BWS leistet Unterstützung, damit ihre Anliegen auch Gehör finden.

Forum Veronaplatz
Den Bewohner/innen wurde mit dem »Forum Veronaplatz« eine Möglichkeit geboten, ihre Wünsche und Ideen zur Neugestaltung des Quartierplatzes einzubringen. Das Forum, das vom BWS moderiert wird, ist die Schnittstelle zwischen Bewohnern, den Experten vor Ort und den Architekten, Planungsbeauftragten und Politikern.

Bearbeitung von Nachbarschaftskonflikten
Themenzentrierte Bewohnertreffen, Förderung der Gesprächsbereitschaft, Erarbeitung von Handlungsmöglichkeiten und Strategien führen zu Entwicklung von Gemeinschaftsgefühl und lässt Handlungsfähigkeit an Stelle von Ohnmacht und Hilflosigkeit treten.

BWS LAUFENSTRASSE

Mieterbeteiligung Sanierung BUWOG-Siedlung
Die Mieter/innen als Experten ihrer Wohnbedürfnisse. Das BWS hat die Mieter mit ihren Interessen in der Planungsphase und auch während der Sanierung unterstützt. Ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung und Erhaltung der Wohnqualität.

Anrainerbeteiligung Mobilitätspaket Messezentrum
Vertreter von Stadt, Messe und Polizei haben gemeinsam mit engagierten Anrainer/innen ein Verkehrskonzept für Großmessen erarbeitet. Das BWS hat sich für diesen »Runden Tisch« eingesetzt und während des Partizipationsprozesses die Anrainervertreter unterstützt. Ergebnis des Verkehrspakets: Deutliche Entlastung für die Anrainer/innen des Messezentrums.

Aktion Pro Liefering – Suchtprävention im Stadtteil
Mehrere Lieferinger Vereine haben sich Suchtprävention zum Ziel gesetzt. Das BWS vernetzt diese Institutionen und unterstützt den Austausch von Ideen und Ressourcen im Stadtteil nachhaltig. Schon im ersten Jahr wurden einige Projekte wie z.B. eine Erlebniswoche für Kinder und ein Sommerfest verwirklicht.

Internet für Alle
Die digitale Kommunikation nimmt eine immer wichtigere Rolle in der Gesellschaft ein, aber nicht alle können diese nutzen. Mit dem Projekt »Internet für Alle« unternimmt das BWS den Versuch, mehr Chancengleichheit im Zugang zu Information und neuen Medien insbesondere von einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen herzustellen. Die notwendige IT-Infrastruktur ist für alle gratis.

Stadtteilzeitung Lieferinger Post
Die Stadtteilzeitung »Lieferinger Post« als Projekt »von Bewohnern für Bewohner« ist seit 10 Jahren ein unverzichtbares Medium für die stadtteilbezogene Öffentlichkeitsarbeit. Die Herausgeberschaft liegt bei mehreren Lieferinger Vereinen. Die BWS unterstützen die Redaktion und tragen die Produktion.

Astrid Lüttich

Alleinerziehende

Situation, Perspektiven und Möglichkeiten der Partizipation. Ein Workshopbericht

Ausgangslage: Zu Beginn des Workshops wurde der 18 Minuten lange Dokumentarfilm »Leben am Limit – Alleinerzieherinnen in Österreich gezeigt«. Anhand des Films, der sehr gut die schwierige und oft ausweglose Situation von Alleinerzieherinnen zeigt, wurden Themenbereiche und in der Folge Arbeitsgruppen zu je fünf Personen ausgewählt. Durch die TeilnehmerInnen der ENSI- Fortbildung bekam der Workshop einen internationalen Charakter. Die Übersetzung ins Englische wurde durch professionelle Dolmetscher sicher gestellt.

Themen der Arbeitsgruppen

Image von Alleinerzieherinnen

- »Fremdbetreuung« von Kindern, besonders in jungen Jahren, hat in der öffentlichen Meinung und in den Medien oft ein schlechtes Image. Gefordert wird eine Aufwertung der Kinderbetreuung in Zusammenarbeit mit den Kindergärtnerinnen bzw. eine Änderung des Tagesbetreuungsgesetzes.
- Zur Stärkung des Selbstbewusstseins wäre mehr Solidarität unter den Frauen notwendig, gegenseitige Unterstützung, Gespräche und Treffen. Auch frauengerechtes Wohnen und Architektur wurden als Forderungen angeführt.
- Mehr Forschungsarbeit zum Thema »allein erziehend«, mehr Öffentlichkeitsarbeit; z. B. auch Comics und Vorabendserien, die vor allem jüngere Leute ansprechen würden.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

- Der Familienbegriff sollte neu definiert bzw. erweitert werden und einen höheren Stellenwert in der Gesellschaft bekommen.
- Maßnahmen: Kinderfreundliche Arbeitszeiten, flexiblere Öffnungszeiten der Betreuungseinrichtungen z.B. am Abend oder samstags, gleicher Lohn für gleiche Leistung, ein größeres Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen, der Pflegeurlaub bei schulpflichtigen Kindern soll auf drei Wochen erhöht werden, bezahlter Fort- und Weiterbildungsurlaub.

Soziale Absicherung

- Die Zuverdienstgrenzen zum Kinderbetreuungsgeld für Alleinerzieherinnen anheben.
- Kinderbetreuungsgeld für Alleinerziehende auf 3 Jahre ausweiten
- Familienbeihilfe auch für MigrantInnen/ AsylwerberInnen
- Sozial gestaffelte Kinderbetreuungsbriefe
- Raschere Abwicklung bei Unterhaltszahlungen (Jugendamt/Gericht)
- Sicherung eines Mindesteinkommen
- Bessere juristische Beratung
- Öffentlichkeitsarbeit, Bewusstseinsbildung

Unterstützungen im internationalen Vergleich

- Polen: Es gab einen Unterstützungsfonds für Alleinerziehende, der jetzt aber aufgrund der Budgetsituation eingestellt wurde.
- England: »Sure Start« 8-Jahresprogramm »Child Support Grant« bis zum 16. bzw. 18. Lebensjahr des Kindes. Die Höhe der Unterstützung ist abhängig vom Einkommen des Elternteils bei dem das Kind lebt und zwar umgekehrt proportional d.h. bei geringem Einkommen erhält man mehr Unterstützung
- Frankreich: ähnlich wie in England: Bis zum 3. Lebensjahr des Kindes werden Alleinerziehende finanziell unterstützt.

Kinderarmut

- Kinder aus finanziell schwachen Familien haben häufig auch gesundheitliche Probleme. Vorschlag: Einführung eines Schulfrühstücks (gibt es in z. B. Holland für alle Kinder)
- Elternteile können sich keinen PC oder Nachhilfeunterricht leisten. Lösung: freiwilliger Nachhilfeunterricht und Sponsoring von Computern
- Bewusstseinsbildende Maßnahmen in der Schule: gegen soziale Ausgrenzung, Armut und Ausländer, Trainings für Lehrer und Alleinerziehende, um auf die speziellen Problematiken eizugehen
- Stärkere Berücksichtigung der Einkommenssituation von Elternteilen bei der Planung von Schulveranstaltungen

Workshop-Leitung:

Gabriele Jell
KFB Linz, Arbeitskreis für Alleinerziehende

Eva Forster
Caritas Linz, Familienberatung

Astrid Lüttich
Verein für allein erziehende Mütter und Väter

Die »Open Space Technology« von Harrison Owen

»Wer einmal Open Space erlebt hat, kommt davon nicht wieder los. Es gibt keine Methode, die den Beteiligten besser erlaubt, genau das zu tun, was sie am liebsten tun wollen. Und was sich nach Chaos anhört, wird jedes Mal zu einer sehr wirkungsvoll arbeitenden Ordnung.«
(Matthias zur Bonsen)

»Es gibt eine radikale, nichtlineare Diskontinuität zwischen dem gegenwärtigen Zustand und dem angestrebten Zustand als interaktive lernende Organisation. Diese Diskontinuität muss mit einem Sprung überwunden werden, unglücklicherweise einem Sprung ins Unbekannte.«
(Harrison Owen)

»Open Space ist einfach, aber nicht leicht«
(Michael Pannwitz)

Was Open Space leistet

Open Space besticht als Arbeitsverfahren durch die ungewöhnliche Kombination von Effizienz in der Erarbeitung von Ergebnissen und Kreativität, Inspiration und Spaß in der Zusammenarbeit. Open Space funktioniert mit Gruppen von 10 – 2000 Personen.

Wie Open Space abläuft

Es gibt keine vorgegebene Tagesordnung, in den ersten 1 bis 2 Stunden entsteht die gesamte Arbeits- und Zeitplanung. Es beginnt im Kreis: Nach einer Einführung in das Rahmenthema der Veranstaltung und die Arbeitsweise von Open Space, haben alle Teilnehmer die Möglichkeit Themen zu nennen, zu denen sie andere in einen Workshop einladen wollen. Etwas, das unter den Nägeln brennt, am Herzen liegt, wofür Bereitschaft besteht, Verantwortung zu übernehmen.

Wenn die Anliegen an der Wand hängen und Zeiten und Arbeitsräumen zugeordnet sind, beginnen die Gruppen parall selbstorganisiert zu arbeiten. Sie teilen sich ihre Arbeitszeit und Pausen im vorgegebenen Zeitraster selbst ein. Manche Gruppen arbeiten zu fünft, andere zu siebenunddreißig, andere zu zweit. Jede Gruppe fasst ihre Ergebnisse und Vereinbarungen in Arbeitsberichten selbst zusammen. Jeweils morgens und abends treffen alle Teilnehmer wieder zusammen. Die Themen und Zusammensetzung der Gruppen wechseln im Laufe der Veranstaltung.

In der letzten Phase der Veranstaltung erhalten alle Teilnehmer die fertige Dokumentation der Arbeitsgruppenergebnisse zur Verfügung gestellt. Falls geplant, dient diese Dokumentation zur Priorisierung, Zusammenführung verwandter Themen und Entwicklung von konkreten Umsetzungsschritten.

Was es braucht

Ein packendes und herausforderndes Thema, das die Teilnehmer wirklich bewegt; Das Ergebnis steht nicht schon im vorhinein fest; Viel Platz und ausreichend Zeit.

Erich Kolenaty
Transformation Unternehmensentwicklung. Moderator der 2. Regionalen Salzburger Armutskonferenz, gemeinsam mit Fr. Monika Himpelmann. www.transformation.at

Der Open Space auf der Konferenz

Ein Themenüberblick

Der Open Space am 2. Tag der Konferenz hatte zum Ziel, ausgehend von den Erfahrungen und Diskussionen des ersten Tages Projekte (weiter-) zu entwickeln, Neues anzudenken, also Partizipationsmodelle für die Praxis vorzubereiten und zu planen. Durch die Teilnahme von zwei Armutsbetroffenen und deren Auftreten während der Abschlussphase des Open Space und die dadurch entstandene Diskussion unter den TeilnehmerInnen konnten keine konkreten Ergebnisse und Projekte vereinbart werden. Im Folgenden deshalb ein Über- und Einblick der bis dahin diskutierten Themen:

Thema: Der Kampf um das »liebe Geld«.

- »Die Kommunikation zwischen denen, die Geld haben und denen, die Geld brauchen, muss verbessert werden«
- »Welchen Wert haben die »Produkte« im Non-Profit-Bereich?«
- »Utopie: was würde passieren, wenn die Ehrenamtlichen nur einen Tag streiken würden?«

Thema: Beratung und Partizipation

- »Zieldefinitionen in der Beratungsarbeit sind wesentlich«
- »Sind Beratung und Betreuung ENTMÜNDIGUNG? Bsp: Miete wird vom Sozialamt direkt überwiesen, nicht an KlientIn«
- »Mögliche Lösung: Rahmenbedingungen der Beratung mitgestalten lassen, Beschwerdemöglichkeit geben (Beschwerdekasten), Evaluation, Befragung«

Thema: Integration und Partizipation von MigrantInnen

- »Integrationsbeirat für Salzburg«
- »MigrantInnen als Angestellte bei Behörden, AMS, Jugend- oder Sozialamt«
- »Leitbild und Integrationsbeauftragte/r«»Stipendien für berufliche Weiterbildung(Bildungsscheck,-konto)«

Thema: Selbstwert – Bezahlte Erwerbsarbeit

- »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen – wer ist also noch essberechtigt«?
- »Kritisieren: auf Unerträgliches aufmerksam machen und nein sagen«
- »Fordern: Ressourcen aquirieren, auch unverschämt«

Thema: Partizipation in der Nachhaltigkeitsforschung

- »Zielorientiert – Ergebnisoffen«
- »Partizipation als Aushandlungsprozess«
- »Partizipation Bedürfnis orientiert«

Thema: Legitimation der Vertretung / Selbstvertretung / Armut oder Reichtum bekämpfen?

- »Verantwortungslosigkeit der Verantwortlichen«
- »Missbrauch der Sprache (Flexibilisierung, Bürgergesellschaft etc.)«
- »Welche Strukturen ermöglichen Reichtum?«
- »Vernetzung der betroffenen Menschen und nicht der Organisationen«
- »Hauptforderung: Regierungsfreie (daher monetär nicht von Neuwahlen der Regierung bzw. der Wirtschaft abhängigen) Organisationen«

Thema: Mut mit Armut kreativ und partizipativ umzugehen

- »Wert der persönlichen Existenz wahrnehmen lernen«
- »Mut für kreative Aktionen: Tauschbörse und -fähigkeiten, Straßenbuffet, Erzähl- und Schreibwerkstätten; Obdachloses Wohnzimmer; Foto- und Portraitausstellung; Öffentliche Räume für Kreativität; Recycling-Reperaturwerkstätten; Volksküche; Ressourcenliste für kostenlose Angebote (Räume, Medien, Freizeitangebote)«

Thema: Partizipation/Unternehmer(in)

- »Mitarbeiter – Beteiligung am Unternehmen bei Enscheidungen und Ideenfindung«
- »Partizipation durch regionale Wirtschaftskreisläufe«

Thema: Partizipation vs. staatlicher Verpflichtung zur Daseinsvorsorge

- »Problem: Ich setzte mich etwa seit 25 Jahren für Partizipation ein und merke, dass sie teilweise von PolitikerInnen missbraucht wird, einerseits dadurch, dass die Befriedigung von Grundbedürfnissen in die Verantwortung der Betroffenen oder von Institutionen übergeben wird, damit sich der Staat von seinen Pflichten zurückziehen kann«
- »Gesundheitswesen: Problem der nicht versicherten Personen«
- »Bildung: ‚Autonomie' von Schulen und Universitäten als Mangelverwaltung, gleichzeitig Selektion und Ausschluss«
- »Asylthematik: GegnerInnen der Unterbringung von AsylwerberInnen formieren sich schnell«
- »Doppelte Ausgrenzung durch mangelnde Möglichkeit der Betroffenen, ihre Interessen zu artikulieren. Es ist Aufgabe der Armutskonferenz, hier einen Ausgleich zu schaffen, eine Gegenöffentlichkeit zu mobilisieren«
- »Stadtteilarbeit (Grätzelmanagement) setzt sehr stark auf die Mobilisierung der sozial Benachteiligten – diese sollen selbst Projekte entwickeln und PartnerInnen zur Finanzierung finden, sodass sich die öffentliche Hand zurückziehen kann«

Thema: Parallele Welten – Migrantenleben

- »Aus der Arbeitsmarktnische gibt es kein Entweichen. Türkische Frauen gehen auch in 3. Generation putzen.«
- »Annäherungen zwischen den parallelen Welten sind fast unmöglich«
- »Emanzipatorische Arbeit auf beiden Seiten ist notwendig«

Thema: Kosten-Nutzen-Rechnung

- »Es wird immer den Betroffenen vorgerechnet, was die Sozialarbeit für sie kostet, sollte man nicht auch einmal thematisieren, was diejenigen kosten, die mit Sozialarbeit ihr Einkommen haben (SA, TherapeutInnen usw.)?«
- »Wer verschafft der Sozialarbeit die Arbeit?«
- »Im Laufe der letzten Jahre hat sich grundlegend verändert: Sozialarbeit macht sich nicht gegen das System stark, behandelt Betroffene eher als Einzelschicksale, kein Starkmachen fürs Gesamte / Eigentliche«
- »Topf-übergreifendes Denken täte Not (z.B. keine Trennung von Budgets Gesundheit und Arbeitslosigkeit)«
- »Wunsch der Betroffenen, dass sich Sozialarbeit als Lobby gegenüber Politik formiert.«

Thema: Was soll die Armutskonferenz im nächsten halben Jahr machen?

- »Eigene Weiterentwicklung – Mitglieder gewinnen«
- »Konferenz weiterführen: Wie kann Einbindung Betroffener verbessert werden?«
- »Kürzung von Mitteln (Männer gegen Männergewalt / Familienreferat)«
- »Partizipation: Beiräte – konkrete Reformvorschläge, eigenständige Vorschläge – Bezirkssozialhilfebeiräte«
- »Armutsbericht diskutieren – Partizipation bei Regionalplänen«
- »Wie können einzelne Akteurinnen mitarbeiten?«
- »Anwaltschaft/Beschwerdestellen: Armutskonferenz als Motor für die Einrichtung solcher Anwaltschaften«

Thema: Motivation zur Motivation zur Beteiligung

- »Warum motivieren wir die Leute?«
- »Was sehen die Experten für Bedürfnisse?«
- »Zielgruppen spezifisch, Öffentlichkeitsarbeit, Information«
- »Wichtig: was kann man erreichen (realistische Ziele)«
- »Beratungssituation hat Partizipationsgrenzen / Entscheidungsfreiheit«
- »Warum ist das Stichwort Partizipation so ›in‹?«

Thema: Armut und Glaube

- »Vernetzung von »Basischristen« und gesellschaftspolitisches Auftreten«
- »Aberkennung der Vertretungsbefugnis an kirchliche Institutionen und Parteien.«

Thema: Arbeitslos

- »Was ist Arbeit – Definition. Nur zum Gelderwerb oder soziale Arbeit – social profit«
- »Neigungsorientierte Förderung – keine Zwangsarbeit«
- »Reduktion der Menschen auf seine ökonomische Verwertbarkeit«
- »Arbeitslosen wird das Gefühl vermittelt, selbst schuld zu sein.«
- »Garantiertes Grundeinkommen (Erwerbsarbeit unabhängig) gebunden an BIP«

Thema: Partizipation graue Theorie

- »Menschen müssen im Mittelpunkt stehen«
- »Betroffene, die nicht angepasst sind, werden augeschlossen«
- »Welche Spielregeln müssen auch Betroffenen einhalten«
- »Wie soll dauerhafte Integration möglich sein, wenn wir selbst ausschließen«
- »Für Betroffene offenen Zugang zu solchen Veranstaltungen schaffen«
- »Wir müssen zu den Betroffenen gehen und nicht erwarten, dass sie zu uns kommen«

Folgekonferenz 15. Juni 2005

- »Soziale Mindestsicherung für Salzburg – Lobbying für Entwurf bei PolitikerInnen«
- »Kinder und Jugendliche – Problem Wohnungslosigkeit, vererbte Armut, kulturelle und soziale Bedürfnisse von Jugendlichen«
- »Solidarisierung unter Einrichtungen, gegenseitige Unterstützung – Soziale Dienste«
- »Virtueller Open Space« im Rahmen der Armutskonferenz: Möglichkeit, Themen einzubringen und auch gemeinsam mit anderen zu bearbeiten«

Salzburg braucht ARMUT

>>> gefragt werden
>>> mitplanen
>>> mitentscheiden
>>> mitgestalten
>>> teilhaben
>>> selbst entscheiden
>>> teilnehmen
>>> selbst gestalten

Veranstalter

Salzburger Netzwerk gegen Armut und soziale Ausgrenzung

EU-Aktionsprogramm ENSI – Gemeinsam gegen Ausgrenzung. Partizipationsmodelle zur sozialen Integration (www.eu-partizipation.net)

St. Virgil Salzburg (www.virgil.at)

Unterstützer

www.salzburger-armutskonferenz.at